

Rüdiger Machetzki

Chinas Wirtschaft im Umbruch:

Von der Macht der Realität und der Ohnmacht der Politik

Praeloquium:

Quintus, Septimus, Florens Tertullianus und Jiang Zemin haben sich um die menschliche Erkenntnis verdient gemacht. Tertullian gebührt ohne Zweifel die historische Ehre, Ahnherr einer langer Reihe von Denkern, Deutern, Ideologen und Menschenführern zu sein, die die hohe Kunst der geistigen "Selbstversiegelung" vollendet beherrschten. Sie wußten um das Geheimnis des Weges, das anfällige Bewußtsein vor dem Eindringen der niederen Wirklichkeit zu schützen.

Im Jahre 207 unserer Zeitrechnung brach Tertullian mit der frühchristlichen Kirche. Sie war dem großen Gelehrten zu "weltlich" geworden. Der Meister wählte sich im Besitz der letzten offenbaren Wahrheit: Credo quia absurdum - ich glaube, weil es absurd ist.

1782 Jahre lang war Tertullian das Maß aller Dinge, wenn es darum ging, die "kurzsichtige Vernunft" in ihre Schranken zu weisen, bis im Herbst 1989 in China, im Kernland des "geheimnisvollen Ostens", eine noch vollkommener Erkenntnisweise entdeckt wurde. Sie lautet: Es ist wissenschaftlich, weil es absurd ist. Wer sich um Chinas "lichte Zukunft" Sorgen gemacht hat, findet jetzt beruhigenden Trost. Er braucht sich nur mit der genialen Erkenntnis vertraut zu machen.

Die weniger entwickelten Länder, die den Sozialismus praktizieren, sind Schwierigkeiten und Rückschlägen ausgesetzt. Diese Tatsache hat einige repräsentative Persönlichkeiten der kapitalistischen Monopolklasse besonders erfreut... Die Geschichte folgt ihren eigenen Gesetzen, aber diejenigen, die die Lehrbücher ohne Verständnis lesen, und diejenigen, die sich der engen Sicht der Bourgeoisie hingeben, können die Gesetze der Geschichte niemals verstehen... Die geschichtliche Entwicklung wird unweigerlich Umwege gehen und Rückschläge erfahren. Genauso soll die Geschichte sein, und die Sicherheit und Regelmäßigkeit der Geschichte wird durch solche irregulären Erscheinungen, Umwege und Rückschläge widerspiegelt... Denjenigen, die nur die Strudel und Gegenströmungen sehen, statt des langen geschichtlichen Prozesses, der sich nach vorn drängt, fehlt es an politischer Weitsicht. Sie sind wie Sommerinsekten, die keine Ahnung davon haben, was Eis ist. Sie können den Untergang des kapitalistischen Systems nicht voraussehen.

(Jiang Zemin, Herbst 1989)

Der Autor bekennt sich der Uneinsichtigkeit schuldig. Die seitenreiche Abhandlung, die diesen einleitenden Worten folgt, will beweisen, daß die alten Zeiten dem Ende entgegengehen, in denen das "Kommando der Politik" die Geschicke der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt hat. Die neue "Ohnmacht der Politik" entspringt der weltweiten Zwangslage aller marxistisch-leninistisch-stalinistischen Ordnungen: Wirtschaft und Gesellschaft können nur auf Kosten des politischen Herrschaftsmonopols gedeihen, das politische Herrschaftsmonopol kann nur durch die Stagnation von Wirtschaft und Gesellschaft stabilisiert werden. Dieser Grundwiderspruch erzwingt eine geschichtliche Auflösung. Die politische Herrschaft kann ihren Anspruch dauerhaft nur dann aufrechterhalten, wenn sie die ideologische Substanz abwirft, mit deren Hilfe sie sich bisher selbst "legitimiert" hat. Dieser "lean ideology"-Prozeß windet sich in der Realität des chinesischen Subkontinentes bereits seit längerem mühsam voran. Er wird sich unerbittlich fortsetzen, weil die "Ordnung der vier Grundprinzipien" für China eindeutig zu teuer ist. Der Autor ist aus diesen und anderen Gründen von der Richtigkeit des folgenden Urteils überzeugt:

Der Kommunismus hat also insofern versagt, als er sinnlos das kreative Potential der Gesellschaft zerschlagen und das politische Leben erstickt hat, als er für seine wirtschaftlichen Erfolge einen extrem hohen menschlichen Blutzoll verlangt hat, als die wirtschaftliche Produktivität aufgrund der übertriebenen staatlichen Zentralisierung zurückgegangen ist, als das Sozialwesen, das ursprünglich der größte Pluspunkt des kommunistischen Systems gewesen war, durch seine Überbürokratisierung mehr und mehr erlahmt ist und als das wissenschaftliche und künstlerische Leben der Gesellschaft im Würgegriff des Dogmas verkümmert ist. Dieses Versagen hat tiefere Wurzeln als die jetzt endlich mit Bedauern zugegebenen "Irrtümer und Exzesse"... Noch entscheidender sind die philosophischen Ursachen des Scheiterns. Die marxistisch-leninistische Politik leitet sich von einer fundamentalen Fehlinterpretation der Geschichte und von einer verhängnisvollen Fehleinschätzung der menschlichen Natur ab. Im Grund genommen ist der Kommunismus aus geistigen Gründen gescheitert.

(Zbigniew Brzezinski, *Das gescheiterte Experiment*, 1989)

I Ein "Vorausurteil"

Laut traditioneller Jahresdevise lebt China z.Z. im Jahr des Hahns. Der Hahn - *ji* - verspricht wegen der Lautgleichheit (der Begriffe) "Glück". Die politisch-wirtschaftliche Führung des Landes bedarf des Glücks; denn das Jahr des Federviehs ist ein Jahr der großen Teuerung. Nach 1988/89 hat die zweite Inflationswelle Wirtschaft und Verbraucher erfaßt. Direkter Auslöser des "Preisfiebers" war die allgemeine "Überhitzung" der Wirtschaft. *Da qi*, das für den Bewegungsrhythmus der chinesischen Wirtschaft charakteristische "große Steigen", hatte bereits 1991 begonnen, als das gesamtwirtschaftliche Wachstum knapp 8% erreichte und die Industrieproduktion mehr als 14%. 1992 erhöhte sich das Tempo: Das Bruttosozialprodukt nahm um 13% zu, und die Industrieproduktion stieg um 20%.¹ Erste wirtschaftspolitische Besorgnisse

löste vor allem die "Aufblähung" der Investitionstätigkeit aus. Die Anlageinvestitionen galoppierten mit 38% über alle geplanten und ungeplanten Vorstellungen hinaus. 1993 verschärften sich die bedenklichen Entwicklungen. Wie im Fenster eines Glücksspielautomaten rasten die Zahlen nach oben durch. Seit Mitte des Jahres steht die politisch-wirtschaftliche Führung erneut mit dem Rücken zur Wand. Ein hektisch entworfenes Notprogramm - eine Kombination aus wirtschaftspolitischen und zwangsadministrativen Maßnahmen - soll alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten - Zentrale, Provinzen, Kreise, Gemeinden und Unternehmen - zu einem drastischen Sparkurs zwingen. *Da luo*, das "große Sinken", d.h. die Bremskurve im jahrzehntealten Bewegungsrhythmus der chinesischen Volkswirtschaft, hat offensichtlich eingesetzt. Es bleibt die Frage, ob im Gegensatz zu früheren Zeiten eine "weiche Landung" gelingt.²

Hinter dieser Frage steht eine andere Frage, gleichsam die Gretchen-Frage: Ist die fünfzehnjährige Entwicklung im Namen der Reformpolitik unumkehrbar? Man könnte sich die Antwort leicht machen und ins Schatzkästlein pseudophilosophischer Platitüden greifen, nichts im Leben von Menschen und menschlichen Gesellschaften sei unumkehrbar. In solchen Platitüden liegt immer ein bißchen Wahrheit. Wer will leugnen, daß die apodiktische These von der Unumkehrbarkeit des Reformprozesses u.a. auch deswegen auf gern geöffnete Ohren trifft, weil niemand vollständig gegen das Prinzip Hoffnung gewappnet ist. Deshalb vertreten auch wir hier nachdrücklich die Überzeugung, daß ein Zusammenbruch des Reformprozesses zwar nicht unmöglich, aber äußerst unwahrscheinlich ist. Selbst ein begrenztes Zurück oder auch nur ein Stillstand der Entwicklung ist allenfalls kurzfristig, d.h. nicht mehr als ein bis zwei Jahre vorstellbar. Spätestens nach der ersten rückläufigen Getreideernte und der folgenden Angst vor der Hungersnot käme die Feste der Restauration wieder ins Wanken. Weder in der Stadt noch auf dem Lande ist die chinesische Gesellschaft von heute mit den *guangda qunzhong* (breite Massen) früherer Jahrzehnte vergleichbar, die in der Tat auf den Stand "breiter Massen" herabgewürdigt worden waren. Ferner gilt es zu bedenken, daß die Kräfteverhältnisse Ende der siebziger Jahre nach allen bekannten Analysen überwiegend zugunsten derjenigen großen Gruppen in Staat und Partei sprachen, die zwar eine "Konsolidierung" und "Sanierung" der Wirtschaft befürworteten, aber keine weitreichenden Reformen. Dennoch waren sie bereits damals nicht in der Lage, die Dynamik der Entwicklung unter ihrer Kontrolle zu halten. Nachdem die politischen Initialzündungen für den Wandel erfolgt waren, entfaltete der reale Ablauf ein "anarchisches" Eigenleben.

Die Reformkräfte wuchsen stetig an, weil sie sich der Realität anzupassen wußten. Anders gesagt, sie wandelten sich allmählich zu Reformern. Die Orthodoxen konnten trotz aller Bemühungen niemals mehr das Gesetz des Handels bestimmen. Sie waren fähig, Obstruktion zu betreiben, und das sind sie - wenngleich mit nachlassender Kraft - auch heute noch, aber sie waren nach 1980 zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in der Lage, die Rückkehr zu ihrer "guten Tradition" einzuleiten. Ihre Schwäche ist leicht zu erklären: Sie wußten niemals, was sie wirklich wollten, nur wogegen sie waren.

Hinzu kommt, daß sich in den achtziger Jahren starke "Pro-Reform-Schichten" herausgebildet haben, Teile der örtlichen und regionalen Kaderschaften eingeschlossen.

Es sind massive "vested interests" herangewachsen, die in die politischen Überlegungen miteinbezogen werden müssen. Das ist ein grundlegender Unterschied zu den späten siebziger Jahren, als die "geschlossenen" Spitzengremien von Staat und Partei nach eigenem fiat entscheiden und dekretieren konnten. Schon Goethes Zauberlehrling mußte lernen, wie leicht es ist, die Geister zu rufen und wie schwer, sie wieder zu verbannen.

II Zu den Grenzen der politischen Gestaltungskraft

Nach diesem pauschalen "Vorausurteil" wollen wir uns den Geschehnissen der jüngsten Zeit zuwenden und uns fragen, wie sie zu interpretieren sind bzw. - was vielleicht noch wichtiger ist - wie sie nicht zu interpretieren sind.

Anläßlich des chinesischen Neujahrsfestes Ende Januar 1993 hatte Deng Xiaoping in Shanghai beschwörend erklärt, die wirtschaftliche Situation des Landes sei günstig und man dürfe die gegebenen Chancen für eine andauernde Entwicklung Chinas nicht verschlafen. Einzelne Rückschläge sollten nicht dramatisiert werden. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit könnten jederzeit Maßnahmen zu einer effektvollen Gegensteuerung eingeleitet werden. Die gegenwärtige Führungsspitze der Partei sei hinreichend kompetent: "Die Praxis hat bewiesen, daß das Führungskollektiv des ZK der Partei mit dem Genossen Jiang Zemin als seinem Kern gute Arbeit geleistet hat und vertrauenswürdig ist."³

Trotz der beunruhigenden Warnsignale schien also weiterhin ein hohes Tempo angesagt. Anfang März bestärkte das zweite Plenum des XIV. Zentralkomitees den Mut zum "Erdrutsch". Unter dem unscheinbaren Motto "Vorschlag zur Abänderung gewisser Ziele des achten Fünfjahresplans" wurde eine Hinaufsetzung der jährlichen Zuwachsraten der Gesamtwirtschaft auf bis zu 9% beschlossen.⁴ Der Beschluß erinnerte an das Pfeifen im Walde - die Wirtschaft war längst in den zweistelligen Wachstumsbereich vorgedrungen.

Ende April traten das Politbüro der Partei und der Staatsrat zu einer gemeinsamen Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung zusammen. Während des Treffens kritisierten mehrere als orthodox eingestufte Repräsentanten der Führung die wirtschaftspolitische "Abstinenz" ihrer weniger regulationsbesessenen Kontrahenten. Erstmals seit Anfang 1992 fühlten sie sich in einer genügend gefestigten Position, um nachdrücklich die Beachtung der sozialistischen Elemente in der "sozialistischen Marktwirtschaft" einzuklagen. Personalpolitisch erwähnenswert erscheint die Tatsache, daß Li Guixian, Staatskommissar und Präsident der Volksbank, zu den Hauptkritikern des *Laisser-faire* gehörte.⁵ Nur zwei Monate später wurde Li von seinen Pflichten als Leiter der Zentralbank entbunden. Seine Entlassung war ironischerweise Teil des neuen Notprogramms. Zum Nachfolger wurde der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji ernannt. Ihm obliegt es, als Krisenmanager und Feuerwehrmann jenes Chaos im Finanzsystem zu bereinigen, das zu Beginn des Jahres noch als Ausdruck beschleunigter Wirtschaftsentwicklung galt.

Haben die Befürworter des "neuen Marktmechanismus" (*xin shichang jizhi*) fahrlässig gehandelt? Haben sie die Dimensionen der ungesteuerten Entwicklung unter-

schätzt und deshalb von den wirtschaftspolitischen Kontrollinstrumenten zu spät und zu unsystematisch Gebrauch gemacht? Unabhängig von einer möglichen Kritik an einzelnen Vorgängen und Entscheidungen läßt sich die Frage im Grundsatz eindeutig mit Nein beantworten.

Zum einen spiegelt sich in den chinesischen Fachpublikationen zur Umgestaltung des wirtschaftlichen Ordnungsrahmens ein beachtlicher Weitblick wider. Vor allem wird die langfristige Natur der Grundprobleme betont. Sie werden "über einen ziemlich langen Zeitraum" Bestandteil des Transformationsprozesses bleiben. Es werde Unordnung und "Verluste des Gleichgewichts" (*bili shitia*) geben. Die Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft, insbesondere der Beitritt zum GATT, werde kurz- und mittelfristig mehr Nachteile als Vorteile hervorbringen. Zahlreiche Unternehmen werden über lange Zeit hinweg am Rande des Zusammenbruchs stehen. Bisher als Lieblingskinder gepflegte Branchen müßten schrumpfen, nicht zuletzt müsse damit gerechnet werden, daß sich aus dieser schmerzvollen Umgestaltung der Wirtschaft Unzufriedenheitspotentiale in der Bevölkerung ergeben. Es werde zu sozialen Widersprüchen kommen, die sich zu Streiks und Unruhen zuspitzen könnten. Größere Unruhen seien nicht auszuschließen. Diese brisante Problemlast müsse aber getragen werden. "Auf gar keinen Fall dürfe man in Panik verfallen oder versuchen, die neuen Probleme mit den alten Methoden zu lösen oder gar zum alten System zurückzukehren."⁶

Zum anderen muß festgestellt werden, daß die Wirtschaftspolitik des Landes de facto nicht über die Kontroll- und Steuerungsgewalt verfügt, die notwendig wäre, um den komplexen Übergangsprozeß angemessen zu begleiten. Die "alten Methoden" sind völlig unzureichend, und die neuen Instrumente - ob sog. wirtschaftliche Hebel (*jingji ganggan*) oder andere wirtschaftspolitische Verfahren - sind angesichts der besonderen geschichtlichen Entwicklungslage Chinas (immer noch) ziemlich wirkungslos.

Der Auf- und Ausbau eines problemgerechten wirtschaftspolitischen Institutionengefüges ist ein langwieriger Prozeß, der in der Praxis gar nicht anders als widerstandsbeladen verlaufen kann. Es ist unmöglich, eine für ganz China widerspruchsfreie Entwicklungslinie zu zeichnen. Das gilt für die wirtschaftliche Realität ebenso wie für die Wirtschaftspolitik. Der Fortgang der Umgestaltung muß sich also daran messen lassen, inwieweit sich vorteilhafte Entwicklungen für einen Teil der Regionen, der wirtschaftlichen Sektoren und der großen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber nachteiligen Veränderungen anderer Teile aufrechnen lassen. Entscheidendes Kriterium ist also zum einen, ob der "Nettoeffekt", d.h. der gesamtwirtschaftliche Kalkül, für ganz China positiv ist, und zum anderen, ob von der langfristigen Perspektive her die Voraussetzungen nicht verbaut werden, die kurzfristig aufgetretenen Nachteile wieder aufzuheben und dauerhafte Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Wir betonen noch einmal: Um eine nach ordnungs- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten differenzierte Entwicklungsstrategie zu verfolgen, fehlt es der politisch-wirtschaftlichen Führung - insbesondere der zentralen Führungsebene - an der entsprechenden Durchsetzungsfähigkeit. Man kann den zentralen Institutionen Chinas

im Prinzip nicht absprechen, daß sie um eine Balance der Interessen und eine den örtlichen Bedingungen angemessene branchen- und regionalwirtschaftliche Entwicklung bemüht sind. In der Praxis jedoch haben sich die Differenzierungsbemühungen bisher regelmäßig im interessenpolitischen Dickicht der unteren Ebenen festgefahren. Chinas zentralstaatliche Ebene weist viele Symptome einer sozialistischen "soft state"-Variante auf. Verkürzt gesagt: Problem erkannt, aber nicht gelöst - (noch) nicht lösbar. Die Grenzen einer wirtschaftlich konsequenten Politik in China werden an dieser entscheidenden Frage deutlich. Es fehlt an politischer Gestaltungsfähigkeit, eine nach Regionen, Sektoren und Branchen unterschiedlich ausgestaltete Strategie zu realisieren. Andererseits herrscht offensichtlich eine allgemeine Furcht vor, die einzelnen Regionen und Segmente der chinesischen Volkswirtschaft ihre eigenen, voneinander abweichenden Entwicklungswege gehen zu lassen.

III Vom möglichen Vorteil der politischen Schwäche

Die gewaltigen Spannungen und Belastungen, die sich aus diesem Dilemma für die Steuerung des Subkontinentes China ergeben, sind unübersehbar und kaum zu kalkulieren. Theoretisch übersteigen sie das Erfassungsvermögen der bekannten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Modelle, praktisch führen sie zu permanenten Auseinandersetzungen über den vermeintlich richtigen Weg. Das ist Chinas Version der "unendlichen Geschichte".

Die Widersprüchlichkeit des Umgestaltungsprozesses führt zu der simplen Frage: Was ist "sozialistische Marktwirtschaft"? Zum einen stellt sie, wie an anderer Stelle durchaus korrekt behauptet worden ist, "eine völlig neue wirtschaftspolitische Strategie" dar, eine politisch erkämpfte "Entscheidung für den Markt als Koordinationsmechanismus".⁷ Gegenüber der Anfangsphase der Reformzeit, in der die ordnungspolitische Losung "geplante Wirtschaft das Wesentliche, Marktmechanismus die Ergänzung" lautete und gegenüber der "sozialistischen geplanten Warenwirtschaft" der späten achtziger Jahre signalisiert sie eine weitere Verschiebung der Gewichte zugunsten mündigen Wirtschaftens.

Zum anderen jedoch ist der Begriff gerade wegen seiner theoretischen Widersinnigkeit kennzeichnend für eine historische Übergangssituation, in der eine endgültige Richtungsentscheidung noch nicht gefallen ist bzw. politisch durchgesetzt werden konnte. Das bedeutet: Es spiegelt sich eine nicht geringe Orientierungsunsicherheit wider, die die Handelnden dazu verleitet, das zu tun, was ihnen die neue Ordnung erlaubt, und zugleich ständig darüber nachzusinnen, wie sie ohne Sanktionen das tun können, was ihnen ordnungspolitisch nicht gestattet ist. Eine solche Orientierungsunsicherheit mag unbefriedigend erscheinen, stellt jedoch eindeutig einen Fortschritt gegenüber der alten Sicherheit der falschen Orientierung dar.

Darüber hinaus umreißt das Schlagwort "sozialistische Marktwirtschaft" die Tatsache, daß nach wie vor kein echter nationaler Entwicklungskonsens besteht, weder auf politischer, sozialer, wirtschaftlicher, noch auf geistiger Ebene. Zwar scheint die Zeit ideologisch gegenläufig

ger Kampfprogramme zur totalen Umgestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft beendet zu sein, aber es lassen sich immer noch unterschiedliche Auffassungen über das Maß und die Geschwindigkeit des anzustrebenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ordnungswandels registrieren.

Die Unsicherheit findet ihre geradezu exemplarische Bestätigung in der seit Jahren - in China wie im Westen - auf- und abebbenden Diskussion um die besorgte Frage: Was kommt nach Deng Xiaoping? Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß einzelne mächtige Führungspersönlichkeiten in Zeiten, da die großen gegenläufigen Entwicklungstrends in einer Gesellschaft (vorübergehend) eine Pattsituation erreicht haben, von entscheidender Bedeutung sein können. Der "historische Held", der bis vor 150 Jahren die Geschichtsschreibung beherrschte, ist keine rein metaphysische Konstruktion. Ferner sei an die Epoche der Kulturrevolution erinnert, in der das Charisma Mao Zedongs durch einen gewaltigen Kult künstlich am Leben erhalten wurde. Für nahezu zwei Jahrzehnte diente der Kult als Ersatz für zerstörte bzw. nicht aufgebaute politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen. Im Falle Nordkoreas hat ein anderer Autor im Zusammenhang mit Kim Ilsons "Stalinismus im Osten" den altgeschichtlichen Herrschertitel "Pharao" ausgeliehen,⁸ um die Gestaltungs- und "Entstaltungsmacht" einzelner historischer Persönlichkeiten in Ausnahmezeiten zu verdeutlichen, und Phasen grundlegender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche sind immer Ausnahmezeiten.

Trotzdem erscheint die Diskussion um die "Heldenrolle" Deng Xiaopings für den Fortgang des Reformprozesses übertrieben. Eine vorübergehende Instabilität ist nach seinem Tode selbstverständlich möglich, aber keine verhängnisvolle Rückkehr zum "alten System". Ein Blick auf die Zusammensetzung der chinesischen Führungsgesellschaft verleiht diesem Einwand Plausibilität.

Der am weitesten verbreitete Ansatz zur Analyse der politischen Gesellschaft, insbesondere der politischen Elite Chinas, ist das Modell der politischen "Meinungsgruppen", d.h. eine Einordnung der verschiedenen Kräfte nach unterschiedlichen ideologisch-politischen Standpunkten.⁹

Danach gibt es zum einen die Kräfte, die ideologisch als orthodoxe Marxisten-Leninisten (bzw. Leninisten-Staliniisten), politisch als Vertreter eines geschlossenen autoritären Regimes und wirtschaftlich als unbeirrbar Befürworter von Befehlsplanverfahren gelten. Unter geschichtlichen Gesichtspunkten können diese Kräfte als "gute Traditionalisten" (gute Tradition der Jahre 1953/57) eingestuft werden. Perspektivisch, d.h. mit Blick auf ihre Zukunftsvision, scheint das wesentliche Bestimmungsmerkmal in der mangelnden Weiterentwicklung ihres Realitätssinns zu liegen, also in der Unfähigkeit, die Komplexität des gegenwärtig ablaufenden nationalen Modernisierungsprozesses zu erfassen.

Eine zweite Gruppe besteht aus den häufig als politisch-wirtschaftliche "Sanierungsbefürworter" bezeichneten Kräften, die begrenzte wirtschaftliche und administrative Veränderungen wünschen, ohne den übergeordneten Planungs- und Organisationsrahmen in Frage zu stellen.

Historisch bedingt sich die Existenz dieser Gruppierung aus den nach und nach gewachsenen Zweifeln am Erfolgsweg orthodoxer Art. Von ihrer Zukunftsperspektive her sind diese Kräfte ebenfalls nicht zur Gestaltung des Modernisierungsdurchbruchs fähig. Ihre Politik führt zwangsläufig zum Phänomen der halbreformierten Gesellschaft, die im Teufelskreis fortlaufender Dezentralisierungs/Rezentralisierungspolitik gefangen bleibt.

Die dritte Gruppe kann als Gruppe der "unerschrockenen" Reformbefürworter charakterisiert werden. Die Anhänger dieser Richtung scheinen bereit, die politischen Risiken einer "offenen" Entwicklung für die bestehende Herrschaftsordnung zu akzeptieren, sei es, weil sie diese Risiken für kalkulierbar halten oder weil sie ihr Interesse nicht mehr zwangsläufig mit der bestehenden Ordnung verbunden sehen. Die 1987/88 aufflammende Diskussion um einen "neuen Autoritarismus" (*xin quanweizhuyi*), d.h. ein von den Fesseln marxistisch-leninistischer Dogmen befreites autoritäres Regime mit einer flexiblen wirtschaftlichen Ordnung, reflektiert wesentliche politische Denkansätze dieser Kräftegruppierung. Von der Zukunftsperspektive her besteht die ungewisse Möglichkeit, daß die Repräsentanten dieser Gruppierung als "Kristallisationskerne" neuer Reformschübe fungieren, bevor die weitere reale Entwicklung über sie hinwegrollt.

Neben dem hier skizzierten Klassifikationsmuster lassen sich andere Modelle ähnlicher Art darstellen, auf deren Grundlage verschiedene Szenarien der zukünftigen Entwicklung Chinas erarbeitet werden können. Leider erscheint die Prognosekraft aller dieser Szenarien unbefriedigend. Aus ihnen läßt sich plausibel nur vorhersagen, welche Entwicklungen nicht wahrscheinlich sind, so z.B., daß es keine politische Einheit innerhalb der Führungsgesellschaft des Landes geben wird. Das Konfliktpotential der neunziger Jahre ist für jedermann erkennbar.

Zugunsten weiterer Reformtrends wirkt sich aus, daß alle denkbaren Strategiealternativen während der letzten vierzig Jahre im Ansatz bereits realisiert, durch rivalisierende Konterstrategien blockiert und aufgehoben worden sind: Zentrales Planmodell sowjetischer Herkunft, Mobilisierungsregime des Großen Sprungs, Sanierungsstrategie, Autarkielinie. Ferner darf behauptet werden, daß die mangelnde Konsensfähigkeit der zentralen Ebene nach unten und auf den einzelnen Führungsebenen selbst fortwirkt. Die Zentralgewalten haben sich, u.a. aufgrund ihrer nahezu permanenten Eigenparalyse, als zu schwach erwiesen, ihren politischen Gestaltungsanspruch im Geflecht der komplexen Ressort- und Regionalinteressen (Phänomen des unaufhörlichen "bureaucratic warfare") konsequent durchzusetzen. Zu keiner Zeit ist man über kurzfristige Ansätze zu differenzierten Entwicklungsvorstellungen - Stichwort "China der verschiedenen Geschwindigkeiten und Entwicklungswege" - hinausgekommen. Von der Zukunftsperspektive her läßt sich nicht erkennen, welche Kräfte auf zentraler oder örtlicher Ebene Ausgangspunkt einer tiefgreifenden Wandlung sein können.

Anders gesagt: Der Wandel muß, wenn er erfolgreich sein soll, "naturwüchsig" erfolgen. Es kann durchaus der paradoxe Effekt eintreten, daß die Schwäche der Politik, nicht ihre Stärke, die Voraussetzung für den Erfolg der wirtschaftlichen Umgestaltungsabläufe ist.

Ein weiteres wesentliches Merkmal der politischen Führungsgesellschaft Chinas ist das Andauern starker personalistischer Tendenzen im politischen Entscheidungsprozeß. Hierunter fallen Seilschaften, Guanxi-Phänomene sowie die (immer noch) begrenzte Anerkennung sogenannter Sach- und Funktionsnotwendigkeiten. Die mangelnde Verfestigung politischer Entscheidungsabläufe (Institutionalisierung und gesetzlicher Grundlagenbau), d.h. vor allem das in politischen Krisenzeiten zu registrierende Auseinanderklaffen formaler und informeller Organisationsbereiche, machen klare perspektivische Voraussagen auf der Basis offizieller Organisationszusammenhänge zu einem Vabanquespiel. Der politische Entscheidungsprozeß ist nach wie vor durch starke "irrationale" Momente geprägt. Für die zukünftige Entwicklung Chinas scheinen aus heutiger Sicht die folgenden Tendenzen (politischer Natur) unübersehbar.

Zum einen ist der auf sich selbst und sein eigenes Konfliktpotential fixierte Führungskern der politischen Elite nicht zu einem konsistenten Modernisierungskurs politisch-sozialer, wirtschaftlicher und intellektueller Art fähig. Um es zu wiederholen, die Kräfte des Wandels müssen sich an der Politik vorbei oder gegen den erklärten politischen Gestaltungsanspruch durchsetzen. Ein solcher Prozeß kann zwangsläufig nur "anarchisch" verlaufen.

Zum anderen macht es die Konzentration der politischen Führungsschicht auf ihre eigenen eliteinternen Konfliktaufladungen und auf ihre besitzstandspolitischen Rivalitäten unwahrscheinlich, daß es zu der absolut notwendigen personellen Erweiterung der Führungsschicht kommt. Man muß nach wie vor von dem entwicklungs-schädigenden Zustand des Auseinanderklaffens von politischer Entscheidungsgewalt und Sachverstand ausgehen.

Drittens ist - wie bereits gesagt - nicht zu erkennen, wie eine differenzierte Entwicklungsstrategie, die den materiellen und geistigen Gefällen des chinesischen Subkontinents angemessen wäre, politisch durchgesetzt werden kann. Die Gesellschaft muß ihr Entwicklungspotential selbst "aktivieren". Einen anderen Weg gibt es nicht. Die "Reform von oben" stößt auf Dauer ebenso wie die "Revolution von oben" auf harte Grenzen. Die Reformen von oben haben ohne Zweifel positive Ergebnisse zeitweilig, aber sie können niemals bis zu ihrem eigentlich logischen Ende fortgesetzt werden. In der Realität sind mangelnde Konsistenz und Unzulänglichkeit der Reformstrategie jedoch keine Schwächen, wie des öfteren kritisiert, sondern eher ein Glücksfall, der zu einer Strategie zwingt, die eigentlich keine ist. Die Kräfte, die sich für eine Umgestaltung der Wirtschaft stark machen, sind gezwungen, eine Vielzahl von begrenzten Taktiken im politischen Entscheidungsringen zu testen. Die Lösungen erscheinen auf den ersten Blick wenig konkret und befriedigend, aber diese ad-hoc-Linie hat eine wesentliche Stärke. In ihr kommt die allmähliche Gewichtsverschiebung zwischen den Kräften des Wandels und den ewig Orthodoxen zum Ausdruck. Sie bewegt das Land langsam nach vorn.

Theoretisch mag dies ein Defizit darstellen, praktisch ist es ein Erfolgssymptom. Ein gleichmäßiger, evolutionär fortschreitender Umbruch ist ein unerfüllbarer Wunschtraum. Komplexe Prozesse zeichnen sich in der Wirklich-

keit immer durch "Qualitätssprünge" aus. Äußerlich scheinen die Dinge die gleichen zu bleiben, bis sie plötzlich nicht mehr die gleichen sind. Solche Augenblicke, in denen alte Institutionen zerstört werden bzw. ihre Lebenskraft verlieren und durch neue verdrängt werden, wirken sich auf die betroffene Gesellschaft als Krisen aus. Das kann vorübergehend zum Chaos führen, aber es gibt keine überzeugende Alternative.

Eine über die marktwirtschaftliche Verkehrsform organisierte Wirtschaft ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen, sondern zentraler Bestandteil eines größeren soziokulturellen Zusammenhangs. Sie benötigt eine tragende gesellschaftliche Schicht. Ob man diese Schicht Mittelschicht oder unternehmerische Schicht nennt, ist von nachgeordneter Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr, daß die marktwirtschaftliche Ordnung nur in dem Maße zu ihrer vollen Reife zu gelangen vermag, in dem sich die entsprechende Gesellschaftsstruktur herausbildet. Die Staaten der GUS bieten ein bedauerliches Beispiel, was passieren muß, wenn man die Schönheit eines theoretischen Modells auf die widerspenstige Praxis überträgt. Niemals zuvor ist eine Reformstrategie so unbedingt und nachdrücklich eingeleitet worden wie in Rußland unter der Regierung Gaidar 1992. Alle Forderungen liberalen Wirtschaftsdenkens wurden berücksichtigt: Liberalisierung der Preise, Aufbau einer straffen Finanz- und Kreditpolitik, Ausbau eines neuen Steuersystems und grundlegende Reformen der Außenwirtschafts- und Devisenpolitik. Nicht beachtet wurde die Tatsache, daß eine Gesellschaft kein Motor ist, den man abstellen kann, um ein ausgeklügeltes "fine-tuning" vorzunehmen und ihn dann mit neuer Leistungsfähigkeit wieder zu starten.

IV Die "Naturwüchsigkeit" des Wandels oder: Was bedeutet Inflation?

Es ist an der Zeit, sich der entscheidenden Frage zuzuwenden, ob die Übergangsentwicklung in China während der letzten zehn, zwölf Jahre substantielle Fortschritte gemacht hat, ob die äußerlich ähnlichen Krisenerscheinungen tatsächlich immer noch die gleichen sind. Die Antwort lautet: Die Veränderungen sind gewaltig, größer hätten sie in der Praxis angesichts des kurzen Zeitraums nicht sein können. Kritische Stimmen, die einen Mangel an Schubkraft konstatieren, können diese Kritik nur aufrechterhalten, wenn sie die schweren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Risiken alternativer Entwicklungen einseitig ausblenden.

Erstens mag jeder Beobachter Chinas für sich selbst entscheiden, ob er Ende 1978, als das vielzitierte dritte Plenum des XI. ZK die sog. "neue historische Etappe" einläutete und der Zeit der "bornierten" Utopie ein Ende machte, die heutige Realität Chinas auch nur annähernd für denkbar gehalten hätte. Wie hätte er das Urteilsvermögen desjenigen eingeschätzt, der damals die Grundzüge dieser neuen Realität vorausskizziert hätte? Noch vor fünf Jahren gab es in China kritische Reformbefürworter, die sich besorgt äußerten: "Wenn es in den nächsten Jahren schlecht läuft, kann China wie die Länder Osteuropas enden, die von einer ineffizienten halbreformierten Wirtschaft geplagt werden."¹⁰ Heute dürfte es - unbeirrbar Pessimisten ausgenommen - kaum noch jemanden geben,

der diese Besorgnis teilt, und zwar nicht deswegen, weil das Reformwerk bereits vollendet wäre, sondern weil vor der Dynamik der realen Wirtschaft Einwände solcher Art verblasen.

Zweitens: Die Klagen über die neuen Reichen in China, das mobile Heer der Händler und Kleinproduzenten sowie die beschleunigte Auflösung der künstlichen Nivellierung der städtischen Bevölkerung - oft als Einkommensgleichheit der Menschen idolisiert - können unter vielen Gesichtspunkten analysiert werden. Insgesamt jedoch reflektieren sie vor allem das wildwüchsige Erwachen einer neuen gesellschaftlichen Schicht, der Mittelschicht im Embryonalzustand. Dieser Vorgang stellt, wie bereits erläutert, eine maßgebliche Voraussetzung für die weitere Reife der Marktwirtschaft dar. Es wächst eine starke Gegenschicht zur staatlich-städtischen Arbeiterschaft heran. Entgegen der marxistisch-leninistischen Grundthese ist die "Arbeiterklasse", solange sie sich ihr Klassenbewußtsein bewahrt, keine fortschrittliche, sondern eher eine wandlungsfeindliche soziale Kraft. Sie ist, um die Terminologie ihrer Ideologen zu gebrauchen, in der Tat "reaktionär". Vielleicht liegt es u.a. an dieser Grundhaltung, daß das "Proletariat" nicht zur Macht gelangen konnte, ohne seine eigene Bürokratie als absolut herrschende Führungsschicht "mitzubringen", ist doch eine bürokratische Herrschaft der konzentrierteste organisatorisch-politische Ausdruck der Veränderungsfeindlichkeit. Im Westen war die "Arbeiterklasse" gegen den Kapitalismus, in Osteuropa gegen den real existierenden Sozialismus und in China ist sie gegen den Umbruch der bisherigen Wirtschaftsordnung, die ihr ein relativ komfortables Dasein zu Lasten der ländlichen Gesellschaft garantiert. Von ihr ist der notwendige Druck zum allmählichen Abbau des Subventions- und Fürsorgestaates nicht zu erwarten. Dieser Druck kann nur von den neuen "progressiven" Schichten ausgehen, deren gesellschaftliches Interesse mit sozialer Mobilität verbunden ist. Der Interessenausgleich zwischen beiden Gruppen ist ohne größere Konfliktabläufe nicht denkbar und auch nur im längerfristigen Zeitraum zu bewerkstelligen.

Drittens wird heute niemand der Übertreibung bezichtigt, der von China als einem neuen "Gravitationszentrum" ausländischer Investitionsströme spricht. Während der letzten fünf Jahre sind vor allem die Investitionen aus Asien sprunghaft gestiegen. Im Mittelpunkt dieser Vorgänge steht das Engagement der "chinesischen" Unternehmenswirtschaften außerhalb der Grenzen der Volksrepublik. Bis Ende 1992 sind nach chinesischen Angaben allein mit Hongkong, Macao und Taiwan insgesamt knapp 74.000 Kooperationsprojekte mit einem vertraglich zugesagten Investitionsvolumen von mehr als 83 Mrd. US\$ genehmigt worden.¹¹ Nicht von ungefähr haben Überlegungen zur Zukunft einer pan-chinesischen Kooperationsphäre, eines "großchinesischen Handelsblocks" oder - wie es auf Taiwan heißt - eines gemeinsamen großchinesischen Marktes zur Zeit Hochkonjunktur.¹² Es wird darüber spekuliert, ob es neben dem japanisch-koreanischen Unternehmensmodus zur Entwicklung einer neuen weltwirtschaftlich relevanten Unternehmensweise des "chinesischen" Familien- bzw. Guanxi-Unternehmenstypus kommt.

Dieser erstaunliche Sachverhalt bietet zahlreichen Interpretationen Raum. Er wird hier jedoch vorrangig als starker Hinweis auf den realwirtschaftlichen Wandel

Chinas während der letzten Jahre erwähnt. Den Unternehmen der erfolgreichen ostasiatischen Volkswirtschaften steht prinzipiell die gesamte Welt der Entwicklungsländer als Investitionsstandort offen. Sie haben sich jedoch schwerpunktmäßig für die ASEAN-Gemeinschaft und für China entschieden. Dies belegt, daß sie China in der Zwischenzeit für ein Land halten, in dem man zu Bedingungen wirtschaften kann, die die eigene weltweite Wettbewerbsfähigkeit stärken. Nun wäre es rein theoretisch möglich, daß sich die Investoren mit ihrer Beurteilung geirrt hätten. Es scheint jedoch eher plausibel, daß der berühmt-berüchtigte chinesische "Geschäftsinstitut" die realwirtschaftlichen Potentialien und das Maß des Abbaus faktischer ordnungspolitischer Zwänge in der wirtschaftlichen Alltagspraxis Chinas treffsicherer ausgelotet hat als Kritiker, die theoretische Konzeptionen zum Maßstab nehmen oder saturierte "risk rating"-Unternehmen fernab der ostasiatischen Szene.

Viertens: Es mag erstaunlich klingen, aber die gegenwärtige Inflationswelle hat nicht nur negative Gesichtspunkte. Die Kehrseite der Medaille weist positive Züge auf. Die gegenwärtige "Überdehnung der Preisfront" unterscheidet sich qualitativ erheblich von der Inflationsphase 1988/89. Für die Betroffenen - Unternehmen, Konsumenten und Sparer - ist Inflation gleich Inflation. Sie löst Beunruhigung aus und führt zu einem Druck auf die Politik, der leicht Überreaktionen zu Lasten mittel- und langfristiger sinnvoller Konzepte hervorruft. Aber dies darf den außenstehenden Beobachter nicht dazu verleiten, sich mit der gleichen Sicht der Dinge zu begnügen.

Es ist nicht falsch, den Inflationsdruck auf zahlreiche Einzelprobleme zurückzuführen: überhöhtes Geldangebot (1992 M2-Geldmenge +31%), Freigabe der Preise für Grundbedarfsgüter, Brennstoffe und Dienstleistungen, unkontrollierter Investitionsboom, Explosion der Immobilienpreise usw.¹³ Ferner ist eine erhebliche Teuerung "inoffizieller Dienstleistungen" zu beobachten. China ist nach Angaben des Hongkonger Wirtschaftsberatungsunternehmens Political and Economic Risk Consultancy (PERC) seit 1991 in der asiatischen Korruptionsliga auf den zweiten Platz - hinter dem notorischen Spitzenreiter Indonesien - vorgestoßen. Selbst traditionell korruptionserprobte Länder wie die Philippinen und Thailand wurden überholt.¹⁴

Die Liste der Inflationsgründe ließe sich verlängern, aber zur Erhellung der tieferliegenden Entwicklungszwänge Chinas trägt sie im Grunde wenig bei. Diese Zwänge liegen woanders. China ist ein Entwicklungsland und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Hier finden sich die wahren Ursachen für die periodischen Inflationsstöße. Die gegenwärtige Inflationsphase wird deshalb mit Sicherheit nicht die letzte sein. Nahezu alle (erfolgreichen) Entwicklungsländer haben dieses geschichtliche "Inflationsstadium" aus zwei Gründen durchlaufen (müssen). Zum einen hat bisher niemand eine logisch-theoretische, geschweige denn praktische Lösung gefunden, den Entwicklungsübergang von einem Verkäufermarkt zu einem Käufermarkt inflationsfrei zu bewältigen: Nur ein Käufermarkt kann die dem Marktmechanismus zugeschriebenen Wirkungen voll ausüben. Zum anderen sind Entwicklungsländer in der Regel sog. "soft states", was auch wie bereits erwähnt - für China gilt. Schwache Staaten verfügen nicht über die Steuerungsmacht und die Fähig-

keit zur Feinabstimmung, die für die Bewältigung komplexer wirtschaftlicher Abläufe unerlässlich sind. Sie können diese Fähigkeit nur allmählich gewinnen oder scheitern.

Für China treffen diese Aspekte in besonderem Maße zu. Der langwierige Übergang vom Verkäufermarkt zum Käufermarkt wird durch das Erbe der staatswirtschaftlichen Vergangenheit eindeutig erschwert. Jahrzehnte der planverordneten Mangellage sind selbst bei größter Dynamik nur langfristig zu überwinden. Das gilt um so mehr, als sich auf allen Ebenen der Politik/Verwaltung massive Besitzstandsinteressen verwurzelt haben, die zählebig um die Wahrung ihrer politisch-wirtschaftlichen Aneignungsmacht kämpfen. Dieser Kampf ist jedoch - das beweisen die letzten Jahre - ein Kampf des hinhaltenen Rückzuges. Die intellektuell weitsichtigeren Teile der Kaderegesellschaft haben ihn bereits widerwillig aufgegeben. Sie sind darum bemüht, sich mit Hilfe des weitgeflochtenen Verbindungs- und Beziehungssystems im neuen wirtschaftlichen Organisationsrahmen einzunisten. Die seit einiger Zeit anhaltende Diskussion um den sog. "Kaderkapitalismus" ist ein Beleg für diese Vorgänge. Man kann den Kaderkapitalismus mit Blick auf die Ziele des Transformationsprozesses als Fehlweg oder Sackgasse deuten. Das ist er auch, aber gerade deswegen repräsentiert er einen Bruch mit der Vergangenheit. Die Quellen der Kadermacht haben sich prinzipiell über die staatlichen Allokationszentren gespeist. In dem Maße, in dem diese Allokationszentren (Zentrale, Provinzen usw.) geschwächt werden, ist die Kaderegesellschaft gezwungen, "anarchische" Ersatzformen zu finden. Diese Sonderformen der Schattenwirtschaft haben jedoch gegenüber dem "neuen Marktmechanismus" bei weitem nicht mehr die Widerstands- und Behauptungskraft des alten Systems. Sie sind Zeichen des Machtzerfalls.

Kehren wir zurück zur Analyse des Inflationsphänomens, das die vorangehenden Betrachtungen auslöste. Es ist gesagt worden, daß sich die beiden Phasen 1988/89 und 1993 qualitativ erheblich voneinander unterscheiden. 1988/89 war die "Überdehnung der Preisfront" im wesentlichen durch einen allgemeinen Nachfrageüberhang (demand-pull) verursacht worden, d.h. sie war symptomatisch für eine Krise der Unterproduktion, genauer: eine unzureichende Erzeugung von Gütern mit einem Qualitätsstandard, der den Anforderungen der chinesischen Käufer genügt. Dieser Nachfrageüberhang bezog sich ausschließlich auf bedarfsgerechte Güter, während gleichzeitig ein Überangebot an nicht absetzbaren Gütern registriert wurde. Das Ergebnis war eine sich dramatisch ausweitende "Kaufverweigerung", die die vorübergehende Schiefelage der Wirtschaft 1990 verschärfte. Diese Tatsache steht in einem klaren Gegensatz zu den gegenwärtigen Geschehnissen. Seit Ende 1992 ist es zu einem rasanten Nachfrageanstieg und zu entsprechenden Steigerungen des Einzelhandelsumsatzes gekommen, was indirekt beweist, daß nachfragegerechte Konsumgüter - anders als 1989/90 - in (annähernd) ausreichendem Maß vorhanden sind. Noch "realer" können sich die realwirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre - zumindest aus Sicht der Konsumenten - nicht ausdrücken.

Die jetzige Inflation trägt nach Beobachtungen von Fachleuten - u.a. Thomas Chan, China Business Centre, Hongkong - starke Züge der Kosteninduktion (cost-

push), was sie von ihrer "nachfragebedingten" Vorgängerin kategorisch abhebt. Eine Inflation, die auf einen Anstieg der Produktionskosten zurückzuführen ist, zwingt auf längere Sicht zu einer verstärkten Beachtung von Knappheitsrelationen und wirkt damit zumindest potentiell effizienzfördernd. Exakt diese Chance hat Chinas Wirtschaft augenblicklich. Angesichts der seit Beginn des Reformprozesses konstant vorgebrachten Begleitkritik an den "irrationalen Preisstrukturen" und der wachsenden staatlichen Subventionslawine läßt sich nicht leugnen, daß die deutliche Anhebung bzw. teilweise Freigabe der Preise für wesentliche Gütergruppen die Wirkung eines "Heilfiebers" haben kann. Schätzungen, wonach die Produktionskosten bis zu 40% steigen werden,¹⁵ treffen kurzfristig wahrscheinlich zu, müssen längerfristig jedoch nur dann gelten, wenn die Produzenten nach bisherigem Muster weiterwirtschaften. Die großen Staatsunternehmen mögen sich diesen zweifelhaften Luxus noch für einige Zeit erlauben, die wachsende Zahl der privaten und kollektiven Unternehmen, die nicht unter dem (löchrig werdenden) Schutzschirm der Kaderegesellschaft operieren, mit Sicherheit nicht. Um es noch einmal zu sagen: Aus der Inflation ergeben sich Chancen für zukünftige Erfolge, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Fünftens: Es gehört zu den langfristigen Grundmerkmalen des chinesischen Wirtschaftsprozesses, daß die Wirtschaft insgesamt sowie die industrielle Verarbeitung und der "Investbau" (Bruttoanlageinvestitionen) im besonderen nahezu regelmäßig ein höheres Wachstum aufweisen als in der Planung (Perspektivprogramme und Fünfjahrespläne) vorgesehen. Auch während der meisten Jahre der Reformzeit wurden die geplanten Zielgrößen deutlich übertroffen. Auf den ersten Blick erscheint die Differenz zwischen den Soll- und Ist-Werten die große Lebenskraft der chinesischen Wirtschaft widerzuspiegeln. In der Praxis jedoch ist eine Übererfüllung der Pläne mittel- und langfristig ebenso nachteilig wie die Untererfüllung. Laut Verfassung der Volksrepublik China ist der Staat verpflichtet, die Volkswirtschaft "planmäßig und proportional" zu entwickeln. Als Hauptinstrument der geplanten gleichgewichtigen Entwicklung gilt der Nationale Volkswirtschaftsplan. Die Bilanzen dieses Plans sind vom prinzipiellen Anspruch her so anzulegen, daß sie die Sicherung des "beweglichen ökonomischen Gleichgewichts" wahrnehmen. Die Bilanzrechnung zielt also ihrer Definition nach in erster Linie auf die innere Konsistenz des Planes ab und legt im Rahmen politisch vorherbestimmter Präferenzen die mögliche Optimalabstimmung fest.

Nun hat die Praxis bewiesen, daß dieser Optimierungsanspruch aufgrund gravierender "Funktionsprobleme" zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist. Es sind daher permanente Tendenzen zur Maximierung, d.h. zum Höchstwachstum weniger Präferenzbereiche aufgetreten. Die einseitige Stärkung dieser Präferenzbereiche - sogenannte strategische "Kettenglieder" - ist zwangsläufig zu Lasten der restlichen Bereiche ausgefallen. Die Gründe dafür, daß das System, das mit dem Überlegenheitsanspruch angetreten ist, eine proportionale Entwicklung zu garantieren, mehr als jedes andere System fortlaufend Disproportionen erzeugt, liegen nicht so sehr - wie des öfteren von westlichen Beobachtern bespöttelt - in der Inkompetenz der Wirtschaftsverwaltung, sondern sind in erster Linie durch die bereits angesprochenen interessenpolitischen Konflikte der Kaderegesellschaften aus Staat und

Partei bedingt. Das hohe Maß an Ungleichmäßigkeiten, Planabbrüchen und "Sprüngen" war nicht nur während der Vorherrschaft des zentralistischen Funktionsmodells sichtbar. Wenn überhaupt ein innerer Zusammenhang zu erkennen ist, dann lassen sich die angesprochenen Phänomene eher auf die mangelnde Geltung des Modells in der politisch-wirtschaftlichen Praxis des Landes zurückführen.

Den Vertretern des Zentralmodells ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, ihrem "Hoheitsanspruch" volle Anerkennung zu verschaffen. Aber das gleiche gilt auch für die anderen Modelle. Es ist nicht zu übersehen, daß selbst die verschiedenen Varianten der Reformpolitik bis hin zur gegenwärtigen "sozialistischen Marktwirtschaft" auf die gleichen Widerstände gestoßen sind, die die konsequente Durchsetzung des zentralistischen Planmodells verhindert haben. Die Labilität des Ordnungsrahmens ist also letzten Endes nicht auf die Planung selbst - zentralistische, dezentralisierte, reformerische Variante - zurückzuführen, sondern einer tieferliegenden "Gegenströmung" geschuldet. Auf diesen Sachverhalt wird an anderer Stelle noch eingegangen.

V Ein Zyklus verblaßt

Die starke Ungleichmäßigkeit des chinesischen Wirtschaftsprozesses hat ihre markanteste Bestätigung im Wirken zweier charakteristischer Zyklen bzw. wellenartiger Bewegungen der Wirtschaft gefunden. Beide Zyklen können als Maßpegel für die Größe des Reformwiderstandes bzw. das Fortschreiten des Wandlungsverlaufs dienen. Der erste Zyklus bezieht sich auf die wiederholten Schwankungen zwischen Zentralisierungs-, Dezentralisierungs- und Rezentralisierungsbemühungen. Auf ihn wird später eingegangen. Beim zweiten Zyklus handelt es sich um einen periodischen An- und Abstieg der Investitionsgütereinfuhren, insbesondere des Imports von Maschinen und Ausrüstungen.

Dieser Importgüterzyklus ist eine langfristig verfestigte Erscheinung in Chinas Außenhandel (gewesen), die eng mit dem Rhythmus der Fünfjahresplanung verbunden war. Die jeweiligen Schlußjahre, insbesondere das letzte Jahr, innerhalb eines Fünfjahresplans waren ausnahmslos durch starke Steigerungen der Investitionsgütereinfuhr gekennzeichnet. Ebenso regelmäßig registrierten die Anfangsjahre eines jeden Fünfjahresplans einen mehr oder weniger deutlichen Rücklauf des Investitionsgüterimports. Zwar stiegen die Einfuhren dieser Güter in absoluter Größenordnung von Fünfjahresplanperiode zu Fünfjahresplanperiode deutlich an, aber der Rückgang zu Beginn einer Periode gegenüber der Endphase der vorangehenden war unübersehbar. Dieser Trend galt jedoch nicht für alle Produktions- und Investitionsgüter in gleichem Maß. Vor allem Maschinen, Transportausrüstung und Präzisionsinstrumente unterlagen extremen Schwankungen. Die Steigerungen im letzten Planjahr gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt lagen bei 45% bis 60%. Relativ geringe Wertänderungen verzeichneten chemische Erzeugnisse, Metalle und Metallzeugnisse. Dort lagen die Werte bei 20% bis 28%.¹⁶ Das nahezu ungebrochene Weiterwirken dieses Zyklus bis Mitte der achtziger Jahre macht deutlich, daß die chinesische Volkswirtschaft zumindest bis zu diesem Zeitpunkt immer noch im Schat-

ten staatlicher Investitionsplanung stand. Anders gesagt: Die damals vieldiskutierte Eigenständigkeit der chinesischen Betriebe (*qiye zizhuquan*) beschränkte sich weitgehend auf die Gestaltung der laufenden Produktion. Für die betriebliche Investitionstätigkeit (Neuinvestitionen) bestand offensichtlich weiterhin eine substantielle staatlich-planerische Einflußnahme. Anders wäre nicht zu erklären, daß die Einfuhren zu Ende der jeweiligen Fünfjahresplanperiode stark anstiegen. Offensichtlich fühlten sich die Betriebe "veranlaßt", die ihnen auferlegten mittelfristigen Investitionsplanziele durch erhöhte Aktivitäten in der Schlußphase der Planperiode zu erfüllen. Hätten sie in ihrer Investitionstätigkeit eine ausreichende Handlungsfreiheit besessen - wären sie also richtige Unternehmen gewesen -, dann hätte sich automatisch ein einzelunternehmerischer Investitionsrhythmus ergeben, der von der übergeordneten staatlichen Planung nur wenig beeinflußt worden wäre.

Soviel zur praktischen Wirksamkeit der in den frühen achtziger Jahren leidenschaftlich diskutierten Investitionskategorie "außerhalb des Staatsplans". Es ist ein weitverbreitetes Mißverständnis (gewesen), "Investitionen außerhalb des Staatsplans" mit eigenständigen unternehmerischen Investitionen gleichzusetzen. Auch die Diskussion darum, ob Investitionen durch direkte administrative Zuweisungen (*bokuan*) oder durch Investitionskredite "kanalisiert" würden, war offensichtlich eine Nebenfrage. Die über die Kreditform getätigten Investitionen in China wurden zumeist ebenso überbetrieblich gesteuert wie die Investitionen per direkter administrativer Mittelzuweisung. Investitionskredite (*daikuan*) waren also in erster Linie Ausdruck eines flexibleren und wirtschaftlicheren Vollzugs überbetrieblicher Investitionsplanung. Es handelte sich nicht um Kredite im westlichen Sinn.

Der Importzyklus für Investitionsgüter weist neben den bereits erwähnten Aspekten eine weitere höchst bemerkenswerte Facette auf. Er hat seine Konturen verloren, er existiert nicht mehr, und das bedeutet, daß sich zahlreiche Unternehmen während der letzten Jahre erheblich von staatlich-verwalterischer Bevormundung freigemacht haben. Es scheint so, daß die staatsindustrielle Domäne der Großunternehmen nach wie vor den Zwängen und "Segnungen" der Plan- und Verwaltungsgebundenheit unterliegt - "Segnungen" deshalb, weil nicht vergessen werden darf, daß sich diese Unternehmen seit Jahrzehnten auf die "Verwaltung von Kennziffern" konzentriert haben. Es fehlt den meisten Leitungen an der fachlichen Qualifikation und Mentalität, die zur Leitung wirklich autonomer Unternehmen nötig sind. Die Betriebsleiter sind Fachleute im System der Planindikatoren. Der ungarische Wirtschaftswissenschaftler Kornai hat diese Fertigkeit einmal als Kunst der Spekulation in der Planwirtschaft bezeichnet. Er bezog sich auf die Fertigkeit, "Nutzen aus den in den Planziffern verborgenen ökonomischen Widersprüchen und Vieldeutigkeiten zu ziehen". Im Vergleich zu diesem komfortablen Zustand erhöht sich unter den Bedingungen der Unternehmensautonomie einseitig das Risiko, während die Anreize verhältnismäßig gering bleiben.

Auch kleinere staatliche oder großkollektive Unternehmen sind zum Teil weiterhin Zwängen unterer Verwaltungsebenen (Provinzen, Kreise, Gemeinden) ausgesetzt.

Nicht eben wenige chinesische Presseberichte haben zum Inhalt, daß massive Eingriffe von Verwaltungsorganen die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Unternehmen mehr oder weniger stark beeinträchtigen. Insbesondere wird die weitverbreitete "Methode der Ölpresse" (*zha de banfa*) beklagt, d.h. die willkürliche Erhebung einer Vielzahl von (illegalen) Steuern, Gebühren und anderen Abgaben. Man kann die Situation bildlich zusammenfassen: Die Art und Weise, in der zentrale und örtliche Bürokratien Unternehmen in ihrem Einflußbereich teilweise "disziplinieren", ist von reformorientierten chinesischen Kritikern mit dem magischen eisernen Kopfband verglichen worden, das den berühmten Affenkönig Sun Wukong schmerzvoll in den Gehorsam zwang, wenn er den Unwillen seines buddhistischen Meisters Tangseng erregte.

Von anderen Autoren sind die Abhängigkeitsverhältnisse nüchterner beschrieben worden:

Die Intensität der staatlichen Lenkung und Kontrolle nimmt stark ab je niedriger die Verwaltungsebene ist, der ein Unternehmen zugeordnet ist. Je niedriger die Ebene, desto weniger sorgen die staatlichen Behörden für die Materialbeschaffung und desto größer sind die Möglichkeiten, für den Markt zu produzieren und Gewinnchancen zu nutzen. Die Unternehmen der Zentralebene werden bevorzugt mit Einsatzgütern für die Produktion versorgt und tragen kein Absatzrisiko. Auf der anderen Seite sind sie nicht in der Lage, eine mögliche Mehrproduktion, die über die Planziffern hinausgehen (sic!), selbst abzusetzen, ihre betriebliche Produktionsstruktur zu verändern und so Gewinnchancen wahrzunehmen, die wiederum einen größeren Einfluß auf die betriebliche Investitionspolitik sichern könnte. Auf der Gemeindeebene wird der Erfolg fast vollständig von der Marktlage bestimmt. Sie erhalten keine staatliche Hilfe bei der Materialbeschaffung und keine Aufträge durch staatliche Institutionen.¹⁷

Weiter heißt es zu den Großunternehmen und deren Möglichkeiten zwischen Plan und Markt zu navigieren:

Je mehr es einem großen staatlichen Unternehmen erlaubt ist, über die Planerfüllung hinausgehende wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten, desto größer ist der Einfluß der Parteiorgane auf diese Entscheidungen. Alle Entscheidungen jenseits der Planerfüllung müssen zunächst von den Parteiorganen innerhalb des jeweiligen Unternehmens genehmigt und den zuständigen Behörden gemeldet werden.

Diese Ausführungen verleiten zu einer Nebenbetrachtung, die jedoch indirekt mit den jüngsten Entwicklungen in China - Stichwort "Kaderkapitalismus" - in Verbindung steht. Im Westen assoziiert der Bürokratiebegriff seit Max Weber Verhaltensweisen wie Hierarchisierung, Rationalisierung, Routinisierung und vor allem Unpersönlichkeit. Chinesische Bürokratievorstellungen (*guanliao zhuyi*, *guanliao zhengzhi*) beinhalten jedoch eher das Gegenteil von unpersönlichen Vorgängen. Vielmehr sind sie durch sehr persönliche Abhängigkeitsverhältnisse gekennzeichnet. Hauptvorwürfe gegen den chinesischen "Bürokratismus" sind: Amtsmißbrauch, Beziehungsanknüpferei, irregulärer Stil und - besonders häufig - Weiterwirken der feudalen Mentalität. Für die Betroffenen

ist "Bürokratie" also in erster Linie eine persönliche Angelegenheit. Es geht um ein Gewebe kaum faßbarer Beziehungen (*guanxi*), die in erster Linie nach personalen "Loyalitäten" und erst in zweiter Linie nach Sachorientierung gestaltet sind.

Die Vielfalt dieser "feudalen Beziehungsgeflechte" hat die Belebung der chinesischen Volkswirtschaft nach ökonomisch-rationalen Kriterien zwar verlangsamt, aber offensichtlich nicht aufhalten können. Statt dessen hat das Willkürelement sogar - ungewollt und unbewußt - dazu beigetragen, den mit dem Rationalitätsprinzip begründeten Autoritätsanspruch der Planmodelle zu schwächen.

Über das Maß an Funktion und Dysfunktion von informellen hierarchischen Verhältnissen in einer auf umfassende Modernisierung ausgerichteten Gesellschaft läßt sich streiten. Es sei nur an Japan erinnert, dessen Organisations- und Managementdenken vor drei, vier Jahrzehnten als irrational galt, heute hingegen für manche Beobachter ein weltweites Vorbild darstellt. Eines scheint jedoch unbezweifelbar: Die besonderen Widersprüche der chinesischen Bürokratiepolitik haben zur Herausbildung eines allgemeinen Grundgegensatzes von formalen (gesetzten) und informellen (faktischen) Verhaltensmustern geführt. Nirgendwo gibt es so zahlreiche und detaillierte Betriebsvorschriften und Bestimmungen für jeden Eventualfall, und nirgendwo werden diese Vorschriften und Bestimmungen so wenig beachtet wie in China. Die Irrelevanz formaler Verhaltenskriterien für die wirtschaftliche Praxis kann auf mangelnde Disziplin hindeuten. In den frühen achtziger Jahren war die Kritik am "chaotischen Zustand der Betriebsverwaltung" weit verbreitet. Sie kann aber auch indirekt veranschaulichen, daß die Verwirklichung formal-organisatorischer Vorschriften und Bestimmungen - aus Sicht der Akteure - für einen geordneten Produktions- und Arbeitsablauf bedeutungslos oder sogar schädlich ist.

Mit der Folklore irrationaler Geschehensabläufe in China lassen sich ganze Folianten füllen. Trotzdem gilt der schlichte Tatbestand, daß das Verblässen des Importzyklus für Investitionsgüter ein deutliches Nachlassen der Interventionskraft der Kaderschaft auf die Unternehmenswelt impliziert. Das gilt nicht zwangsläufig für die Zahl der Fälle (Versuche), aber für deren Wirksamkeit (Ergebnisse).

VI Auf dem Weg zu intensivem Wirtschaften - ein "Qualitätssprung"

Ein weiterer Tatbestand, der zu den grundlegenden Merkmalen der achtziger Jahre in China gehört, ist die Differenz zwischen den beiden Wachstumsgrößen des sog. Gesellschaftlichen Gesamtproduktes (Summe des gesamten Bruttoproduktionswertes der Landwirtschaft, Industrie, des Bauwesens, des Verkehrs, Transports, Fernmelde- und Postwesens, des Handels und der Gastronomie, einschließlich der Versorgung und des Absatzes von Materialien und Ausrüstungen) und des Volkseinkommens (nationales Nettomaterialprodukt). Diese Größen unterscheiden zwischen Brutto- und Nettowachstum (Wertschöpfung) der Volkswirtschaft. Der Vergleich zwischen beiden Kategorien zeigt ein eindeutig niedri-

geres Wachstum der Nettoproduktion. Im Zeitverlauf nahm die Differenz jedoch von 2,3 Prozentpunkten (1976/80) auf wenig mehr als einen Prozentpunkt (Ende der achtziger Jahre) ab,¹⁸ und heute ist sie nur noch geringfügig.

Daraus ergibt sich, daß eines der großen Ziele der Wirtschaftsreform - Übergang vom extensiv geprägten zum intensiven Wachstum - in der Zwischenzeit beinahe erreicht worden ist. Mehr als ein Jahrzehnt lang konnte der für den langfristigen Erfolg der Reformen entscheidende Durchbruch zu intensivem Wirtschaften trotz permanenter "Antiverschwendungs-, Sparsamkeits-, Reserveerschließungs- und Produktivitätssteigerungskampagnen" nicht erzielt werden. Jetzt beginnt sich die Zielsetzung im Verlaufe eines gänzlich undramatischen "Hinübergleitens" zu verwirklichen. Vielleicht hat die konzentrierte Diskussion um die liebgewonnene "Pathologie der chinesischen Wirtschaft" die Aufmerksamkeit von diesem realwirtschaftlichen "Qualitätssprung" abgelenkt.

Was die Reformen selbst (politische Maßnahmenkataloge) nicht vermochten, haben die realen Zwänge, die - man möge die Tautologie verzeihen - die Reformen überhaupt erst erzwungen haben, annähernd herbeigeführt. Der endgültige Erfolg wird dann bestätigt werden, wenn ein weiteres Negativphänomen im Wachstumsverlauf der chinesischen Wirtschaft verblaßt, das der polnische Politökonom W. Brus einmal als "Engpaßmultiplikator" bezeichnet hat. Dieser Multiplikator - das Pendant zu Keynes' Multiplikator - zeigt an, wie Engpässe und Wachstumsrückschläge in einem Sektor der Wirtschaft auf alle anderen Sektoren übergreifen und das Gesamtwachstum "entbalancieren".

Seit Jahrzehnten sind die Wachstumseinbrüche in China das Ergebnis unkontrollierter Investitionsbooms gewesen. Sie entstanden automatisch aus den Engpässen für wichtige Rohstoffe, insbesondere Energie. Bisher lag der einzige Ausweg, zu dem sich die nationale Wirtschaftsführung befähigt sah, in einer allgemeinen administrativen Beschränkung der Materialversorgung, insbesondere der Versorgung mit Investitionsmitteln. Die Schwäche dieser Politik resultierte aus ihrer mechanischen Anwendung. Es wurde kaum nach Kriterien unterschieden wie notwendige/nicht notwendige Investitionen, leistungsfähige/nicht leistungsfähige Unternehmen und Materialien knapper/nicht knapper Erzeugnisse. Ein differenziertes System von Kontrollen, um je nach spezifischem Bedarf gleichzeitig zu "beschleunigen" und zu "bremsen", konnte nicht durchgesetzt werden. Dies ist eine Feststellung, keine Kritik, genauer: eine Feststellung mit nur maßvoll kritischem Gehalt; denn wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Selbst die Regierungen der großen westlichen Industriestaaten sind nicht in der Lage (oder bereit), eine derart differenzierte Politik zu verfolgen. Der auf den ersten Blick harmlose Begriff "differenziert" impliziert die Bereitschaft der politischen Führungen, sich gegen massive Teilinteressen innerhalb der Gesellschaften durchzusetzen und im Verlaufe der sich zwangsläufig ergebenden Auseinandersetzungen die eigene politische Existenz aufs Spiel zu setzen. Man sollte also das, was kaum eine Staatsführung in der Welt zu tun bereit ist, der chinesischen Führung nicht als spezifisches Fehlverhalten anla-

sten, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß sie gar nicht in der Lage wäre, eine solche Politik zu betreiben. Angesichts der weltweiten "politischen Inkonsequenz" ist es sicherlich ein Trost, daß wenigstens der Chor der wissenschaftlichen Kritiker prinzipientreu sein Lied singt. Dem weniger konsistenzsüchtigen Beobachter bleibt nur die bedauerliche Alternative, den weiteren Verlauf der Entwicklungen hilflos abzuwarten, ob der "Engpaßmultiplikator" und andere Negativphänomene, die den chinesischen Wirtschaftsprozeß beeinträchtigen, in den nächsten Jahren verblasen. Dann erst wird der "Durchbruch" endgültig sein.

Beleuchten wir den eben angesprochenen Sachverhalt von einem anderen Blickwinkel. Die Reaktionen der chinesischen Privathaushalte auf die gegenwärtige Inflationswelle bieten die Gelegenheit, den bisher offensichtlich nicht steuerbaren Investitionsrhythmus und die aus ihm ableitbaren Probleme des "investment waste" und der landesweiten "Halden" nicht absetzbarer Fehlerzeugnisse erneut anzusprechen. Drei Verhaltensmuster der privaten Haushalte gegenüber der Inflation sind hervorzuheben.

Zum einen geht es um die "Flucht aus der eigenen Währung". Seit Beginn des Jahres sind die Devisengeschäfte auf den entsprechenden Schwarzmärkten Chinas eindeutig angestiegen. US- und Hongkong-Dollars werden wegen ihrer wesentlich höheren "Inflationsresistenz" gehortet. In der Folge verstärkte sich der Abwertungsdruck auf den Yuan RMB.

Zum anderen explodierte die legale und illegale Nachfrage nach Gold in einer Weise, für die die anschauliche Formel "China im Goldrausch"¹⁹ nicht übertrieben scheint. Der "Rausch" hatte sich bereits 1992 abgezeichnet, als China zum weltweit größten Goldkäufer avancierte. Nach Schätzungen erreichten die privaten Käufe mindestens 350 t. Die chinesische Zentralbank orderte weitere 250 t. Der Schwarzmarktpreis für Gold stieg bis auf 600 US\$ pro Feinunze und lag damit um rund 200 \$ über dem Weltmarktpreis. "Aufgrund der chinesischen Käufe von Goldbarren und Schmuck stieg der weltweite Fabrikationsbedarf um 15% auf 2.461 t im letzten Jahr. Die Nachfragesteigerung Chinas habe den befürchteten starken Einbruch der Goldpreise auf dem Weltmarkt verhindert."²⁰

Zum dritten weitete sich die Nachfrage nach hochwertigen, langlebigen Konsumgütern schwunghaft aus. Diese Tatsache hat dazu beigetragen, daß zu den oben erwähnten "cost-push"-Faktoren, die die Preissteigerungswelle auslösten, "demand-pull"-Elemente hinzugetreten sind. Der rapide Anstieg des Einzelhandelsumsatzes und ein beschleunigter Rückgang der Spareinlagen bedingten sich gegenseitig.

Die Diskussionen um ein finanz- und geldpolitisches Sofortprogramm zur Bekämpfung der Inflation setzten in dem Augenblick massiv ein, als diese besorgniserregenden Tendenzen sichtbar wurden. Insofern scheinen auch die Vorwürfe wirtschaftspolitischer Fahrlässigkeit gegenüber den staatlichen Institutionen, insbesondere gegenüber der Zentralbank, nur bedingt verständlich. Als Instrument aus dem Waffenarsenal der richtungs- und machtpolitischen Auseinandersetzungen waren sie zu erwarten. Von fachkundiger Seite ist dazu angemerkt worden:

...the term "economic overheating" carries a special political overtone. Whether or not the Chinese economy is officially overheating depends on political considerations as much as on its economic definition.²¹

Das heißt: Gerade weil allen Betroffenen bewußt war, daß die Warnungen vor der "Überhitzung der wirtschaftlichen Entwicklung" (*jingji fazhan guo re*) keinen bloß sachpolitischen Aufruf zur Bekämpfung der Inflationstendenzen darstellten, sondern vielmehr die verkappte Forderung nach einer grundlegenden ordnungspolitischen Umkehr beinhalteten, stemmten sich die Befürworter des Wandels gegen die Angriffe. Sie wußten, daß in Wirklichkeit keine inflationspolitische Diskussion eingeleitet werden sollte, sondern neue ideologische Auseinandersetzungen um die Restauration des Planungsprimats. Deshalb hielten sie solange wie irgend möglich an der (ökonomisch) bedenklichen Gegenbehauptung fest, die Wirtschaft sei nicht "überhitzt", sondern nur auf optimale Betriebstemperatur aufgeheizt.

Soweit scheinen die Ereignisse vertraut, Parallelen zu ihnen gab es 1985/86 und 1988/89. Hinter dieser äußerlichen Parallelität verbirgt sich jedoch ein wesentlicher Unterschied, der für die "spontane" Fortentwicklung der Wirtschaft und ihrer faktischen Ordnungsbedingungen spricht. Der Unterschied läßt sich an zwei Vorgängen festmachen.

Erstens geht es, wie bereits erwähnt, um die investitionspolitischen Kontroll- und Steuerungsdefizite. Der Investitionsprozeß ist unter allen Teilbereichen des gesamten chinesischen Wirtschaftsprozesses der Bereich mit dem größten Handlungsbedarf, und gleichzeitig sind alle bisherigen Versuche, die grundlegenden Probleme in diesem Bereich zu lösen, erfolglos geblieben. Jahr für Jahr beklagten die Kommunikés zu den volkswirtschaftlichen Plänen die tatsächlichen Fehlentwicklungen und forderten eine deutliche Einschränkung der Investitionstätigkeit. Jahr für Jahr tauchten Formeln auf wie "Zwang zur Verbesserung der Investitionsorientierung", d.h. Anpassung der Investitionsstruktur an den gesamtwirtschaftlichen Bedarf, "Überdehnung der Investbaufont", "Verbot, blindlings Projekte in Angriff zu nehmen", "notwendige Erhöhung des Investitionseffektes". Bereits zu Beginn der Reformzeit hatte es kritisch geheißt:

Ein sozialistischer Staat kann auch nicht garantieren, daß seine politische Macht für immer das Problem aus der Welt schafft, daß der wirtschaftlichen Entwicklung großer Schaden entsteht... (Er) kann nicht automatisch garantieren, daß sich unsere Wirtschaft stets planmäßig und in hohem Tempo entwickelt... (Wenn wir) dem Willen der Obrigkeit vertrauend, die Wirtschaft blindlings zu leiten versuchen, werden wir Stillstand und Rückgang in manchen Betrieben, ja der gesamten Volkswirtschaft verursachen... Seit der Gründung der Volksrepublik sind fast dreißig Jahre vergangen. Wir können also unsere Fehler nicht mehr mit Mangel an Erfahrung rechtfertigen.²²

Fünfzehn Jahre später heißt es im Statistischen Kommuniké über die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1992 im altbekannten Wortlaut, daß eines der "Hauptprobleme im Wirtschaftsablauf" der "zu große Umfang der Anlageinvestitionen" sei.²³ Mit einem An-

stieg von knapp 38% war ein zweifelhafter Rekord seit Beginn der Reformära erreicht worden. Mehr noch: 1993 beschleunigte sich das Tempo erheblich. Bedeutet das also: Im Osten nichts Neues? Die Antwort lautet: Ja! Die negativen Folgen des "Investitionsamoks" lassen sich nicht hinwegdiskutieren. Von besonderer politisch-gesellschaftlicher Brisanz sind die Auswirkungen auf den ländlichen Raum, in dem zahlreiche örtliche Kaderschaften die Mittel zum staatlichen Ankauf bäuerlicher Erzeugnisse für Investitionsprojekte zweckentfremdeten, weitverbreitete Unruhen unter der Bauernschaft geradezu herausforderten und das "bäuerliche Fundament" der chinesischen Wirtschaft kurzzeitig schwächten.

Die Ereignisse führten ferner zu einem Spekulationsboom auf dem Immobiliensektor und endeten u.a. in "panischen" Rundschreiben des Staatsrates, "entschlossen der beliebigen Kapitalbeschaffung Einhalt gebieten, das Management bei der Emission von Obligationen stärken". Hinter diesen Rundschreiben verbirgt sich der offenbar unzählbare Hang vieler Lokalregierungen, "unter Umgehung der entsprechenden Vorschriften Obligationen auszugeben und andere Mittel zur Kapitalbeschaffung einzusetzen".²⁴ Es versteht sich von selbst, daß diese Art der "wilden" Kapitalbeschaffung "sowohl eine Gefährdung der Geldordnung als auch der sozialen Stabilität darstellt".

Wie ist es zu dieser neuen Form der "Kaderbeliebigkeit" gekommen? Die Antwort ist komplex und vielschichtig. Auf einen einfachen Nenner gebracht lautet sie: Im Rahmen der teilweise bereits verwirklichten, teilweise angestrebten steuerpolitischen Reformen sollen sich die unteren Staats- und Verwaltungsebenen (Kreise, Städte und Gemeinden) in Zukunft vor allem aus eigenen Steuerquellen finanzieren. Es liegt also in ihrem ureigenen, wengleich fatalen Interesse, mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln ihre örtlichen Industrien als zukünftige Steuerbasis auszubauen. Die verbitterten "Financiers" sind u.a. die Bauern.

Aber trotz dieser und anderer Fehlentwicklungen unterscheidet sich der gegenwärtige Investitionsboom von seinen ruinösen Vorgängern beträchtlich. Ein Blick auf die hohen Wachstumsraten der industriellen Erzeugung und den parallel verlaufenden Anstieg des Einzelhandelsumsatzes kräftigt die Vermutung, daß ein wesentlich größerer Teil der Investitionsprojekte erfolgreich verwirklicht worden ist (bzw. wird) als in früheren Zeiten, also zur (zukünftigen) Stärkung der wirtschaftlichen Produktion beiträgt. Der "Investitionseffekt" (*touzi xiaoli*) ist augenscheinlich größer als in der Vergangenheit.

Der zweite Vorgang, der - neben der Verringerung des Anteils an "investment waste" - den Unterschied zu früheren Jahren anschaulich macht, liegt im relativen Abbau der industriellen "Produktalden", was nicht zuletzt auf eine allmählich steigende Qualität der Erzeugung hinweist. Diese Tendenz spiegelt sich - wie bereits hervorgehoben - im unterschiedlichen Kaufverhalten der chinesischen Konsumenten wider: praktisch und statistisch deutlich spürbare "Kaufenthaltung" 1989/90, "präventiver Kauf" von Qualitätserzeugnissen 1993 bei gleichzeitigen Absatzschwierigkeiten für Unternehmen mit Erzeugnissen des schlechten Rufs.

Ein anderer Teilaspekt, der mit diesem Vorgang in inhaltlichem Zusammenhang steht, ist das Phänomen der unterschiedlichen Wachstumsraten der industriellen Erzeugung nach Eigentumskategorien der Betriebe. Während sich die Zuwachsrate der gesamten industriellen Produktion 1992 auf knapp 21% belief und einen neuen Rekordstand seit Beginn der Wirtschaftsreformen erreichte, konnte die staatliche Industrie ihre Produktionsleistung nur um gut 14% steigern, und dies ist nicht mit der Absatzsteigerung identisch. Der Kollektivbereich der Industrie erzielte ein Wachstum von gut 28% und der private Bereich mit den ausländisch-chinesischen Gemeinschafts- und Auslandsunternehmen im Kern knapp 49%. Diese Tendenz einer scherenartigen Öffnung der verschiedenen Wachstumsraten hält 1993 an. Anders ausgedrückt: Der Anteil der staatlich-industriellen Produktion an der gesamten industriellen Produktion Chinas sinkt kontinuierlich. 1990 lag er noch bei mehr als 50%, 1992 erstmals unter 40%. Es ist kein großes Wagnis, aus dieser Tendenz die Behauptung abzuleiten, daß mit dem relativen Rückgang der staatsindustriellen Erzeugung auch ein paralleler Rückgang der Produktion nicht absetzbarer und nicht absorbierbarer Güter einhergeht; denn von den staatlichen Unternehmen, insbesondere den größeren Einheiten, hatte es noch 1991 geheißt:

Nach einer Untersuchung der zuständigen Behörden... sind nur 27% Qualitätserzeugnisse mit hoher Wertschöpfung und 55% der untersuchten Erzeugnisse auf dem Markt akzeptiert. Das ist weit von industriell entwickelten Ländern entfernt, in denen 98% der industriellen Erzeugnisse akzeptabel sind. Nach einer anderen Untersuchung gehen 10 bis 15% des Ausstoßwertes wegen defekter Erzeugnisse verloren... Hinsichtlich des Energieverbrauchs liegt das Maß an verbrauchter Energie je Ausstoßeinheit um 30% bis 90% über dem in den entwickelten Ländern während der späten siebziger und frühen achtziger Jahre... Hinsichtlich der Produktpalette und der Entwicklung neuer Produkte zeigt eine Untersuchung, die in großen und mittleren staatlichen Unternehmen durchgeführt wurde, daß sich nur 58,8% ihrer Güter eines guten Verkaufs auf dem Binnenmarkt erfreuen... und nur 25% der Güter wirklich wettbewerbsfähig sind.²⁵

VII Preispolitik - Signale ohne Empfänger

Selbstverständlich stoßen diese Minderleistungen auf erhebliche Kritik, zumal die Staatsunternehmen die mit Abstand höchsten Investitionszuwächse aufweisen. Grundtenor dieser Kritik: Wer immer an der Mutterbrust gestillt wird, wird niemals erwachsen! Eigenständigkeit, Lösung vom staatlichen Subventionstropf und Zwang zu marktkonformem Verhalten sind die auch in China gängigen Rezeptvorschläge. Die Problematik ist erkannt, aber nicht gelöst - noch nicht.

Wenden wir uns zuerst solchen Lösungsvorschlägen zu, die den Fels nicht ins Rollen bringen werden. Sie alle basieren auf der Forderung nach einem vorrangigen Einsatz der Preispolitik und schwören auf die Unfehlbarkeit der Signalwirkung von Marktpreisen. Nun soll dieser Art des "preispolitischen Fetischismus" die Berechtigung nicht völlig abgesprochen werden. Es wird jedoch behauptet, daß dies nicht die eigentliche wirtschaftspoliti-

sche "Therapie" sein kann, um die staatlichen Unternehmen aus ihrer marktfeindlichen Lethargie zu reißen. Eine andere Strömung von (chinesischen und westlichen) Wissenschaftlern hat deshalb in der seit Jahren anhaltenden Diskussion das Hauptaugenmerk auf den Eigentumsaspekt gelegt. Sie ist der Meinung, daß Umbrüche in der Eigentumsposition der vielversprechendste Angriffspunkt seien. Ihre Argumentation erscheint insgesamt plausibler.

Die Reformer hatten bereits Mitte der achtziger Jahre mit der Umbildung des Preissystems als Voraussetzung für ökonomisches Verhalten der Betriebe begonnen. Die Maßnahmen zeigten jedoch entgegen den weitverbreiteten Erwartungen praktisch keine Wirkung. Dong Fureng, ein auch im Westen bekannter chinesischer Ökonom und damaliger Direktor des Instituts für Wirtschaftsforschung der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, begründete das Gefälle zwischen Theorie und Praxis überzeugend. Man sei davon ausgegangen, daß die Reform des Preissystems der Schlüssel zur Reform anderer Bereiche sei, aber es habe sich in der Wirklichkeit herausgestellt, daß

viele Fabriken und Unternehmen so ineffizient und schlecht geführt werden, daß sie auf die Aufhebung der Preiskontrollen einfach nicht wie erwartet reagieren... Wir mußten feststellen, daß die Unternehmen gegenüber Preisveränderungen nicht sensitiv sind. Die Unternehmen machen sich nicht viel aus erhöhten Produktionskosten. Sie fordern einfach eine Erhöhung der Preise der Produkte, die sie verkaufen... Die Schwierigkeiten und Komplikationen der Reform sind viel größer, als wir vorausgesehen haben.²⁶

An der Gültigkeit dieser Feststellung hat sich bis heute nicht sehr viel geändert. Mit anderen Worten: Die theoretische Annahme, daß der Markt selbst - genauer: die von ihm ausgehenden Preissignale - eine Veränderung der Verhaltensweise der staatsökonomischen Subjekte erzwingen werde und eine Reorientierung zu effizientem marktorientiertem Unternehmertum auslöse, erwies sich in der Tat als theoretisch. Die allgemeine strukturelle "Fossilierung" (*shihua*) hat die Versuche, die staatlichen Unternehmen in marktwirtschaftliche Körperschaften zu verwandeln, bisher überdauert.

Wenn von "Fossilierung" die Rede ist, geht es zum einen um die technisch-organisatorische Beharrungskraft: Die Organisation der Rechnungsführung - für erfolgreiches Management eine unerläßliche Voraussetzung - scheint nur wenig modernisiert worden zu sein. Sie bedient sich weiterhin im wesentlichen der alten Aggregate, die eine ordnungsgemäße Kontrolle der Kosten allein schon deswegen nicht zulassen, weil sie für diesen Zweck niemals gedacht waren. Die Konservierung der Verfahren aus der Zeit der Tonnenideologie ist - das leuchtet bei genauerem Hinsehen ein - kein Sachproblem, sondern Ausdruck eines hinhaltenden interessenpolitischen Abwehrkampfes.

Zum anderen sind die Unternehmen wegen der anhaltenden Schwäche des Bankensystems kaum zu einer substantiellen Verringerung ihrer Kapitalkosten gezwungen. Den Banken fehlt es an Bereitschaft und/oder Durchsetzungsfähigkeit, eine aktive Kreditkontrollpolitik zu betreiben. Zumeist sind sie aufgrund der örtlichen interes-

senpolitischen Konstellationen sogar gezwungen, die Zuteilung von Krediten unabhängig von der finanziellen Lage der Unternehmen und deren Erfolgsaussichten aufrechtzuhalten.

Drittens läßt sich in den staatlichen Unternehmen ein hartnäckiges Desinteresse am Strukturwandel registrieren. Dieses Desinteresse führt in letzter Konsequenz dazu, daß die seit über zehn Jahren regelmäßig eingeforderte "Anpassung der Produktionsstruktur an die gesellschaftliche Bedarfsstruktur" nur in sehr kleinen Schritten vorankommt. Die Suche nach neuen tatsächlichen Absatzchancen erfolgt mit wenig Elan. Anstelle eines effektiven Kostenmanagements kommt es - wenn überhaupt - zu einem Produktionsrückgang unter Beibehaltung des Preisniveaus der Erzeugnisse. Hierin liegt auch ein wesentlicher Grund für die relativ niedrige Wachstumsrate der staatlichen Industrie im Vergleich zum Privat- und Kollektivsektor.

Solange es sich die politisch-wirtschaftliche Führung auf Zentral- und Provinzebene nicht wirklich leisten kann, den Subventionsfluß für die staatlichen Unternehmen auszutrocknen oder gar die Einstellung der Produktion in Kauf zu nehmen, d.h. solange alle Beteiligten wissen, daß die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen und Initiativen Worte und Papier bleiben (müssen), wird sich nicht viel ändern. Eine "geistige Selbstreform" der Unternehmensführungen ist nicht zu erwarten. Sie werden sich weiterhin durch konstante Zustimmung und Lobpreisung der Reformen auszeichnen, aber auch durch eine ebenso große Entschlossenheit, nicht zu handeln.

Diese traurige Bilanz soll nun keineswegs zu dem Fehlschluß verleiten, daß sich überhaupt nichts ändert. Weiter oben wurde behauptet, daß die Position der Fachleute, die die Lösung der Problematik vorrangig über das "Eigentum" anstreben, plausibler sei als die Position derjenigen, die in der Preisreform das Allheilmittel sehen. Plausibler erscheint der "Eigentumsansatz" nicht aus sich heraus, sondern weil er in eine Richtung zeigt, die in der Praxis bereits Erfolge aufzuweisen hat. Gemeint ist die Entstehung und Schaffung neuen produktiven Eigentums (privat und kollektiv), das nach und nach die Produktionsaufgaben der staatlichen Unternehmen übernehmen könnte. Erst in dem Augenblick, in dem sich aufgrund der neuen dynamischen Entwicklungen im Privat- und Kollektivsektor der Industrie für jedermann sichtbare Alternativen bilden, wird der Druck zu wirtschaftlichem Verhalten in den staatlichen Unternehmen hinreichend wirksam sein. Erst wenn alle - oder zumindest die meisten - wichtigen Branchenmärkte genügend diversifiziert sind, d.h. Käufermarktreife erlangen, wird die schlichte Sanktionsandrohung "Sell or perish" auch für die staatlichen "Saurier" glaubwürdig sein. Dann aber wird sich die Eigentumsfrage als nachrangig erweisen, wie das Beispiel Singapurs zeigt. Ob private oder staatliche Unternehmen, sie alle müssen sich am Markt behaupten. Ob der Marktzwang wirkt oder nicht, wird nicht durch die Eigentumsform entschieden, sondern durch die Frage, ob subventioniert wird oder nicht.

Einen Hinweis darauf, in welcher Richtung sich die staatlichen Unternehmen Chinas bewegen und welchen Platz sie im gesamtindustriellen Gefüge des Landes einnehmen könnten, bietet Taiwan. Dort spezialisiert sich die Pro-

duktion der Großunternehmen (business groups) überwiegend auf die Herstellung von Halbwaren für den Binnenmarkt. Kleinere und mittlere Unternehmen setzen den Verarbeitungsprozeß fort und produzieren Fertigerwaren für den Weltmarkt. Sollte sich dieses Spezialisierungs- und Kooperationsmuster auch in China durchsetzen, dann könnte man mit Recht von einer "chinesischen Produktionsweise" sprechen, die ganz im Gegensatz zu Japan oder Korea stünde, wo vor allem Großunternehmen Fertigerwaren für den Binnen- und Weltmarkt produzieren, während die kleineren Unternehmen in ihrer Mehrzahl ein Zuliefererdasein fristen.

Es bleibt die Frage nach dem Zeithorizont: Wann wird der Druck der Realität auf die staatlichen Unternehmen Chinas genügend angewachsen sein? Die Antwort fällt zwangsläufig spekulativ aus, aber angesichts der Dynamik der letzten Jahre scheint die Behauptung nicht zu gewagt: bis zum Ende dieses Jahrzehnts.

VIII Eine Wirtschaftsgesellschaft ist eine Wirtschaftsgesellschaft, kein Modell

Im folgenden wird angestrebt, die Möglichkeiten und Grenzen reformpolitischen Handelns zu umreißen und mittels "praktischer Vernunft" (*common sense*) über das Maß des bisherigen Erfolges zu urteilen. Man muß sich vor der Versuchung hüten, den Fortgang der Geschehnisse nach den Vorgaben eines theoretischen Funktionsmodells zu messen. Anders gesagt: Alle Vorstellungen, ein theoretisches Modell mit gesamtgesellschaftlichen Dimensionen als Modell in die gesamtgesellschaftliche Praxis umsetzen zu können, sind prinzipiell illusorisch. So funktionieren Gesellschaften nicht. Das verheerende realsozialistische Experiment dieses Jahrhunderts ist genau an dieser "konstruktivistischen Hybris" (von Hayek) gescheitert.

In keiner Gesellschaft der Welt hat jemals auch nur annähernd eine *tabula rasa*-Situation existiert, schon gar nicht in der chinesischen. Dies war auch der große Irrtum Mao Zedongs, als er die chinesische Gesellschaft mit einem weißen Blatt Papier verglich, auf das man die schönsten Zeichen malen könne. Kein Blatt war intensiver bemalt als das chinesische. Nebenbei: Es handelte sich auch um schlechtes marxistisches Denken.

Jeder, der politisch verantwortlich handeln will, muß sich vor Augen halten, daß menschliche Gesellschaften komplexe Institutionen sind, und Institutionen sind - laut Popper - wie Festungen. Wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen, müssen sie nach gutem Plan entworfen und mit geeigneter Bemannung versehen sein. Die Reformpolitik in China hatte das Glück, daß beide Forderungen von den Reformgegnern nicht erfüllt wurden. Ihre Pläne taugten nicht viel und die Bemannung auch nicht. Die Institutionen der Reformfeindlichkeit waren daher von Beginn an brüchig. Das heißt jedoch nicht, daß sie überhaupt nicht existierten und zu keinerlei Widerstand fähig waren, wie die politische Praxis bis heute beweist. Die Reformer mußten also dort ansetzen, wo die Bresche am leichtesten zu schlagen war. Niemand hatte die Wahl, dort zu beginnen und die Arbeit fortzusetzen, wo es aus Gründen der Konsistenz und der inneren Logik am besten gewesen wäre.

Daraus läßt sich der prinzipielle Schluß ableiten, daß theoretische Funktionsmodelle ihrer Natur nach immer nur eine kritische Instanz sein können, anhand derer man das Gefälle zwischen Ist und Soll bemißt. Sie können jedoch nicht als direkte politische Handlungsanleitung dienen. Gehandelt werden muß dort, wo das Handeln Erfolg verspricht. Deswegen sind die Anfangsphasen jeder Reformpolitik im Vergleich zu späteren Stadien auch verhältnismäßig einfach. Wenn sich der Widerstand formiert, wird das Handeln schwieriger. Die Realität wird also unvermeidlich durch "trial and error" bestimmt oder, wie es in chinesischer Diktion heißt, um eine "Furt zu durchwaten, muß man an einem Ufer in den Fluß steigen und mit dem Fuß den jeweils nächsten Stein suchen". Man weiß daher im voraus nicht, an welcher Stelle man das andere Ufer erreicht.

Sehen wir uns an, welche Ergebnisse die "Durchquerung der Furt" bisher gezeitigt hat. Vereinfacht gesagt strebt die Reformpolitik nach Wohlstand für die Gesellschaft und nach einer international starken Wirtschaft. Das heißt mit anderen Worten, die Reformphase stellt das vorerst letzte Glied in einer nicht vollendeten Reihe von Modernisierungsideologien dar, durch die sich die immer gleiche "Wohlstand und Macht"-Vision (*fuqiang*) wie ein roter Faden zieht. Die Reformen sind also u.a. die vorläufig letzte Antwort auf die grundlegenden Herausforderungen, denen der chinesische Staat und seine Gesellschaft historisch ausgesetzt sind. Der Drang der politischen Elite nach dem "Wiederaufstieg" zu neuer Weltgeltung ist unverkennbar. Das Urteil der großen Mehrheit der Bevölkerung dürfte jedoch nach irdischeren Maßstäben gefällt werden: Wird sich der versprochene Wohlstand tatsächlich einstellen, gibt es zumindest einen "be-scheidenen Wohlstand" (*xiao kang*)?

Die Reformpolitik muß sich also an ihren materiellen Ergebnissen messen lassen, wobei der Verweis auf die karge Vergangenheit für die Bevölkerung kaum noch zählt. Dies gilt um so mehr, als die Ära Mao Zedong, insbesondere die Kulturrevolution, den Chinesen niemals Wohlstand versprochen hatte; sie hatte ihnen nur gedroht, sie zu Neuen Menschen zu machen. Wie lautet also die Bilanz in kurzen Worten?

Objektiv, d.h. statistisch belegbar, ist die Antwort einfach: Die Wohlstandsmehrung während der letzten fünfzehn Jahre ist gewaltig. Niemals zuvor in der Geschichte der Menschheit sind so viele Menschen (ca. 200 Mio.) in so kurzer Zeit vom Los absoluter Armut befreit worden. Die Kaufkraft für annähernd drei Viertel der städtischen Bevölkerung und mehr als die Hälfte der ländlichen Bewohner ist erheblich gestiegen, was sich nicht zuletzt in einem gewaltigen Anstieg der Spareinlagen und in den großen Umsatzsteigerungen des Einzelhandels ausdrückt. Deswegen heißt es auch zutreffend, einige seien reich geworden und die anderen weniger arm.

Es ist kein Zufall, daß der Internationale Währungsfonds in einer seiner kürzlichen Veröffentlichungen Chinas Wirtschaft von ihrer absoluten Leistungsfähigkeit her an die dritte Stelle in der Welt hinter den USA und Japan plazierte hat. Auf der Basis eines internationalen Kaufkraftvergleichs verfüge China über ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von mehr als 1.500 US\$. Die politisch-wirtschaftliche Führung des Landes nahm die "neue Rangfolge" mit

zweispaltigen Gefühlen zur Kenntnis. Für einen kurzen Augenblick überwog der nationale Stolz, dann setzte sich die Vorsicht durch, der Erfolg könne den Zugang zu den vergünstigten Kreditmöglichkeiten der internationalen Organisationen erschweren, die nur armen Ländern eingeräumt werden. Folglich protestierte man gegen diese Art der Bewertung.²⁷

Subjektiv, d.h. hinsichtlich der Stimmungslage der chinesischen Bevölkerung, fällt die Antwort schwerer. Sie muß deshalb offenbleiben bzw. sich in der Praxis selbst beantworten. Zum einen gehört es zu den Grunderkenntnissen der Sozialpsychologie, daß Menschen - oberhalb des Existenzminimums - die Verbesserungen in ihrem eigenen materiellen Dasein nicht isoliert beurteilen, sondern nach ihrer relativen Position gegenüber anderen Menschen und Gruppen. Das erklärt auch, warum der soziale Neid immer wieder und überall im anmaßenden Gewande sozialer Gerechtigkeit auftreten kann. Der gesamte Marxismus-Leninismus verdankte diesem simplen psychologischen Mechanismus seine Macht. Zum anderen können meßbare materielle Verbesserungen durch Gefühle sozialer Unsicherheit neutralisiert werden. Dies gilt um so mehr, als die chinesische Gesellschaft jahrzehntelang zur Initiativlosigkeit und zur Erwartungshaltung gegenüber dem Bevormundungs- und Betreuungsstaat erzogen wurde. Das hat, wie man im heutigen Polen sagt, bei vielen zu einer "eingeschliffenen Unbeholfenheit" geführt. Der Mangel an verordneter Sicherheit löst Angstgefühle aus. Für die (geschwächte) Phalanx der Orthodoxen bietet diese Stimmungslage noch einmal die verzweifelt erwartete Gelegenheit, das Lied vom Plan zu spielen.

IX Die "Irrationalität" des Planungsanspruchs

Niemand, der sich mit der nationalen Entwicklung Chinas beschäftigt, kommt umhin, sich mit einer der zentralen Fragen zu beschäftigen: Wie steht es um das politisch-wirtschaftliche Planungsgefüge? Wie umfassend kann, darf und soll der Lenkungs- und Kontrolleinfluß sein, der auf die Wirtschaft ausgeübt wird? Wie muß die Planung politisch und organisatorisch ausgestattet sein und - was noch wesentlich ist - gegen welche interessenpolitischen Schwächungen muß sie "immunisiert" werden? Dieses Fragenbündel zwingt zu einer deutlichen Grenzziehung zwischen dem Planungsgedanken per se (Rationalitäts- und Effizienzanspruch) und den politischen Kräftegruppierungen, die ihre ideologischen und interessenpolitischen Positionen mit dem Primat der Planung verbunden haben. Zwei Gründe sprechen für eine solche Differenzierung.

Zum einen läßt sich nur schwerlich widerlegen, daß sich die ostasiatischen Volkswirtschaften mit Hilfe eines starken (staatlichen) Planungselementes außerordentlich entwicklungsfähig erwiesen haben. Man kann Ländern wie Korea, Taiwan, Singapur und in einer früheren Phase auch Japan nicht unterstellen, sie hätten ihre nationalen Entwicklungsstrategien nach den Prinzipien neoliberaler Wirtschaftstheorie gestaltet. Warum sind andere Länder, so auch China, die äußerlich ähnliche Planungsgefüge aufwiesen, bisher gescheitert? Es kann nicht das Planungsprinzip selbst sein.

Zum anderen geht es um den Reiznamen Chen Yun. Nur wenige Chinabeobachter haben die Mühe auf sich genommen, ernsthaft zwischen dem Gedankengut (theoretische Qualität) und der Position im realen politisch-wirtschaftlichen Tauziehen des zweiten großen Veteranen nach Deng Xiaoping zu unterscheiden. Hinter Deng stehen die unterschiedlichsten Kräfte. Gemeinsam ist ihnen allen die Hoffnung, im schützenden Schatten seiner Autorität ihre politischen Vorstellungen und persönlichen Ambitionen (zumindest teilweise) verwirklichen zu können. Ähnliches gilt für Chen Yun. In seinem Namen haben sich die Kräfte gruppiert, die sich durch die neuen Entwicklungen bedroht sehen. Um seinen Vorstellungen von einer plangesteuerten Wirtschaft in der politischen Praxis überhaupt noch irgendwelche Überlebens- und Verwirklichungschancen zu wahren, ist Chen nolens volens gezwungen, diesen Kräften als "Gallionsfigur" zu dienen.

Angesichts der macht- und richtungspolitischen Auseinandersetzungen ist das Etikett "Orthodoxie" (Chen Yun, andere antireformerische Parteiführer und abhängige Kaderschaften) trotz aller Vereinfachung angemessen. Mit Blick auf das wirtschaftliche Theoriegebäude (*Gesammelte Werke des Genossen Chen Yun*, 3 Bände) ist es jedoch eher gerechtfertigt, von einer "kritischen Schule" (Chen Yun und ihm nahestehende Wirtschaftswissenschaftler) zu sprechen. Auf den einfachsten Nenner gebracht, lautet das Motto dieser Schule: Chinas Grunddilemma ist der "Wachstumsfetischismus". Angesichts der gegenwärtigen "Überdehnung der Wirtschaftsfrente" wird niemand ernsthaft behaupten wollen, diesem kritischen Motto fehle es an Wirklichkeitsbezug. Ausgangspunkt der Kritik am erratischen Wachstumsrhythmus - "Großes Steigen", "Großes Sinken" - ist der seit Jahrzehnten immer wieder beklagte Zustand der erheblichen strukturellen Verzerrtheit der chinesischen Volkswirtschaft. Hochwachstum wirke sich daher zwangsläufig zu Lasten der sog. "schwachen Kettenglieder" aus und letztlich zum Schaden der gesamten nationalen Produktion. China müsse deshalb - so Chen und seine Anhänger - eine Strategie des "passiven Gleichgewichts" verfolgen, also in der Entwicklungsordnung mit den schwachen Branchen beginnen und das Gesamtwachstum nach deren eingeeengten Möglichkeiten ausrichten. Nur so könne ein "umfassendes Gleichgewicht" (*zonghe pingheng*) erreicht und der Anspruch echter "Planmäßigkeit und Proportionalität der Entwicklung" verwirklicht werden. Folgerichtig hat diese kritische Schule seit Mitte der achtziger Jahre immer wieder darauf gedrängt, die mittelfristige Planung auf absolute Höchstwachstumsgrenzen (sog. "Deckelung") auszurichten. Steigerungsraten oberhalb dieser Grenzen müßten zwangsläufig zu einem negativen Gesamteffekt für die Volkswirtschaft, insbesondere zur Zunahme des "Wassergehalts" (*shuifen*) - Haldenproduktion - führen.

Diese Forderung hat zu einer weiteren bekannten Grundthese geführt: Die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik Chinas müsse von der "grundlegenden Landesverfaßtheit" (*jiben guoqing*) ausgehen und der nationale Wirtschaftsaufbau "nach dem Machbaren durchgeführt" (*liang li er xing*) werden. Man dürfe die wirkliche Leistungskraft des Landes nicht ständig dem eigenen Wunschdenken opfern. Auch die Reformbewegung habe sich ihrer eigenen Art der "Großen-Sprung-Mentalität" schuldig gemacht:

Wenn das Maß des Aufbaus die finanziellen und materiellen Kräfte des Landes übersteigt, dann ist das blinder Fortschritt und dann wird daraus ein wirtschaftliches Chaos entstehen. Nur wenn beides aufeinander abgestimmt ist, gibt es Stabilität... Die gleichgewichtige Entwicklung der Wirtschaft ist die schnellste Entwicklung.²⁸

Um das "bewegliche Gleichgewicht der Entwicklung" sicherzustellen, müsse der gesamte Planungsablauf auf der Grundlage von fünf "Grundbalancen" neu geordnet werden: 1. "Ausgeglichenheit von Staatseinnahmen und Staatsausgaben", also finanzpolitisches Gleichgewicht, das die Ausgaben nach den Einnahmen ordnet; 2. "Ausgeglichenheit der Entwicklung von Leicht- und Schwerindustrie", wobei der Bedarf der Leichtindustrie vorrangig berücksichtigt werden muß; 3. "Ausgeglichenheit der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie", wobei die Landwirtschaft Vorrang hat; 4. "Ausgeglichenheit von Konsumtion und Akkumulation", d.h. tendenziell eine Einschränkung der Investitionstätigkeit (Zukunftsaspekt) zugunsten des Verbrauchs (Gegenwartsaspekt); 5. "Ausgeglichenheit des Außenwirtschaftsablaufs", d.h. Bestimmung des Exportvolumens nach dem Maß der Importerlöse.

Angesichts des heutigen internationalen Diskussionsstandes und der Erfahrungen in China mag die "Gleichgewichtsphilosophie" Chen Yuns nicht besonders originell erscheinen, aber Chen hat diese Linie seit annähernd vierzig Jahren propagiert. Er hatte sich von den Argumenten der frühen ungarischen und polnischen Vordenker gegen die Tonnenideologie beeinflussen lassen und war bereits 1956/57 ein einsamer Gegner des virulent aufkommenden "Hau-Ruck-Geistes" in China. Während alle anderen - Deng Xiaoping eingeschlossen - die unselige "Sattel" (*ma'an*)-Methode als historische Inspiration des Vorsitzenden Mao priesen, warnte Chen vor dem irrationalen Schockverfahren, das seinem katastrophalen Test in der Zeit des Großen Sprungs 1958/59 entgegen sah. Er bezahlte diese Warnungen mit dem Verlust an Einfluß und Position. Besonders unverzeihlich war, daß er die Folgen annähernd korrekt vorausgesehen hatte. Diese Geschehnisse dürften in der Kritik unterschwellig mitklingen, wenn Chen Deng Xiaoping und seinen engeren Anhängern vorwirft, sie hätten sich bis heute nicht wirklich von diesen Denkschablonen gelöst, statt "nach vorne" wollten sie jetzt "nach Westen springen" (*yang yaojin*).

Chen hat die Handlungsmaximen seiner Gleichgewichtsphilosophie in der berühmten Vogelbaueranalogie zusammengefaßt. Nur mit ihr könne die notwendige Präferenzordnung der nationalen Entwicklung eingehalten werden. Man macht es sich vielleicht etwas zu leicht, wenn man das Vogelbauerkonzept - wie es häufig geschieht - einfach als Ausdruck eines überholten Plan dogmas abwertet. Zumindest soviel muß man Chen zugestehen: Es fällt den jeweiligen Wirtschaftsführungen Chinas verhältnismäßig leicht, Prioritäten zu setzen, aber es fällt ihnen bis heute offensichtlich schwer, mit den unvermeidlichen Posterioritäten zu leben. Diese Erscheinung ist letzten Endes auch Beweis dafür, daß zu keiner Zeit ein dauerhafter nationaler Konsens, ein gemeinsamer Entwicklungsausblick existiert hat, der der Problem-

vielfalt des Landes angemessen Rechnung trägt und sie als nur langfristig lösbares Faktum akzeptiert. Lassen wir Chen zu Wort kommen (Dezember 1982):

Man muß in Zukunft fortfahren, sowohl die Wirtschaftspolitik kraftvoll anzugehen und zu verwirklichen, als auch die Marktregulierung wirkungsvoll zu fördern. Wir müssen auch der Tendenz Einhalt gebieten, die im Ablauf der Wirtschaft auftritt, sich der staatlichen Planung zu entledigen. Der Ablauf der Wirtschaft ist ein Ablauf unter planvoller Leitung und nicht ein Ablauf, der von der planvollen Leitung losgelöst ist. Das ist so ähnlich wie das Verhältnis zwischen Vogel und Vogelbauer. Der Vogel kann nicht in der (geschlossenen) Hand festgehalten werden. Wenn man ihn in der Hand festhält, dann wird er sterben. Man muß ihn fliegen lassen. Aber man kann ihn nur im Vogelbauer fliegen lassen. Ohne Vogelbauer fliegt er davon. Wenn man also sagt, der Vogel stelle den Ablauf der Wirtschaft dar, dann ist der Vogelbauer die staatliche Planung.²⁹

Chen erkennt die Institution des Marktes also durchaus an. Ohne den eingebauten Marktmechanismus könne eine Planordnung nicht wirklich funktionieren. Eine "gleichgewichtige Entwicklung" (*an bili fazhan*) benötige beide Ordnungselemente. Das Mischungsverhältnis wird allerdings durch den Plan bestimmt, der Marktmechanismus komme dort zur Geltung, wo das Planungsverfahren seine Wirksamkeit verliert. Eine totale Planverwaltungswirtschaft ohne Markt Komponente habe zwei schwere Schwächen. Zum einen führe sie zur Fesselung der Unternehmensinitiativen und erschwere die Eigenbewegung der wirtschaftlichen Subjekte, so daß letztere dazu tendieren, an den Ergebnissen der Produktion, des Absatzes und der technischen Erneuerung verhältnismäßig desinteressiert zu sein. Zum anderen habe die Geschichte Chinas und anderer sozialistischer Länder bestätigt, daß die Planung häufig nicht mit der Wirklichkeit übereinstimme. Das Wissen um dieses Gefälle erzeuge Phänomene wie Hortung, Knappheit, Lagerhaltung und ein allgemeines Mißverhältnis zwischen Produktions- und Bedarfsstruktur. Es komme zur ungleichgewichtigen Entwicklung, was sich u.a. in unzureichender Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Produktivität ausdrücke. Ungeplantes Wirtschaften sei also ein funktionsnotwendiges "Hilfselement für die geplante Produktion". "Die geplante Wirtschaft ist das Wesentliche, die Marktregulierung ist die Ergänzung" (*jihua jingji wei zhu, shichang tiaojie wei fu*).

Diese Losung ist in der Zwischenzeit zur Platitüde degeneriert, wird aber von Chen wesentlich differenzierter gesehen als gemeinhin unterstellt. Genaugenommen sieht Chens Plankonzept nicht nur einen Vogelbauer mit einem Vogel vor, sondern eine Vielzahl unterschiedlich großer Käfige mit verschiedenen Vögeln.³⁰ Weniger metaphorhaft formuliert: Für die verschiedenen Sektoren und Branchen der Wirtschaft strebt Chen unterschiedliche Planungsverfahren an, d.h. Kontroll- und Steuerungsverfahren unterschiedlicher Natur und Reichweite. Dies geht allein schon aus der Differenzierung zwischen Kategorien der Imperativplanung (*minglingxing de jihua*), der Induktivplanung (*zhidaoxing de jihua*), der Indikativplanung (*cankaoxing de jihua*) und der Planfreiheit des Marktmechanismus (*shichang jizhi*) hervor.

Nebenbei bemerkt fördert ein genauerer Blick auf das von Chen angestrebte Mischverhältnis zwischen Planungs- und Marktelementen nach Branchen eine erstaunliche Parallele zutage. In all den Branchen, in denen in den (westlichen) Industrieländern starke Konzentrationserscheinungen auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von großen Konzernen zu registrieren sind, d.h. die Planungshoheit der Unternehmen zu Lasten des Marktes (Obligopol tendenz) an Gewicht gewinnt, fordert Chen eine starke (staatlich-politische) Plankontrolle, und in all den Branchen, in denen im Westen das Marktgeschehen bis heute durch eine Vielzahl von konkurrierenden kleineren und mittleren Unternehmen diktiert wird, d.h. der Markt das Geschehen bestimmt, plädiert Chen für "weiche" Formen der Planung, bzw. den Eigenlauf des Marktmechanismus.

Chens "Realismus" hat sich auch in politischer Richtung ausgesprochen früh manifestiert. Im Gegensatz zu seinen Kontrahenten, die eine dauerhafte Trennung der beiden Sphären der Politik und Wirtschaft für möglich hielten, hatte er bereits im April 1979 während einer Arbeitskonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gewarnt, daß die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung auf Dauer auch die Herrschaft der Partei in Frage stellen müsse:

Ich habe Gespräche mit Kommunemitgliedern und Kadern geführt. Danach habe ich mit Fabrikarbeitern, Oberschülern und Studenten gesprochen... Seither bin ich noch stärker von meiner Ansicht überzeugt, daß wir drei Möglichkeiten haben, unsere Probleme zu bewältigen, nämlich die beste, die zweitbeste und die schlechteste Politik. Die erste ist, daß wir alle vorhandenen Hindernisse sorgfältig auslöschen, einschließlich des geheiligten Etiketts (Herrschaftsmonopol der Partei, R.M.), selbst auf das Risiko hin, daß wir als Befürworter die Macht verlieren. Benötigen wir noch die Parteiführung? Eigentlich wäre es egal, aber soweit ich sehen kann, würde hier keiner eine derart sorgfältige Art, die Dinge zu erledigen, akzeptieren. Also reden wir nicht mehr darüber!³¹

Ohne es offen auszusprechen, überträgt Chen seine "Vogelbauerüberzeugung" auch auf den Bereich der politischen Herrschaft. Man müsse die Menschen nur genügend füttern, dann wollen sie aus dem Käfig nicht hinaus:

Für die Menschen ist Essen der Himmel. Was ist die entscheidende Frage? Die Antwort ist: Essen... Wenn wir die Fragen der Nahrung, des Wohnungswesens, der Bekleidung und der täglichen Bedarfsgüter gelöst haben, könnten die Menschen ein besseres Leben führen. Die Menschen werden nicht nervös werden, und wir werden keine Schwierigkeiten haben, wenn wir die Menschen mit genügend Nahrung versorgen und die Kontrolle über ihr Leben ein bißchen lockern, statt sie immer im harten Griff zu halten, wenn wir mehr kulturelle und sportlichen Tätigkeiten anbieten und mehr darauf achten, daß ihre Arbeit nicht zu hart ist und ihnen genügend Freizeit geben... Wenn wir ihre Lebensumstände verbessern, das Land aufbauen, die Produktion steigern und wirklich große Erfolge erzielen wollen, geht es selbstverständlich nicht an, daß wir nur leere Losungen hinausrufen, große, aber unpraktische Projekte ausarbeiten oder irgendwelche Ziele setzen. Statt dessen soll-

*ten wir uns die Dinge aus der Nähe und dann aus der Ferne ansehen, aus der Vergangenheit für die Gegenwart Schlüsse ziehen und sie dann Schritt für Schritt durchführen.*³²

Kommen wir jetzt zu einer Beurteilung des Funktionsmodells der kritischen Schule und seines plangesteuerten Kernbereichs. Vor allem interessiert uns die Frage, inwieweit das Modell - unabhängig von seiner "theoretischen Würde" - die oben aufgezählten Grunddefizite im chinesischen Wirtschaftsprozeß abbauen oder wenigstens mildern könnte. Wir nehmen die Antwort vorweg und behaupten: Das Modell ist praxisuntauglich. Seine Umsetzung in die Realität würde zwangsläufig zu Ergebnissen führen, die weit hinter denen des gegenwärtigen "trial-and-error"-Kurses, des "Durchwatens der Furt", rangieren.

Erstens weist das Modell elementare Widersprüche auf, weil es zwei miteinander nicht zu vereinbarende Planungswelten zwangsvermischt und einem undifferenzierten Gebrauch des Planungsbegriffs frönt. Mit ein und demselben Begriff werden ihrer Natur nach völlig unterschiedliche politische Steuerungs- und Interventionsverfahren aneinander gereiht. Man kann die prinzipielle Andersartigkeit der beiden Planungsdimensionen am besten anhand einer Gegenüberstellung der sozialistischen Imperativplanung und solcher Planverfahren beleuchten, die für die ostasiatischen Schwellenländer repräsentativ (gewesen) sind. Das Planungsbemühen der politisch-wirtschaftlichen Führungen der Schwellenländer ist in der Vergangenheit deutlich über eine rein indikative Schwelle hinausgegangen. Es war zumindest induktiver Natur, aber das Entscheidende war, daß der Planungsprozeß von rein wirtschaftlichen Daten ausging. Diese Daten waren das Ergebnis fortlaufender Analysen weltwirtschaftlicher Marktbedingungen und dienten einer möglichst systematischen Erhellung des eigenen Wettbewerbsprofils. Das gleiche galt für die Ziele der Planung. Sie waren - ebenso wie die Ausgangsdaten - rein wirtschaftlicher Natur.

Mit anderen Worten: Planung diene als Hebel zur Erhöhung der unzureichenden volkswirtschaftlichen Eigen-dynamik. Sie war wie eine Straßenkarte, die es den verschiedenen Verkehrsteilnehmern vereinfachte, den kürzesten Entwicklungsweg selbst zu finden. Die Tatsache, daß die Planung eine Hilfsfunktion für den Wirtschaftsprozeß ausübte und kein Selbstzweck war, spiegelt sich u.a. in ihrer nachlassenden Bedeutung wider. Zum einen sind die ostasiatischen Wirtschaften wesentlich reifer geworden, sie vermögen ihre Wege immer gradliniger allein zu gehen. Zum anderen haben sie an Komplexität gewonnen, d.h., die Planungsverfahren werden unüberschaubarer und damit ineffektiver. Sie haben ihre Schul-digkeit getan.

Dieser Art Planung steht die sozialistische Imperativplanung nahezu diametral entgegen. Sie ist wie ein Wegweiser, der allen Verkehrsteilnehmern ihr Ziel vorschreibt und die eigenständige Nutzung von Wegen kategorisch verbietet. Die imperative Natur dieser Planung erklärt sich aus ihrer ideologischen Quelle. Die Dynamik der Wirtschaftsgesellschaft muß in eine Richtung gezwungen werden, die die Gesellschaft von allein nicht einschlagen würde. Die Planung geht nicht von wirtschaftlichen Da-

ten aus, sondern von einem Gemisch politischer und sozialer Daten. Sie zielt nicht auf rein wirtschaftliche Leistungssteigerungen ab, sondern verwendet die Wirtschaft als Hebel zur bewußten und totalen Umgestaltung der Gesellschaft nach ideologischen Vorgaben.

Die Planungsverfahren, die mit ideologischem Gehalt gefüllt und mit bürokratischen Befehlsmethoden durchgesetzt werden, sowie die planerische Impulsgebung, die auf eine Verdeutlichung des Marktgeschehens abzielt, liegen Welten auseinander, dennoch gehen sie im Funktionsmodell Chen Yuns eine Mesalliance ein.

Zweitens sind dem Funktionsmodell Chen Yuns mehrere wesentliche Grundzüge zu eigen, die die staatliche Planungspraxis in China lange Zeit bestimmt haben, ohne die grundlegenden Widersprüche des Wirtschaftsprozesses aufheben zu können. Gemeint ist der ordnungspolitische Zyklus, der sich in einer langen Reihe von Zentralisierungs-, Dezentralisierungs- und Rezentralisierungsversuchen erschöpfte.

Chinesische Wirtschaftswissenschaftler und Reformpolitiker haben längere Zeit dazu geneigt, die Phasen der Dezentralisierung mit dem Begriff der Reform in Verbindung zu bringen. Das ist jedoch zu undifferenziert, wie nicht zuletzt die tatsächliche Entwicklung während der letzten Jahrzehnte bewiesen hat. Zwar kann es sich bei den Begriffspaaren Zentralisierung-Dezentralisierung und Plan-Markt um inhaltlich miteinander verbundene Komplexe handeln, aber beide Bereiche sind keineswegs identisch. Was das Verhältnis von staatlicher Planung und Marktmechanismus angeht, so ist häufig übersehen worden, daß die innerchinesische Diskussion überwiegend auf bestimmte Kategorien wirtschaftlicher Entscheidungen begrenzt war. Auch in der von den Reformern angestrebten "sozialistischen geplanten Warenwirtschaft" sollte dem Planungsmechanismus der Vorrang erhalten bleiben. Dies hat sich erst mit der Ausrufung der "sozialistischen Marktwirtschaft" geändert.

Alle wirtschaftlichen Entscheidungen lassen sich ihrem Wesen und ihrer Reichweite nach grob in drei Kategorien unterteilen. Zum einen geht es um die Kategorie der "grundlegenden makroökonomischen Entscheidungen", d.h. Entscheidungen über die grundlegenden wirtschaftlichen Proportionen (z.B. die fünf vorrangigen Balancen Chen Yuns). Für diese Kategorie fordert Chen nach wie vor eine "einheitliche (zentrale) Planung". Die zweite Kategorie wirtschaftlicher Entscheidungen gestaltet die "Struktur des individuellen Konsums" sowie "Berufswahl und Arbeitsplatz" und andere vergleichbare Bereiche. Die dritte Kategorie von wirtschaftlichen Entscheidungen ist häufig als Kategorie der "laufenden Wirtschaftsentscheidungen" etikettiert worden. Hier geht es vor allem um die Produktionsprozesse der Unternehmen und um deren Rohstoffversorgung und Absatzpolitik sowie um Neuinvestitionen kleineren Ausmaßes und Reinvestitionen.³³ Bis weit in die achtziger Jahre hinein beschränkte sich die Diskussion um die Einführung des Marktmechanismus in China weitgehend auf diese dritte Kategorie.

Das führte zur Vernachlässigung zweier Fragen. Es wurde zuwenig untersucht, was zu dezentralisieren sei. Sollte nur der Bereich der laufenden Wirtschaftsentscheidungen einbezogen werden oder sollte sich die Dezentrali-

sierungspolitik auf den gesamten Wirtschaftsprozeß erstrecken? Sollten insbesondere Entscheidungen über Anlageneuinvestitionen und die Vermarktung der Produktion miteinbezogen werden? Die andere Frage lautet: Bis zu welcher Ebene des volkswirtschaftlichen Gefüges sollte dezentralisiert werden? Welcher ordnungspolitischen Natur sollte die Dezentralisierung also sein? Sollte es sich um unternehmerische Autonomie (Dezentralisierung bis zur Ebene der Wirtschaftssubjekte) handeln oder hauptsächlich um eine "Abwärtsverlagerung von Entscheidungsrechten" auf die unteren Ebenen der staatlichen Planungshierarchie (Regionalprinzip)?

In der Praxis zeigte es sich bald, daß das Hauptargument zugunsten der Dezentralisierung (größere Problemlösung der unteren Planebenen) ein Scheinargument war. Es ist der Bürokratieforschung seit längerem bekannt, daß auf allen Ebenen der Bürokratie der gleiche Entscheidungsgeist und -stil vorherrschen. Gleichzeitig jedoch nehmen Sachverstand und Fachkompetenz im Regelfall von Ebene zu Ebene ab. Das Ergebnis war ein verhängnisvoller Kreislauf, der von chinesischer Seite wie folgt beschrieben worden ist:

Zentralisierung (führt zum) - Absterben (wirtschaftlicher Initiativen), Absterben (erzeugt) - Kritik (am zentralisierten Verfahren), Kritik (führt zu) - Lockerungen (Dezentralisierung auf untere administrative Ebenen), Lockerungen (führen zum) - Chaos (in Planung und Produktion), Chaos (wiederum führt zur) - Zentralisierung.³⁴

Es war den Beteiligten dieser langgezogenen Debatten nicht immer klar, daß Zentralisierungsversuche (genauer Rezentralisierung) unter diesen Umständen nicht zwangsläufig einen Einbruch des Reformkurses signalisierten. Im Gegenteil, Zentralisierungsmaßnahmen im binnen- und außenwirtschaftlichen Bereich konnten in einigen Fällen als Ausdruck des Versuchs gewertet werden, ungewollte und nicht vorhergesehene Fehlentwicklungen der vorangegangenen Dezentralisierungsphase aufzufangen, um den Reformkurs zu stabilisieren. Dieser klärende Hinweis erscheint von Bedeutung, weil er verbreitete Befürchtungen um die zukünftige Entwicklung Chinas relativiert, die sich aus der unreflektierten Gleichsetzung von Dezentralisierung und Reform ergeben.

Wichtiger als dieser Einwand ist ein anderer Gesichtspunkt: Die gesamte "Flexibilisierungspolitik" innerhalb der Planordnung hat niemals funktioniert. Das wurde schließlich auch von kompetenten chinesischen Beobachtern eingestanden:

Aufgrund der Tatsache, daß die Verlagerung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse nach unten zu hastig und zu unkontrolliert erfolgte, wobei gleichzeitig in der gesamten wirtschaftlichen Arbeit Fehler hinzukamen, hohe Zielkennziffern, willkürliche Befehle und der "kommunistische Wind", wurde das rationale Verwaltungssystem zerstört. Das Gesamtgleichgewicht ging verloren. Es entstanden schwerwiegende Disproportionen in der Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Ordnung geriet ins Chaos, und die Produktion sank überall. Um der Notwendigkeit zur Wiederanpassung der Wirtschaft und zur Stärkung des Gesamtgleichgewichts nachzukommen, wurde erneut die Zentralisierung und Vereinheitlichung betont... Aber sobald die wirtschaftliche

Lage sich zum besseren wendete, wurden die alten Schwächen der zentralisierten Verwaltung wieder sichtbar, d.h. die Probleme des Zuvielverwaltens und des Verwaltens bis zur Erstickung... Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Verfahrensweisen in der Verwaltung, aber man untersuchte nicht wirklich, wie die Wirtschaft nach ihren eigenen inneren Verhältnissen zu organisieren sei, um die Verwaltung der Wirtschaft nach wirtschaftlichen Methoden auszuüben. Gleichgültig ob Zentralisierung oder Dezentralisierung, gleichgültig ob zentrale Verwaltung oder örtliche Verwaltung, bei beiden bleibt die Tatsache bestehen, daß der Staat zuviel vereinheitlicht und die Befugnisse der Unternehmen zu gering sind.³⁵

Der Autor dieser Zeilen ist Liu Guoguang, einer der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Funktionäre des Landes und in wesentlichen Fragen ein kritischer Anhänger Chen Yuns. Man kommt also nicht umhin, den Protagonisten des "Vogelbauerdenkens" grob fahrlässigen "Optimismus" vorzuwerfen. Die Planordnung - gleich in welcher Variante - hat in der Geschichte der Volksrepublik China niemals angemessen funktioniert, und damit ist auch das Rationalitätsprinzip, das den Überlegenheitsanspruch der Planung untermauern sollte, in der Praxis zum "Prinzip der Irrationalität" geworden. Wer nach diesen Erfahrungen weiterhin "mehr Plan" fordert, der fordert de facto nur "mehr Willkür".

Der dritte große Einwand gegen den überlegenen Wirkungsanspruch staatlicher Planung hängt mit der simplen Tatsache zusammen, daß hinter jedem Plan jemand stehen muß, der plant, und ein "interessenfreier Planer" ist ein Widerspruch in sich selbst. Man braucht sich nur der ethymologischen Herkunft des Wortes Plan zu erinnern. "Planum" heißt ursprünglich "eben, flach". Pläne sind also zuerst einmal Projektionsflächen aus Papier. Das unterscheidet sie prinzipiell vom Markt, der eine reale dreidimensionale Institution bildet. Ferner funktioniert der Markt von vornherein unter der Annahme, ein Ort zu sein, an dem widersprüchliche Interessen aufeinanderstoßen. Um diesen Nachteil gegenüber dem Markt auszugleichen, müßte der Plan definitorisch den Ort seiner eigenen Kritik mit einplanen. Das wäre ein historisch völlig neues Phänomen, ein "pluralistischer Plan" und damit die Aufhebung der Forderung nach "einheitlicher Planung".

Wenn hinter jedem Plan Interessen stehen, die planen, dann drängt sich die unangenehme Überlegung auf, ob die Planordnung selbst - in China wie auch anderswo - nur eine abgeleitete Größe ist. Haben viele "wackere Recken" im Westen und in China an einer Scheinfront gekämpft, wenn sie das Plansystem für die Grundschwächen der chinesischen Wirtschaft verantwortlich gemacht haben? Einiges spricht leider dafür. Wir haben bereits vor längerer Zeit die Hypothese gewagt:

Es ist allgemein üblich, die marxistisch-leninistischen Volkswirtschaften als Befehlsplan- oder Kommando-wirtschaften zu bezeichnen. Das ist nicht falsch, solange man sich bewußt ist, daß das Kommandoelement nur die Form dieser Wirtschaften beschreibt. Der Gehalt bzw. das Wesen ist die "Pfründe". Es wäre also ebenso zutreffend, marxistisch-leninistische Volkswirtschaften als Pfründenwirtschaften zu etikettieren. Der Sozialis-

mus wäre unter diesem Gesichtspunkt nicht bzw. nicht in erster Linie, wie ein beliebiger Erklärungsansatz der vergangenen Jahrzehnte behauptete, eine Art Kapitalismusersatz für solche Gesellschaften, denen die für den kapitalistischen Weg notwendige Eigendynamik fehlt, sondern die industriezeitliche Variante der alten Lehenherrschaft. Aus dieser Analogie erklärt sich auch die in allen entsprechenden Ländern so häufig beklagte Tendenz zum "feudalen Denken". Der sog. "Neofeudalismus" ("xin fengjianzhuyi"), der während der letzten Jahre in den chinesischen Medien wegen seiner geradezu epidemischen Verbreitung beklagt wurde, ist demnach in der Tat "neu". Er stellt keine traditionsbedingte Schwächung des heutigen politischen Systems dar, sondern repräsentiert dessen Entwicklungslogik.³⁶

Wenn das wirtschaftliche Pfründen- bzw. Domänenwesen keine Verzerrung, sondern die eigentliche Kenntlichmachung der Ordnung verkörpert, die seit vier Jahrzehnten unter dem weltanschaulichen Euphemismus "Neues China" vor sich hin wuchert, wenn also die Rede vom "Sozialfeudalismus" mehr als ein polemischer Kampfruf ist, dann sinken staatliches Planmodell und Planungsverfahren auf die Ebene von Instrumenten hinab, mit deren Hilfe sich die Pfründen- bzw. Domänenordnung etabliert hat. Der Wegfall der Instrumente hat nicht den (automatischen) Wegfall der Institution Pfründe/Domäne zur Folge. Das ist der eigentliche Grund, warum noch heute die gleichen Widersprüche im Wirtschaftsprozeß auftreten, die schon für die Vergangenheit maßgebend waren. Das ist ferner der Grund, weshalb bis heute immer wieder Schlagworte wie "Mentalität des Zäuneziehens" (*fengsuo*) und "Bau von kleinen Königreichen" zur Beschreibung der Realität herangezogen werden. Der Bau dieser Domänen beschränkt sich nicht auf die Provinzebene, sondern reicht hinunter bis in die Kreise und Gemeinden. Tatbestandsbeschreibungen aus der Anfangsphase der Reformzeit haben deshalb auch fünfzehn Jahre später noch ein Gutteil Gültigkeit:

Bis heute erkennen noch recht viele leitende Kader in der Industrie und Landwirtschaft die ökonomischen Gesetze und ihren objektiven Charakter nicht an. Sie meinen, der Wille der Gesellschaft, der Wille der Regierung, der Wille der Obrigkeit seien gleich einem ökonomischen Gesetz... Die Politik kann sich nicht über die objektiven ökonomischen Gesetze hinwegheben, aus sich heraus Gesetze fabrizieren und diese der Wirtschaft aufzwingen... Die administrative Gliederung führt nicht nur zu Durcheinander in der Zirkulation von Waren und Material und zu unvernünftigem Anwachsen der Lagerbestände, sondern behindert sogar häufig vernünftige Wirtschaftsbeziehungen, errichtet künstliche Schranken und Blockaden, behindert die Warenzirkulation und Produktverteilung und beeinträchtigt die gesunde Entwicklung der Wirtschaft.³⁷

X Im Sog der neuen Wirklichkeit

Kritische Reminiszenzen ähnlicher Art lassen sich - unter Nutzung anderer Fachbegriffe - in geschichtlichen Publikationen finden, die sich mit dem Übergang von der zerfallenden mittelalterlichen Lehenordnung zum merkantilistischen Zeitalter beschäftigen. Losgelöst von hi-

storischen Parallelen, drängt sich erneut die Erkenntnis auf, daß sich die überkommene chinesische Wirtschaftsordnung nicht durch einen ordnungsinternen Reformprozeß "modernisieren" läßt, sondern nur "von außen" demontiert und durch eine neue Ordnung ersetzt werden kann. "Von außen" besagt - wie oben bereits betont - nichts anderes, als daß sich eine neue auf die (nationalen und internationalen) Märkte ausgerichtete Unternehmenswelt nach und nach herausbildet und den notwendigen "Verdrängungswettbewerb" in der Realität vorantreibt. Dieser Verdrängungsprozeß hat machtvoll begonnen, und deshalb ist die Situation 1993 trotz zahlreicher äußerer Parallelerscheinungen nicht mehr die gleiche wie 1989/90. Bis dahin hatten chinesische Skeptiker wegen der unzulänglichen Veränderungen in den praktischen Ordnungsbedingungen geklagt: "Es donnert nur, aber es regnet nicht" (*guang da lei, bu xia yu*).

Die Realität selbst, d.h. der Durchsetzungswillen der nichtstaatlichen Unternehmen, muß die Realität - den praktischen Ordnungsrahmen - verändern. Politik und Wissenschaft können diesen Prozeß begleiten, die Politik konstruktiv, die Wissenschaft kritisch. Das Bewußtsein Chinas ist jahrzehntelang durch den ideologischen Leitgedanken geprägt worden: Die Politik hat das Kommando. Ihr ist eine Allmacht zugeschrieben worden, die im auffälligen Gegensatz zu den klaren Grenzen des politisch Machbaren steht. Wenn sich in China große Teile der Führung und Bevölkerung immer noch nicht restlos von der Illusion gelöst haben, die Politik könne die Wirtschaft ersetzen, ist das verständlich. Gesellschaftliche Lernprozesse sind keine Seminarveranstaltungen. Sie dauern länger und sind widersprüchlicher. Bedenklich erscheint hingegen, daß auch in vielen westlichen China-publikationen - implizit oder explizit - eine Grundhaltung durchschimmert, die die politischen Instanzen schwerwiegender gestalterischer Defizite bezichtigt. Schnell ist man mit dem Urteil des "Versagens" bei der Hand. Staatsversagen, Bürokratieversagen und ähnliche Begriffe lösen einander ab. Die Politik wird kritisiert, weil sie die Leistungen nicht vollbringt, die sie gar nicht vollbringen soll, geschweige denn kann. Gibt es also auch ein "Analyseversagen"?

Die chinesische Wirtschaftsgesellschaft hat in den frühen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts nachgewiesen, daß sie in Zeiten des großen politischen Chaos aus sich heraus entwicklungsfähig (gewesen) ist. Sie mußte nur "in Ruhe gelassen" werden. Sie hat später außerhalb der Grenzen der Volksrepublik (insbesondere Taiwan) gezeigt, daß sie unter konstruktiven politischen Rahmenbedingungen gewaltige Entwicklungsschübe auszulösen vermag, deren dauerhafte Dynamik vor drei oder vier Jahrzehnten niemand für möglich erachtet hätte. "Good government" hat seinen Beitrag dazu geleistet. "Gutes Regieren" bedeutet, wie es in Singapur heißt, das konsequent zu tun, was getan werden muß, und - noch wichtiger - das zu unterlassen, was nicht getan werden muß.

Welche Lektionen hält "good government", d.h. die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der ostasiatischen Schwellenländer, für China bereit? Selbstverständlich weisen alle diese Länder ihre "Besonderheiten" auf, aber die Gemeinsamkeiten erscheinen bedeutsamer. Zitieren wir:

Ungeachtet dieser Besonderheiten in einzelnen Ländern kann auf ein generelles Merkmal wirtschaftspolitischen Handelns in einigen Ländern hingewiesen werden, nämlich auf die Einbeziehung von Interessengruppen in gesamtwirtschaftliche Wachstumskoalitionen. Dieses polit-ökonomische Phänomen ist bisher erst ansatzweise untersucht worden. Allgemein wird im Zusammenhang mit den NICs von einer "growth coalition" zwischen der Staatsregierung und den technokratischen Eliten (beispielsweise in der Zentralbank) gesprochen, die gemeinsam das Ziel "Wirtschaftswachstum" im eigenen Interesse verfolgt hätten.³⁸

Der Terminus "Wachstumskoalition" bezieht sich vor allem auf den Willen und die Fähigkeit der Politik, "die Fragmentierung von Besitzstandseliten in verschiedene Lobbygruppen und damit unproduktiven Wettbewerb und profitable Pfründe zu verhindern". Hinzu kam die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen, die eine Mindestbalance zwischen Wachstum und Geldstabilität garantierten. Ferner wurde eine den nationalen Bedingungen angemessene Entwicklungspolitik verfolgt, was vor allem die Bereitschaft beinhaltete, "erkannte Fehlentwicklungen in pragmatischer Weise rasch zu korrigieren, ohne an Gruppeninteressen zu scheitern".³⁹

Dies sind in verkürzter Form die Lehren, die u.a. Singapurs Staatsgründer Lee Kuan Yew der chinesischen Führung als Quintessenz von "good government" anbietet. Gegenwärtig wird in China immer noch das schwerfällige Requiem der "Ordnung der vier Grundprinzipien" aufgeführt, aber es scheint nur eine Frage der Zeit, bis diese Ordnung der drangvollen Sehnsucht nach nichtideologischen Leitmotiven in der chinesischen Gesellschaft zum Opfer fällt. Das eilfertig zusammengestückelte Konstrukt der "sozialistischen geistigen Zivilisation" und die Rückstufung des Ideologischen per Versatzthese vom "Anfangsstadium des Sozialismus" sind nichts anderes als unbeholfene Begleiterscheinungen dieser Auflösungsvorgänge:

Als das Konzept, daß das Anfangsstadium des Sozialismus mindestens hundert Jahre andauern würde, erstmals eingeführt wurde, meinten einige Genossen: Wäre es nicht besser, diese Theorie nicht zu verkünden? Ist es nicht möglich, daß einige Genossen den Gedanken, daß dieses Stadium mehr als hundert Jahre andauern wird, als bedrückend empfinden? Das Anfangsstadium des Sozialismus ermöglicht die Existenz verschiedener Arten von wirtschaftlichen Elementen. Man geht sogar so weit, eine private Wirtschaft mit Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen zuzulassen und sie noch auszudehnen. Heißt das nicht, offen den Kapitalismus zu praktizieren? Es gibt einige Leute, die behaupten, daß die Theorie vom Anfangsstadium des Sozialismus in Wirklichkeit die Theorie einer gemischten Wirtschaft sei, teilweise sozialistisch und teilweise kapitalistisch... In der Tat ist alles auf dieser Welt eine Mischung von gut und schlecht. Nichts vollständig Perfektes existiert.⁴⁰

Was man in Zukunft von der chinesischen Wirtschaftspolitik erhoffen kann und muß, ist nichts anderes als "erkannte Fehlentwicklungen in pragmatischer Weise rasch zu korrigieren, ohne an den Gruppeninteressen zu scheitern", d.h., die kraftvollen positiven Tendenzen in der

realen Wirtschaft ordnend zu begleiten und sie von entwicklungshemmenden Interventionen freizuhalten. Diese kraftvollen Tendenzen können als "Tendenzen der Internationalisierung und Privatisierung der chinesischen Wirtschaft" (*guojihua, siyohua*) umschrieben werden.⁴¹ Um es noch einmal zu betonen: Es ist die Wirklichkeit, die den Ablauf der Entwicklungsgeschehnisse diktiert. Anders formuliert: Die Veränderungen im praktisch-politischen und weltanschaulich-theoretischen Bereich sind ihrer Natur nach nur mühsam nachvollziehende Reaktionen auf den realen Wandel. Die intelligenteren Vertreter der politisch-wirtschaftlichen Führung Chinas scheinen dies nach und nach verstanden zu haben. Sie halten sich immer mehr an die alte angelsächsische Spruchweisheit: "If you can't beat them, join them!"

Im Rückblick wird klar, daß die Beeinflussung der Politik durch die wirtschaftliche Praxis - Stichwort "normative Kraft des Faktischen" - bereits zu Beginn des Reformprozesses ihre Spuren hinterlassen hat. Beispielfhaft ist die Untersuchungsarbeit, mit der chinesische Wirtschaftswissenschaftler 1979/80 beauftragt wurden, um die Erfolgsaussichten für Exportverarbeitungszone (Wirtschaftssonderzone) in China nach ostasiatischem Vorbild auszuloten. Aufgrund des Anstiegs außenwirtschaftlicher Aktivitäten fühlte man sich gezwungen, ein tieferes Verständnis für die Entwicklung der modernen westlichen Wirtschaften zu gewinnen, Erfahrungen für die Ausarbeitung von Bestimmungen und Gesetzen zur Zusammenarbeit mit der ausländischen Geschäftswelt zu sammeln und sich den Zugang zu fortgeschrittener Technologie und modernen Managementpraktiken zu eröffnen. Die praktischen Entwicklungen schritten derart schnell voran, daß sie theoretisch nur mühsam verarbeitet werden konnten.

Bereits während der frühen achtziger Jahre wurde China ein internationaler Kreditrahmen (Weltbank, Währungsfonds, Japan usw.) zugestanden, der in anderen Teilen Asiens "Besorgnis vor einem Überengagement" auf dem Subkontinent erregte. Vor allem von indonesischer Seite warnte man insbesondere Japan davor, zu stark auf die "chinesische Karte" zu setzen und ein Ungleichgewicht im wirtschaftlichen Engagement zu Lasten der ASEAN-Region herbeizuführen.

In China selbst nahm die Diskussion um Maß und Geschwindigkeit der "Öffnung nach außen" von Jahr zu Jahr zu. 1983 glaubten orthodoxe Kräfte, die Frage, ob es sinnvoll sei, einer exportorientierten Entwicklungsstrategie zu folgen, endgültig negativ beschieden zu haben. Im Verlaufe mehrerer Nationaler Wirtschaftskonferenzen einigte man sich auf eine "vorsichtige" Alternative, die im wesentlichen die außenwirtschaftlichen Argumente der Chen Yun-Schule widerspiegelte. Zwar sei ein gewisses Maß an Öffnung notwendig, um sich ausländische Mittel zur Beschleunigung des technischen Wandels in der eigenen Volkswirtschaft zunutze zu machen, aber man müsse sich vor einseitigen Abhängigkeiten hüten. Vor allem solle sich das jeweilige Importvolumen nach den Exporterlösen richten. Insgesamt müsse man angesichts der engen landesinternen Produktionsbasis von einem relativ begrenzten Volumen an Technologieimporten ausgehen, also "haushalterisch" denken. Das gelte insbesondere für die Politik der Wirtschaftssonderzone, die nicht ausge-

dehnt werden sollten, weil sich ihr Einfluß "verderblich" auf das gesamte volkswirtschaftliche Klima auswirken könne.

Das war der politische Formelkompromiß, auf den man sich bis Ende 1983 geeint zu haben schien. Zu diesem Zeitpunkt hatte die chinesische Wirtschaft jedoch bereits weitere große Schritte zur Außenorientierung hin vollzogen. Die maritimen Wirtschaftsterritorien des Südens öffneten sich rapide, d.h. sie wetteiferten um eine immer stärkere Einbindung in die Weltwirtschaft, insbesondere in den asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum. Zu diesem Zweck erbrachten sie gewaltige Vorleistungen, die unter dem Stichwort "das Netz bauen, um den Vogel anzulocken" gerechtfertigt wurden. Bis 1985 hatte man Anlageinvestitionsprojekte in Höhe von knapp 600 Mrd. Yuan RMB (gut 100 Mrd. US-Dollar) realisiert.⁴² Schwerpunkte waren der Ausbau der Elektrizitätserzeugung, die Erhöhung der Hafenkapazitäten (um 120 Mio.t), der Flughafenausbau und das Telekommunikationswesen. Verglichen mit den anderen ostasiatischen Ländern lag man zwar immer noch im Hinterfeld, aber die Vorleistungen waren ausreichend, um in den Folgejahren erhebliche ausländische Kapitalvolumina anzuziehen.

Beeindruckend war die Tendenz zur "Internationalisierung" in der Haushaltselektronik und in der Petrochemie. Diese beiden Branchen lösten nachhaltige industrielle Strukturwandlungen aus. Ebenso bemerkenswert war der "Wettlauf", mit dem sich örtliche - ländliche wie städtische - Kleinindustrien auf eine außenorientierte Entwicklung umstellten. Aufgrund der Vielzahl der Akteure begann die Tendenz zur Internationalisierung das allgemeine wirtschaftliche Handlungsbewußtsein - zumindest in den südlichen Regionen - zu beherrschen. Die gewaltigen Veränderungen der letzten Jahre lassen sich an der Dynamik vier verschiedener Bereiche ablesen.

Erstens stieg die Außenhandelsquote, d.h. der Anteil des gesamten Außenhandelsumsatzes am Bruttosozialprodukt des Landes, seit Ende der siebziger Jahre permanent an. Vor Beginn des Reformprozesses hatte die Quote unter 10% gelegen. In der Zwischenzeit ist sie auf über 30% gewachsen. Von einer "Nicht-Größe" auf dem Weltmarkt stieg China zu einer der führenden zehn Handelsnationen auf, die vor allem mit der pazifisch-asiatischen Hochwachstumsregion stark verflochten ist. Knapp 70% des chinesischen Exportwertes entfallen auf Abnehmer in Nordost- und Südostasien. Umgekehrt bezieht China knapp 60% seiner Einfuhr aus dem gleichen Raum.⁴³

Zweitens nahm die Bedeutung ausländischer Kapitalbeiträge für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas rapide zu. Bis Ende 1991 lag das realisierte Gesamtvolumen bei über 21 Mrd.US\$, genehmigt ist in der Zwischenzeit - wie oben bereits erwähnt - eine Höhe, die rund das Vierfache beträgt. Wichtiger als das absolute Volumen ist die Tatsache, daß aufgrund des Einsatzes fortgeschrittener Technologie und der Vermarktungskanäle, die durch das ausländische Engagement, vor allem das Engagement des "chinesischen" Unternehmertums, erschlossen worden sind, die Wirtschaftsterritorien entlang der Küste während der achtziger Jahre eine weltweit unerreichte Exportdynamik entfalteten. Nur Korea, Taiwan und Thailand konnten eine annähernd hohe Lei-

stungsstärke ihrer Exportwirtschaften nachweisen. Hongkong und das Zhujiang-Delta Guangdongs sind dabei, ein neuer "Zwillingsdrachen" zu werden. Shanghai und das untere Changjiang-Territorium bemühen sich nachzuziehen. Vor allem das neue Pudong-Entwicklungsgebiet in Shanghai soll ein "Eldorado" ausländischen Kapital- und Produktionsengagements werden. Nach Schätzungen wird für Pudong ein Investitionsvolumen von 60-70 Mrd. Yuan RMB (10-12 Mrd.US\$) benötigt.⁴⁴ Wenn sich Shanghai ausschließlich auf eigene Fonds stützen müßte, würde die Erschließung des Gebietes bis zu fünfzig Jahren dauern.

Drittens, die sog. Unternehmungen der "drei Kapitalarten" - reine Auslandsunternehmen, ausländisch-chinesische Joint Equity Ventures und ausländisch-chinesische Kooperationsprojekte - sind zu einer wesentlichen Komponente der chinesischen Gesamtwirtschaft herangereift. Vor allem im Exportbereich nehmen sie eine herausragende Position ein, so z.B. für Maschinen und Elektroerzeugnisse, Textilien und Bekleidung sowie Lederwaren. In diesen Kategorien liegen ihre Exportanteile bei 20-50%. Abgesehen von den statistisch nachweisbaren Leistungen liegt die "explosive" Wirkung dieser Unternehmen in der Ausstrahlung ihres Managementmodus auf alle anderen Unternehmen.

Viertens hängt der Aufschwung der neuen Industrien in den Küstenterritorien eng mit der Einführung ausländischer Technologie und mit dem Import von Roh- und Werkstoffen zusammen. Das heißt, Materialien und Produktion setzen Qualitätsmaßstäbe, denen andere Unternehmen nach und nach zwangsläufig folgen müssen.

Es sei zugestanden, daß die soeben skizzierten Tendenzen erst seit Ende der achtziger Jahre eine Dimension erreicht haben, die es selbst den orthodoxesten Repräsentanten der Politik extrem schwermachen würde, zur früheren Strategie der wirtschaftlichen Abgeschlossenheit zurückzukehren, aber die Dynamik dieser Vorgänge war bereits Mitte der achtziger Jahre so ausgeprägt, daß sie politisch und konzeptionell zu einer allgemeinen Neubewertung früherer Grundsatzpositionen zwang. Das Ergebnis vieler Diskussionen war - verkürzt gesagt - die sog. strategische Theorie der "großen internationalen Zirkulation" (*guoji da xunhuan*).

XI Der außenwirtschaftliche Lockruf: Zerfällt China?

Diese strategische Konzeption verdient eigentlich eine ausführliche Würdigung, die hier jedoch unterbleibt, weil sich bereits andere Autoren darum verdient gemacht haben.⁴⁵ Mit Blick auf unseren Argumentationszusammenhang sei nur erwähnt, daß die "internationale Zirkulation" eine modellhafte Zusammenfassung der entwicklungsstrategischen Erfahrungen der ostasiatischen Schwellenländer und die modifizierte Übertragung dieser Erfahrungen auf den chinesischen Subkontinent verkörpert. Die Befürworter der Strategie wollten das Hineinwachsen der chinesischen Küstenterritorien in den asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum konzeptionell begleiten, die Gegner befürchteten, daß die Küstenterritorien nach und nach "aus China herausgezogen" würden.

Diese Befürchtungen haben in der Zwischenzeit Spekulationen Nahrung gegeben, ob der "Einheitsstaat" China vor dem Zerfall stehe. Dazu muß man vorausschicken, daß der totale Einheitsstaat ("das ganze Land ein Schachbrett") (*quanguo yi pan qi*) immer eine Fiktion gewesen ist. Das Gefälle zwischen Anspruch und Wirklichkeit war in diesem Fall - wie so häufig in China - das größte aller Gefälle. Zum anderen kam der Einheitsstaat immer dann verhältnismäßig wirksam seinem eigenen historischen Ordnungsanspruch nach, wenn er den Status quo bewahren sollte. Zur Zeit geht es jedoch nicht um die Aufrechterhaltung des Bestehenden, sondern um die Steuerung des Wandels, und dafür ist der Einheitsstaat offensichtlich schlecht gerüstet. Als Gegenargument muß jedoch, drittens, erwidert werden, daß nur wenige Außenseiter unter denen, die sich in China Gedanken um die Zukunft des Landes machen, einen Zerfall des Staates wirklich wünschen oder ernsthaft in Erwägung ziehen. Hinter den warnenden Stimmen vor einem Auseinanderbrechen Chinas steht also in letzter Konsequenz der Ruf nach einer Überwindung der gegenwärtigen Ordnungsschwächen. Der einzig denkbare Ausweg wäre ein föderativer Staat, der den gewaltigen Ungleichheiten des Landes Rechnung trägt.

Theoretisch ist das Für und Wider eines solchen Ausweges innerhalb und außerhalb Chinas ausführlich diskutiert worden, aber praktisch gliche es einem Wunder, wenn die historische Zwangsalternative Einheit oder Zerfall bereits nach wenig mehr als einem Jahrzehnt der neuen Modernisierungserfahrungen zugunsten eines dritten Weges realisiert worden wäre. Dennoch spricht einiges für die Verwirklichung dieser Möglichkeit. Das gilt trotz des scheinbar überzeugungskräftigen Arguments, daß die wachsenden wirtschaftlichen Gefälle zwischen den Küstenterritorien und der Hinterlandmasse wegen der ausufernden Interessenkonflikte auf Dauer nicht kontrolliert werden können. Auf den ersten Blick gesehen scheint das Argument einiges für sich zu haben. Das gilt insbesondere wegen der großen Bewußtseinsrückstände im chinesischen Hinterland.

Was unter einem geringen Entwicklungsniveau in den Inlandsprovinzen zu verstehen ist, läßt sich am Beispiel der Provinz Shanxi verdeutlichen. Der ländliche Raum lebt weitgehend von der bloßen Subsistenzwirtschaft. Der Kommerzialisierungsgrad ist äußerst gering. Drei Viertel aller Kreise rangieren in der Nähe oder unterhalb der offiziellen Armutslinie. "Kleinbäuerliche Mentalität", "engstirniges Sicherheitsdenken" und eine Keine-Experimente-Psychologie prägen das Lebensverständnis der Bevölkerung und der örtlichen Führungsschichten. Eine nennenswerte Mobilität ist nicht zu verzeichnen. Ferner ist ein wachsender Trend zur Abwanderung entwicklungsnotwendiger Kräfte zu beobachten, ein innerchinesischer "brain drain". Eine integrierte Industriewirtschaft ist nicht existent, und die Produktivität der vorhandenen Industriebetriebe (staatliche) ist während des letzten Jahrzehnts gesunken. Dazu heißt es:

Die Reform des politischen Systems in den entwickelten Gebieten kann sich verhältnismäßig reibungslos und in regelmäßigen Schritten auf der Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Reformen entfalten. In den westlichen Gebieten jedoch sind diese Bedingungen gegenwärtig nicht gegeben. Sie

müssen ein Übergangsstadium von einem verhältnismäßig geringen Niveau ... zu einem normalen Niveau durchlaufen. ... Wenn wir den örtlichen Bedingungen keine Beachtung schenken und vorzeitig die Reform des politischen Systems im gleichen Maß wie im Osten durchführen wollen, und das bei Bedingungen, unter denen die Wirtschaftsreform weit zurückhängt, dann ist es durchaus möglich, daß wir es nicht schaffen werden, egal wie sehr wir uns darum bemühen, das Tempo zu erhöhen.⁴⁶

Das deutet auf beachtliche Koordinationsprobleme der Politik hin, zumal der bereits beklagte "Bau von kleinen Königreichen" erschwerend hinzukommt: Nach außen darf alles, was Gewinn verspricht, hinein nur, was gemein ist.

Diese Degenerationserscheinungen sind jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit nur vorübergehender Natur. Das Davoneilen der südlichen maritimen Territorien, das Zurückfallen der Inlandsprovinzen sowie die ständig beschworenen Neid- und Mißgunstreaktionen der ärmeren Teile des Landes stellen nur eine Seite des komplexen Vorganges dar. Demgegenüber wird immer wieder außer acht gelassen, daß sich selbst die als "rückständig" eingestuften Gebiete des Landes im Vergleich zum internationalen Entwicklungsländerdurchschnitt (Weltbank, *low-income economies*) ausgesprochen "zukunfts-dynamisch" entwickeln. Ihr vermeintlicher Rückstand wirkt nur deswegen so aufsehenerregend, weil die Küstenterritorien Jahr für Jahr neue "Weltrekorde" aufstellen. In wenig mehr als einem Jahrzehnt werden sie deshalb - analog zum Modell des sog. "stages approach of comparative advantage" - eine höhere Entwicklungsstufe erreichen. Das entspräche genau dem Ablauf, den die strategische Konzeption der großen internationalen Zirkulation für die zweite ihrer Entwicklungsphasen vorsieht. Ähnlich der jetzigen industriellen Verlagerungsvorgänge aus den ostasiatischen Schwellenländern könnte dann die gegenwärtige Produktionspalette der Küstenterritorien auf die Innenregionen übertragen werden. Aus Konkurrenz würde Komplementarität. Was sich jetzt noch stößt, wird sich ergänzen.

Abgesehen vom Argument der künftigen Komplementarität muß man bedenken, daß ein Zerfall Chinas nicht einfach ein "Zerfall" wäre. Man kann sich nur schwer ausmalen, daß das Ende des Großstaates friedlich eingeleitet wird. Auf der einen Seite also das unkalkulierbare Risiko militärischer Konflikte, auf der anderen eine Macht- und Interessenlage der einzelnen Regionen, die es ihnen im Rahmen eines permanenten "Dauerringens" untereinander und mit der Zentrale im allgemeinen durchaus ermöglicht, wesentliche Besitzstände zu wahren und grundlegende Interessen zu verteidigen, zumal sich die Abgabenlast der wirtschaftlich starken Provinzen im Rahmen des gesamtstaatlichen Finanzausgleiches während der letzten Jahre relativ verringert hat. Der gegenwärtige Zustand ist also keineswegs unerträglich. Warum es also nicht bei dem seit einiger Zeit erprobten und gut eingespielten Dauerringen belassen?

Dieses Dauerringen ist Ausdruck einer neuen, noch nicht voll entfalteten "Qualität" zwischen Zentrale und Regionen. Vorbei sind die Tage, da chinesische Wissenschaftler und Politiker vorzugsweise hierarchische Begriffe aus

der Familiensphäre zur Charakterisierung der Beziehungen zwischen Zentrale und Regionen verwandten. Die früheren Zwangsbeziehungen verschieben sich immer mehr in Richtung zäher Konsensbildungsabläufe. Bei allen wirtschaftlichen Fragen und Problemen zwischen Zentrale und Regionen sind Dauerdiskussionen mit entsprechenden Preis- und Gegenpreisforderungen Teil der Tagesordnung geworden. Das heißt nicht, daß die Regionen der Führung durch die Zentrale vollständig entglitten wären, aber die Zentrale kann ihrerseits nicht länger massive Interessen der Regionen mit dem Verweis auf den Vorrang des Gesamtstaates mißachten. Insbesondere in Bereichen wie finanzpolitische Verträge, Aufteilung von Devisen, Vertragswesen der Unternehmen usw. sind periodisch wiederkehrende "Aushandlungsrunden" typisch geworden. Die Ergebnisse dieser Aushandlungsrunden werden zumeist in vertragsähnlicher Form festgehalten, wobei die unterschiedliche Wirtschaftskraft der einzelnen Regionen einen erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Vertragsbedingungen hat.

Es gibt jedoch auch gegenläufige, die Zentrale stärkende Tendenzen. So sind in einigen wichtigen Industriebranchen gesamt-nationale Konzerne errichtet worden, z.B. Automobilgesellschaft, Erdöl- und Chemiegesellschaft, Buntmetallgesellschaft und Tabakgesellschaft. Diese Konzerne sind zwar nominell Wirtschaftseinheiten, aber zugleich dienen sie als Verwaltungsorgane, die direkt dem Staatsrat unterstellt sind. Ihnen sind zahlreiche Tochtergesellschaften und Unternehmen angeschlossen. Diese der Zentrale zugeordneten Konzerne schwächen die ungünstigen Einflüsse ab, die sich aus der Veränderung des Verhältnisses zu den Regionen ergeben haben.

Vielleicht kommt es in China in absehbarer Zeit zur Herausbildung eines politisch-wirtschaftlichen Gemeinwesens, das man etwas übertrieben als "funktionsfähige GUS" umschreiben kann, genauer: GQUS, Gemeinschaft Quasi-Unabhängiger Staaten. Solange niemand die für alle wichtige Fiktion des Einheitsstaates offiziell in Frage stellt, gibt es in der Praxis erhebliche Manövrierräume. In Guangzhou kann man - mit einiger Übertreibung - inoffiziell hören: In Beijing tun sie so, als ob sie uns kommandieren, und wir tun so, als ob wir gehorchen.

1989/90 wurde die "große internationale Zirkulation" durch das neue Konzept der "Wirtschaft mit Außenorientierung" (*waixiangxing jingji*) überlagert. Wie so oft in China stand hinter dem Namenswechsel ein macht- und richtungspolitischer Konflikt. Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme und die städtischen Unruhen 1989 ermöglichten es den orthodoxen Kräften in der Führung - so schien es ihnen selbst und auch der Außenwelt -, den Eigenlauf der wirtschaftlichen Entwicklung noch einmal zu bremsen. Im Rahmen der sog. "Ausrichtung und Konsolidierung" wurde erneut die Hoffnung wach, die in Bedrängnis geratenen Staatsunternehmen mit neuer Lebenskraft zu füllen. Die Einleitung dieser Politik führte zwar, wie allgemein bekannt, zu einer Abkühlung der überhitzten Wirtschaft und zu einer vorübergehenden Stabilisierung der Preise, aber die ernste Krise, die durch die im politischen und wirtschaftlichen System angestauten Übel ausgelöst worden war, konnte nicht wirklich bereinigt werden. Die allgemeine Verschuldungslage der staatlichen Unternehmen, der fortlaufende Rückgang

ihrer Leistungsfähigkeit und der ungebrochene Anstieg der roten Zahlen blieben Krankheitssymptome der staatlichen Wirtschaftsdomäne.

Folglich griff man auf das alte politisch-ideologische Pseudorezept zurück, Probleme, die man leugnet, nicht mehr für existent zu halten. Das Augenmerk wurde auf die politische Bewußtseinsformung verlagert und der Kampf "gegen die friedliche Evolution", d.h. gegen die Eigendynamik der Wirtschaftsgesellschaft, forciert. Der Fortgang der tatsächlichen Entwicklung war jedoch nicht aufzuhalten. Die Küstengebiete und auch die nördlichen und westlichen Grenzgebiete öffneten sich weiter nach außen. Ausländisches Kapital floß in großem Maß hinein und machte die Hilflosigkeit einer gegen die "Internationalisierung" gerichteten Politik sichtbar. Der erneute wirtschaftspolitische Umschwung, die sogenannte "zweite Reform" (*erci gaige*), deren Beginn der Konvention halber mit der Reise Deng Xiaopings in die südlichen Provinzen Anfang 1992 gleichgesetzt wird, beinhaltet wiederum nur eine nachträgliche Anerkennung dessen, was in der Realität kaum noch aufzuhalten war.

XII Die Expansion der Marktkräfte

Wenden wir uns der mit der Internationalisierung eng verflochtenen Tendenz zur "Privatisierung der Wirtschaft" zu. Der Abwehrbeitrag, den die orthodoxen Kräfte in der chinesischen Führung gegen diese Tendenz zu leisten wissen, erschöpft sich in fruchtlosen Dauerdebatten, ob man diese Entwicklungen noch "sozialistisch nennen" (*xing she*) dürfe oder ob man sie beim "kapitalistischen Namen" (*xing zi*) nennen müsse. Die Debatte stagniert, die Marktwirtschafts- und Privatisierungstendenzen schreiten voran. Das hat mehrere Ursachen.

Erstens ist das Aufblühen der nichtstaatlichen Unternehmen (Privat- und Kollektivunternehmen) logische Folge der staatswirtschaftlichen Schwäche. Die staatlichen Unternehmen sind zu keiner Zeit in der Lage gewesen, die ihnen gestellten Aufgaben auch nur annähernd zu erfüllen. Die nationalen Wirtschaftslenker haben die "lichte Zukunft" der staatlichen Produktion gepredigt, um die traurige Gegenwart vergessen zu machen. Die Unternehmen mit staatlicher Kontrolle, insbesondere die großen und mittleren, sind in der Wirtschaftspropaganda des Landes stets als "Rückgrat" der chinesischen Industrie verherrlicht worden. Das Rückgrat zeigt schwere rheumatische Symptome.

Gut zwei Drittel der Anlageinvestitionen, die im Rahmen des "industriellen Investbaus" seit Gründung der Volksrepublik China getätigt wurden, entfielen auf große und mittlere staatliche Unternehmen. Dennoch verschlechterte sich die Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen permanent. Chinesische Kritiker machen dafür vor allem die mangelhafte Qualität der Unternehmensführung verantwortlich. Weiter oben haben wir bereits das Phänomen der unterschiedlichen Wachstumsraten der Industrie nach Eigentumsformen angesprochen. Dieses Phänomen ist nur ein Teil des gesamten Problembestandes. Der Rücklauf der Gewinne, weniger euphemistisch: die Zunahme der Verlustbetriebe, ist mindestens ebenso alarmierend. Offiziell liegt der Anteil der "Einheiten mit roten Zahlen" bei gegenwärtig rd. 30%. Kritiker, denen an

"statistischer Verschönerung" wenig gelegen ist, sprechen sogar von bis zu 60%,⁴⁷ und die Wende zum Besseren ist nicht in Sicht. Die berühmte Talsohle ist nicht erkennbar, vielleicht gibt es sie gar nicht.

Diese Deutung lassen Falluntersuchungen zu, die chinesische Wirtschaftswissenschaftler 1991 in Sichuan durchgeführt haben.⁴⁸ Tenor der Studie: Die Schwächesymptome sind zahlreich und verfestigen sich gegenseitig. Aufgelistet werden vor allem "Überalterung der Ausrüstungen" (Wo sind die Investitionsmittel geblieben?), Anstieg der Eigenkosten, Lagerstau der Erzeugnisse, aufgeblähte Umlauffonds und unübersichtliche Managementstrukturen, d.h. zu viele politische Anweisungen von zu vielen Abteilungen und zu häufiger Wechsel der Vorgaben, unvollkommenes Marktbewußtsein, zu hohe (nicht produktionsbedingte) Belastungen, unzureichende Energieversorgung und Transportbedingungen. Alle diese Ursachen lassen sich laut Untersuchung auf drei große Widersprüche zurückführen:

(1) Widerspruch zwischen den finanzpolitischen Problemen des Staates und der überhöhten Belastung der Unternehmen. Zu viele Regierungsebenen wollen über Steuern und Abgaben von den mageren Unternehmenskörpern leben.

(2) Widerspruch zwischen dem Beschäftigungsdruck und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität; die staatlichen Unternehmen müssen nicht nur mindestens dreißig Millionen überzählig Beschäftigte "durchfüttern", sondern auch über die erzwungenen Abgaben das Personal verschiedener übergeordneter Abteilungen finanzieren.

Welch gewaltige Geschwindigkeit die besondere Art der "Proliferation" von Partei- und Staatsorganen im Verlaufe der letzten zehn Jahre erreicht hat, zeigt ein kritischer Bericht zur Leistungsfähigkeit des "administrativen Systems und der Regierungsorganisationen" des Ministeriums für Personal vom Herbst 1992.⁴⁹ Der Bericht stellt kategorisch fest, daß die "alte Struktur, die sich in der zentralisierten Planwirtschaft entwickelt hat, nicht abgebaut werden" konnte. Nach wie vor existieren die alten Probleme der personellen "Überbesetzung der Partei- und Regierungsorgane, was zu einer großen Finanzbelastung für das Land geführt hat". Seit Jahren seien "alle Ebenen der Partei und Regierung aufgefordert worden, die Zahl der Büros und Angestellten streng zu beschränken", aber in der Praxis seien in vielen Gegenden immer mehr Büros, Partei- und Regierungsabteilungen eingerichtet worden und immer stärker besetzt worden". Im Durchschnitt habe es 1991 auf Provinzebene je Provinz über 70 Abteilungsbüros gegeben, d.h. 15 mehr als von der Zentrale genehmigt. Auf der Bezirksebene lag der Durchschnitt bei rd. 50 permanenten Partei- und Regierungsorganen, auf der Stadtebene bei 65 und auf der Kreisebene bei 45. Auf allen Ebenen wurden die genehmigten Zahlen um 15 bis 20 überschritten. Nach vorläufigen Angaben belief sich die Gesamtzahl der nicht genehmigten permanenten Partei- und Regierungsorgane auf Orts- und Kreisebene auf über 30.000. Der Bericht vermerkt dazu: "Das ist in der Tat schockierend!" Noch gravierender ist das Problem der sog. "nichtständigen Büros", sie weisen einen "noch alarmierenderen Anstieg" auf. Ferner bestehe überall die starke Tendenz, diese nichtständigen Büros zu permanenten umzuwidmen. En-

de 1991 existierten im Lande insgesamt 1,7 Mio. Institutionen, die - genehmigt oder ungenehmigt - von öffentlichen Mitteln lebten, mit einem Personalbestand von 34 Millionen (1979: 15 Mio.). Die offiziellen Personalkosten waren im gleichen Zeitraum von gut 40 Mrd. Yuan auf 104 Mrd. Yuan angewachsen. Hinzu kommen die "inoffiziellen Einnahmen", die getreu der Losung zum Fließen gebracht werden: Wenn kein Öl eingetropfelt wird, dann gleitet es auch nicht (*bu dian you, bu hualiu*). Abschließend beklagt der Bericht, daß die meisten Organe trotz dieser "Proliferation" ständig Beschwerde führten, "unter Personalmangel zu leiden". Laufend würden "Anträge eingereicht, den Personalbestand erhöhen zu dürfen".

(3) Widerspruch zwischen Reform und Stabilität; Reform beinhaltet die Ersetzung des Alten durch etwas Neues, aber unter den Zwangsvorgaben für die Unternehmen sei es nicht möglich, unternehmensinterne Veränderungen wirkungsvoll einzuleiten. "Gleichmacherei" und "große Reisschüssel" sind verbal seit Jahren verpönt, bestimmen jedoch - nur wenig angefochten - die unternehmensinterne Praxis. So bestätigt sich das Motto: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.

Zweitens: Ein weiteres großes Ursachenbündel für das Aufblühen der nichtstaatlichen Wirtschaft resultiert aus der inneren Dynamik dieses Bereiches, die im krassen Gegensatz zu den Schwächen der staatlichen Unternehmen steht. Insbesondere die Produktionskapazität der Einzelwirtschafts- und Privatunternehmen, der Dorf- und Gemeindeunternehmen und der Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil ist seit Beginn der "neuen historischen Etappe" rasant gestiegen. Dementsprechend fiel der Anteil der staatlichen Unternehmen am industriellen Produktionswert von knapp 80% (1978-79) auf gegenwärtig knapp 40%. Damit ist die von den Orthodoxen immer wieder geforderte Konsolidierung der sozialistischen Wirtschaftsbasis gescheitert.

Zum Bereich der sog. Kleinkollektivunternehmen scheint eine Nebenbemerkung sinnvoll. Rein formal sind die meisten kleinen Dorf-, Gemeinde- und Stadtunternehmen kollektivwirtschaftlich organisiert, aber in der Praxis erhöht sich der Anteil der "Pseudokollektive" von Jahr zu Jahr. Diese allgemein als *minban* (volksgeführte)-Unternehmen getarnten Einheiten nutzen das kollektivwirtschaftliche Etikett, um ihre Abgabenlast geringer zu halten und dem Druck orthodoxer Kader auszuweichen. Wie groß die Zahl solcher pseudokollektiven Unternehmen ist, läßt sich nur raten. Nach einzelnen Untersuchungen gibt es allein in der Stadt Shantou, Provinz Guangdong, über 15.000 Pseudokollektivunternehmen.⁵⁰ Unabhängig davon, ob es sich um wirkliche oder falsche Kollektive handelt, sie alle haben sich so weit wie möglich von der (direkten) staatlichen Kontrolle verabschiedet.

Der dritte große Ursachenbereich für die Dynamik der nichtstaatlichen Wirtschaft ergibt sich aus der allmählichen Stärkung des Marktmechanismus, d.h. wachsender Zwang zur Marktorientierung. Während der letzten zehn, zwölf Jahre hat sich in China eindeutig eine Marktstruktur umfassender Art herausgebildet, insbesondere für Konsumgüter. Der Anteil des staatlichen Handels am gesamten gesellschaftlichen Einzelhandelsumsatz ist auf unter 40% gesunken. Die Anteile des Kollektivhandels,

des öffentlich-privaten Gemeinschaftshandels und des einzelwirtschaftlichen Handels belaufen sich z.Z. alle auf jeweils ein Fünftel. Die Zahl der Einzelhandelsmärkte in China (Stadt und Land) ist auf über 70.000 angewachsen.⁵¹ Ihr Umsatz macht ein Viertel des gesamten gesellschaftlichen Einzelhandelsumsatzes aus.

Andererseits ließe sich einwenden, man könne nur schwerlich von der Herausbildung marktwirtschaftlicher Ordnungsbedingungen sprechen, solange kein Geld- und Kapitalmarkt existiert. In der Tat fehlt es China noch an der notwendigen finanzwirtschaftlichen "Tiefengründung", am sog. "financial deepening", wie der in Asien zur Zeit gängige Fachausdruck lautet. Aber Ansätze zur Etablierung eines Kreditmarktes sind seit einigen Jahren erkennbar. Das gilt nicht nur für die vielbeschriebenen Aktienbörsen in Shanghai und Shenzhen. Zu erwähnen wäre auch, daß sich in der Zwischenzeit in 70 Städten Chinas mehr als 500 Geschäftsnetzstellen für Wertpapierhandel etabliert haben.

Die Preispolitik, die nach wie vor von der Dreiteilung der Preise in staatlich fixierte Preise, sog. Orientierungspreise und Marktpreise ausgeht, muß dem realen Geschehen ebenfalls Tribut zollen. Der Anteil der Orientierungs- und Marktpreise am gesamten gesellschaftlichen Einzelhandelsumsatz hat seit Anfang der neunziger Jahre die 70%-Schwelle überschritten. Selbst für industrielle Produktionsmittel - die "sozialistischsten" Güter unter allen Erzeugnissen des Landes - ist ein Anteil von knapp 40% erreicht worden. Demgegenüber sank der Anteil der staatlich fixierten Preise von 67% (1978) auf weniger als 30%.⁵² Anders gesagt, Produzenten und Handel, die in der Vergangenheit kein eigenständiges Preisbildungsrecht besaßen, sind an der Preisfront tendenziell im Vormarsch.

Der vierte Bereich marktwirtschaftlicher Dynamik manifestiert sich in der Entwicklung von Aktien- und Immobilienmärkten. Sie haben sich parallel zur privatwirtschaftlichen Expansion nach und nach herausgebildet. Eine der Voraussetzungen dieser Entwicklung war der rasche Anstieg der Einkommen und Löhne (Prämien und andere Zusatzleistungen eingeschlossen) der städtischen Erwerbstätigen. Das Gesamtvolumen für verschiedene Bankdepósitos, Bargeld und diverse Arten von Wertpapieren ist deutlich angestiegen. Bis 1992 wurde nach Schätzungen eine Gesamthöhe von 1,3 Billionen Yuan RMB (ca. 240 Mrd. US\$) erreicht. Allein die Depósitos der städtischen Bevölkerung beliefen sich auf über 900 Mrd. Yuan, die Bargeldvorräte auf 200 Mrd. und Portfolio-Investitionen, einschließlich staatlicher Obligationen, Pfandbriefe und Aktien, auf 200 Mrd. Yuan.⁵³ Das Gesamtvolumen all dieser Werte übertrifft das Maß der städtischen und ländlichen Sparguthaben zu Beginn des Reformprozesses (1978) um das rund 70fache. Der Wohlstand Chinas verlagert sich in der Tat, weg vom Staat hin zum Privatvermögen.

Der Zwang, weltanschauliche Pfeiler einzureißen, wurde von Jahr zu Jahr stärker und machte die Einrichtung von Aktien- und Immobilienmärkten fast unumgänglich. Bereits 1990 setzten Chinas Immobilienhändler eine Fläche von insgesamt rund 40 Mio.qm im Handel um. Der Umsatz belief sich auf knapp acht Mrd. Yuan RMB. Dies waren jedoch nur die Anfänge, wie die Explosion der

Immobilienpreise 1992/93 gezeigt hat. Der Hauptgrund für diese Explosion liegt im Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Dieses Ungleichgewicht wird vor allem von den gut 3.000 Unternehmen des Wohnungsbaus und Wohnungshandels vehement beklagt. Es wird immer wieder darauf verwiesen, daß der Gesamtwert an Immobilien allein in den chinesischen Städten mindestens 1,5 Billionen Yuan RMB betrage. Bisher konnten die Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten, die sich aus diesem unerschlossenen Potential ergeben, wegen ideologischer Bedenken nur begrenzt genutzt werden, aber eine nach vorn weisende Zwischenlösung scheint das Instrument der Verpachtung zu sein, in chinesischer Terminologie "Zur-Ware-Werdung des Verfügungsrechtes" (*shangpinhua*). Der Verkauf von Bodennutzungsrechten setzte in den Wirtschaftssonderzonen bereits 1987 ein. Seither ist die Zahl der Versuchsstädte, in denen Boden gehandelt werden kann, auf weit über 100 gestiegen.

Die Summe dieser verschiedenen Grundentwicklungen verleitet zu dem kurzen Fazit, daß sich in China in der Tat eine "friedliche Evolution" vollzieht. Die Kontroversen innerhalb der chinesischen Politik um die Frage, ob das alles noch Sozialismus sei, könnten "skurril" wirken, wenn sie nicht immer wieder die Lebenshoffnungen von Abermillionen Chinesen verunsicherten. Als außenstehender Beobachter kann man es sich einfach machen und über die Unumkehrbarkeit der "ideologievernichtenden" Umbrüche dozieren. Das dürfte unter einer langfristigen Perspektive durchaus zutreffen, aber für die Betroffenen wäre ein Rückschlag von fünf oder auch nur drei Jahren kein Ereignis, das in ihrem Leben als kurzes Zwischenphänomen verblaßt.

XIII Die Gefahren des Erfolgs

Jeder große wirtschaftlich-gesellschaftliche Umbruch kennt Gewinner und Verlierer. Die Gewinner drängen sich von selbst nach vorn, die Verlierer muß man in den hinteren Reihen suchen. Weniger bildhaft: Die Aufprallwirkung des Wandlungsprozesses in China löst sowohl vorteilhafte als auch gefährliche Folgewirkungen aus. Die vorteilhaften Auswirkungen liegen in der raschen Aufwärtsentwicklung der südlichen Küstenterritorien, was dazu geführt hat, daß Guangdong - wie bereits angesprochen - in Territorialunion mit Hongkong zu einem neuen "starken Drachen" heranwächst. Aber hierin liegen zugleich auch die Gefahren.

In Ostasien werden die Erfolgreichen entweder als "kleine Drachen" bezeichnet oder als "kleine Tiger", das hängt vom Standpunkt ab. "Drachen" ist die Selbstbezeichnung; denn der Drache gilt in der Mythologie als segensreiches Tier. "Tiger" hingegen ist die Fremdbezeichnung; denn der Tiger ist ein gefährliches Wesen. Guangdong kann also seiner Selbstbeschreibung gemäß als praktisches Vorbild für andere chinesische Provinzen dienen, dem man nacheifert, oder es kann zu Abwehrreaktionen verleiten, die niemandem nützen, aber allen schaden.

Das bringt uns zu weiteren Einflüssen, die sich nachteilig auswirken können. Es geht um die immer wieder beschworene Erweiterung der nationalen Leistungs- und Einkommensgefälle. Da ist zum einen die wachsende Kluft zwischen den einzelnen Regionen und zum anderen

Tabelle: Wirtschaftliche Spitzenprovinzen Chinas 1980 und 1990

Rang	KBPW* 1980 in Mrd.¥ RMB	Nationaler Anteil in %	Rang	BSP 1990 in Mrd.¥ RMB	Nationaler Anteil in %	Nationale Anteils- veränderung Index 1980 = 100		
1.	Jiangsu	67,4	8,9	1.	Guangdong	147,2	8,3	169
2.	Shanghai	64,2	8,6	2.	Shandong	133,2	7,5	104
3.	Shandong	54,3	7,2	3.	Jiangsu	131,4	7,4	83
4.	Liaoning	53,5	7,1	4.	Sichuan	114,7	6,5	105
5.	Sichuan	46,7	6,2	5.	Liaoning	96,5	5,5	77
6.	Guangdong	37,0	4,9	6.	Henan	89,6	5,1	106
7.	Henan	36,8	4,8	7.	Zhejiang	83,7	4,7	107
8.	Hubei	36,0	4,8	8.	Hebei	82,0	4,6	105
9.	Heilongjiang	34,1	4,6	9.	Hubei	79,3	4,5	94
10.	Hebei	33,2	4,4	10.	Shanghai	74,5	4,2	49

* Kombiniertes Bruttoproduktionswert Industrie und Landwirtschaft; BSP 1980 nicht ausgewiesen.
Quelle: *Zhongguo tongji nianjian*, 1981, S.19; *Zhongguo tongji nianjian*, 1991, S.36.

- von der politisch-gesellschaftlichen Brisanz her wesentlich gefahrvoller - der zunehmende Einkommensabstand zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten. Das kann leicht zu einem Quell sozialer Unruhen werden.

Beginnen wir mit dem phänomenalen Gewinn, den Guangdong (und auch Fujian) aus den "Angeboten" der Reformpolitik gezogen haben. Es soll nicht verschwiegen werden, daß den beiden Provinzen bereits in den frühen achtziger Jahren von der Zentrale wirtschaftliche Bewegungsspielräume zugestanden wurden, auf die andere Regionen lange Zeit warten mußten. Dieser Tatbestand wird z.B. in Shanghai heftig beklagt. Die "Eifersucht" ist nicht ohne Berechtigung. Shanghai gilt als strategisches Zentrum der chinesischen Wirtschaft. Niemand wollte sich dem Risiko aussetzen, ausgerechnet im Zentrum mit Experimenten zu beginnen, deren Folgen zwangsläufig unsicher erscheinen mußten. Guangdong hingegen war aus Sicht der Zentralregierung kein Schlüsselgebiet. Sein Anteil am gesamtwirtschaftlichen Aufkommen Chinas belief sich Anfang der achtziger Jahre auf knapp 5%. Niemand ahnte voraus, daß die Provinz zehn Jahre später (1990) mit einem Anteil von deutlich mehr als 8% zum absoluten Spitzenreiter aufsteigen würde. Das gesamtwirtschaftliche Wachstumstempo der achtziger Jahre hatte im Durchschnitt bei mehr als 12% gelegen. 1989 wurde Jiangsu, das bis dahin von der absoluten Sozialproduktgröße her führend gewesen war, überholt. Alle anderen Provinzen wiesen eine sichtlich schwächere Dynamik auf als Guangdong. Das gilt insbesondere für Shanghai, das seine großen Entwicklungsreserven während der achtziger Jahre nicht ausschöpfen konnte - korrekter: nicht ausschöpfen durfte. Erst mit Beginn der "zweiten Reform" 1992 hat Beijing die "Kontrollfesseln" seines nationalen Wirtschaftszentrums aufgebunden, viel zu spät, wie man in Shanghai meint.

Auf US\$-Basis umgerechnet machte Guangdong's Sozialprodukt zu Beginn der neunziger Jahre gut 35 Mrd. aus und erreichte damit knapp die Hälfte der Größe Hongkongs. Ferner ist Guangdong von einem unbedeutenden

Exportgebiet zum regionalen Spitzenreiter Chinas aufgestiegen. 1991 wurde erstmals ein Anteil von mehr als 20% am gesamtchinesischen Export erwirtschaftet. Diese Leistungen lassen sich nicht ohne die wesentlichen Beiträge von Unternehmen aus Hongkong, Taiwan und anderen ostasiatischen Ländern erklären, aber entscheidend ist, daß man diese Angebote in Guangdong zu nutzen wußte. In der Zwischenzeit produzieren in der Provinz weit mehr als 15.000 Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil und annähernd 25.000 sog. *san lai yi bu*-Unternehmen -wörtl.: "dreimal kommen, einmal hinzufügen". Es "kommen" Rohstoffe/Halbwaren, Technologie und Kapital. "Hinzugefügt" wird vor Ort die Arbeitskraft.

Es muß noch einmal betont werden, der Boom der Provinzwirtschaft ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die örtlichen Führungsorgane den Mut aufbrachten, alte Grundsätze über Bord zu werfen und das politische Risiko marktwirtschaftlichen Handelns in Kauf zu nehmen. Nur deswegen waren ausländische Unternehmen (Hongkong, Taiwan usw.) bereit, sich auf die Unwägbarkeiten eines Engagements in China einzulassen. Die materielle Unterstützung der zentralstaatlichen Institutionen war ausgesprochen gering. Ihre Anteile am gesamten Investitionsvolumen in der Provinz machten nicht mehr als 3% aus. Der größte Teil der örtlichen Investitionen stammte aus eigenen Mitteln. Danach folgte der Beitrag Hongkongs (80% des ausländischen Kapitals). Während der letzten zwölf Jahre ist rund ein Drittel der Hongkonger Industrie (Wertschöpfungskriterium) nach Guangdong verlagert worden. Guangdong hat also aufgrund seiner eigenen Vorwärtsorientierung der gesamten Wirtschaft Chinas wesentliche Antriebskräfte verliehen. Es ist davon auszugehen, daß die Provinz bei Fortsetzung dieser Entwicklung bis zum Ende des Jahrhunderts - von der absoluten Größenordnung her - die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Hongkongs erreichen wird.

Während seiner Südreise im Februar 1992 rief Deng Xiaoping Guangdong zum Spitzenreiter auf der Leistungsskala der chinesischen Wirtschaft aus. Er hob die

Vorbildfunktion der Provinz für alle anderen Wirtschafts-territorien des Landes hervor und bestätigte das in Politik, Wissenschaft und Unternehmenswelt der Provinz seit längerem zur Schau getragene Selbstbewußtsein: Guangdong von heute sei China von morgen. In der Tat gibt es mehr als vage Anzeichen, daß Guangdong, insbesondere das Zhujiang-Delta, zur Ausgangsbasis für eine zweite, diesmal wirtschaftliche "Nordexpedition" (*beifa*) geworden ist. Tian Jiyun, als stellvertretender Ministerpräsident und Politbüromitglied, einer der führenden Reformrepräsentanten, gestand der Provinz eine "höchst erstaunliche Entwicklung" zu, vor allem der Wohlstand im Zhujiang-Delta sei bemerkenswert. Das nationale Forschungszentrum für Land- und Forstwirtschaftsentwicklung schließt sich mit einer Untersuchung zur heutigen Situation Guangdongs an und kommt zu dem schlichten Fazit: Das sei der Durchführung der Marktwirtschaft zu verdanken. Die Erfahrungen in diesem Schlüsselgebiet müßten "geachtet, geehrt und verbreitet werden".

Aber in der Praxis des Landes hat das "Modell Guangdong" auch seine Schattenseiten. Die extrem dynamische Entwicklung der Küstenterritorien hat nicht nur zu einer relativ einseitigen regionalen Konzentration ausländischen Kapitals geführt. Erst in jüngster Zeit scheinen auch andere Wirtschaftsgebiete genügend Attraktivität gewonnen zu haben, um als Investitions- und Kooperationsstandorte für ausländische Produzenten interessant zu werden. Nach dem Motto, Kapital geht dorthin, wo bereits Kapital ist, sind auch erhebliche inländische Finanzmittel in den Hochentwicklungsstreifen entlang der Küste geflossen. Diesem Kapital folgten zahllose qualifizierte Arbeitskräfte der Binnenprovinzen. Die neue regionale Kopflastigkeit läßt sich mit einem einfachen Zahlenbeispiel belegen. Die industrielle Wertschöpfung eines einzigen Kreises im Zhujiang-Delta ist heute höher als der entsprechende Produktionswert aller Kreise der Provinz Guizhou.

Um 1980 lagen die Provinzen Guangdong und Hunan vom wirtschaftlichen Entwicklungsstand her ungefähr auf gleicher Höhe. Zehn Jahre später war das Sozialprodukt Guangdongs mehr als doppelt so hoch wie das Hunans. Dieses wachsende Leistungsgefälle zwischen Küste und Binnenland ist im Süden besonders ausgeprägt, gilt aber auch für den Norden. Vor knapp fünfzehn Jahren bewegten sich die Provinzen Henan und Shandong wirtschaftlich auf beinahe gleicher Ebene. Seither liegt die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate Shandongs u.a. wegen des Zustroms ausländischen Kapitals im jährlichen Durchschnitt um 2,5 Prozentpunkte höher als die Henans.

Wachstums- und Leistungsgefälle sind in Zeiten beschleunigter Entwicklungsdynamik "natürliche" Phänomene. Sie könnten sogar als "konstruktiv" eingestuft werden, wenn sie nicht zu erheblichen Rivalitäten und Spannungen zwischen den verschiedenen Territorien führten und der Neigung Vorschub leisteten, die eigenen Hoheitsbereiche als "Feudalherrenwirtschaften" (*zhuhou jingji*) "abzuriegeln". Das führt immer wieder zu irrationalen Handlungen, wie der sog. "große Schweinekrieg" zwischen Hunan und Guangdong 1985 und das Verbot des Getreideexports nach Guangdong 1988 beweisen.

Neben den regionalen Gefällen wirken auch die sozialen Einkommensgefälle spannungsauflassend. Die politische Brisanz ist in diesem Fall eher noch höher. Es läßt sich nicht übersehen, daß die Einkommensgefälle zwischen den verschiedenen Schichten der chinesischen Gesellschaft wegen der privat- und kollektivwirtschaftlichen Dynamik ein Ausmaß erreicht haben, das bis vor einem Jahrzehnt völlig unbekannt war. Das Aufblühen des örtlichen Unternehmertums und die rapide Verbreitung von Spekulationsgeschäften unter Beteiligung der Kaderschaft haben Millionen neureicher Haushalte entstehen lassen. Nach offiziellen Untersuchungen liegt das monatliche Einkommen solcher Haushalte beim Sieben- bis Zehnfachen des Einkommens eines Universitätsprofessors, und das Einkommen sog. "privilegierter Elemente", die mit (politischer) Rückendeckung ihre Geschäfte betreiben, liegt jenseits des für den normalen Chinesen Faßbaren.

Es bleibt zu hoffen, daß die große Brisanz solcher Entwicklungen durch die (langfristig) positiven wirtschaftlichen Effekte entschärft wird. Wir hatten bereits festgestellt, daß nur der Druck des nichtstaatlichen Teils der Wirtschaft die staatlichen Unternehmen längerfristig zu wirtschaftlichem Verhalten zwingen könne. Ein Beispiel dafür, wie stark dieser Druck bereits ist, bietet die Stadt Jiangmen in Guangdong. Dort hat ein Privatunternehmer im Handel mit Stahlerzeugnissen 1991 einen Umsatz von 130 Mio. Yuan getätigt. Im Stadtgebiet von Yancheng in der Provinz Jiangsu sind acht Privatunternehmen im Kohlehandel tätig. Sie alle haben einen Umsatz von mehr als 10.000 t jährlich.

Das "Paradies der staatswirtschaftlichen Indolenz" sieht sich also einem rauhen Klima ausgesetzt. Das führt nicht selten zu nostalgischen Erinnerungen an frühere Zeiten, als die "drei Eisernen" (Reisschüssel, Lohn und Sessel) noch unangefochten als revolutionäre Errungenschaften galten.⁵⁴ Für diejenigen, die befürchten müssen, diese Privilegien zu verlieren, ist die "Verneinung des Mao-Zedong-Denkens, die Verneinung der großartigen Geschichte und der leuchtenden Erfolge der Kommunistischen Partei sowie die Verneinung des Aufbaus des Sozialismus chinesischer Prägung" logischerweise verderblich, statt dessen komme es darauf an, "das Mao-Zedong-Denken hochzuhalten, das Mao-Zedong-Denken zu entfalten."⁵⁵ Also hinhaltender Kampf gegen die "friedliche Evolution"! Gestützt wird diese Haltung durch Teile der übergeordneten Wirtschaftsbürokratie, die insbesondere in den wirtschaftlich weniger erfolgreichen Gebieten mit tiefen Ressentiments gegenüber den Erfolgreichen leben. Die Erfolge der anderen (Unternehmen und Regionen) sind immer unverdient, das Ergebnis willkürlicher Vergünstigungen. Die eigenen Fehlleistungen sind immer die Folge der von anderen korrumpierten guten Ordnung.

Man muß diese "Gegentendenzen" jedoch richtig einordnen und sie im Lichte kraftvoller "Vorwärtstendenzen" betrachten. Nach Untersuchungen des bekannten chinesischen Wirtschaftswissenschaftlers Ma Hong wäre gegenwärtig nur rd. ein Fünftel aller größeren Staatsbetriebe Chinas ohne den staatlichen Schutzschirm überlebensfähig.⁵⁶ Die meisten Betriebe seien in eine Schiefelage gerutscht, die an das sog. "Neun-Verbindungsmitglieder-Puzzlespiel" (*jiulianhuan*) erinnert. Sie seien Schicht für

Schicht gefesselt, ohne Möglichkeit sich zu befreien. Daran hindert sie die Fesselung an die Verwaltung, an vorgegebene Preise, an die aufgeblähten Belegschaften, an die verordneten Produktionssortiments und -mengen, an die steigenden Soziallasten und an finanzielle Zwangsabführungen "nach oben".

Aber aus dieser Sackgasse können mittel- bis langfristig vielleicht groß angelegte Modellversuche herausführen, die in Guangdong im Rahmen eines "Fünfjahresreformplans" eingeleitet worden sind. Der Plan sieht die Etablierung eines Aktiensystems für Staatsbetriebe vor, soll sie also zu echten Unternehmen machen. Privatunternehmer (inländische und ausländische) dürfen sich an der Führung solcher Unternehmen beteiligen. Sie können sie entweder zusammen mit den bisherigen Leitungsorganen oder nach eigenen Vorstellungen führen. Vorausgesetzt, daß der Plan erfolgreich in die Praxis umgesetzt wird, wäre das nichts anderes als der Beginn der Privatisierung der staatlichen Betriebe und zugleich ein möglicher Weg, letztere vor dem Zusammenbruch zu retten.

XIV An Stelle eines Resümeees

Im folgenden, abschließenden Teil soll entgegen der Gewohnheit kein letztes oder vorletztes Fazit gezogen werden, sondern eine allgemeine Beschreibung der Steuerungs- und Gestaltungsgrenzen erfolgen, auf die jede Politik in Entwicklungsländern stoßen muß. Man sollte bei der Beurteilung der politischen Praxis in weniger entwickelten Ländern keine allzu harten Maßstäbe anlegen, vor allem keine Maßstäbe voll theoretischer Strenge. Das gilt insbesondere für einen entwicklungspolitischen Subkontinent wie China - auch unabhängig von den spezifischen ideologisch-bürokratischen Ordnungsschwächen.

Alle heutigen Entwicklungsländer (low-income economies) entwickeln sich - im geschichtlichen Vergleich zu den westlichen Industrieländern - unter eindeutig erschwerten internationalen Bedingungen. Zum einen unterliegen sie einem erhöhten Anpassungsdruck des weltwirtschaftlichen Geschehens, zum anderen sind sie angesichts der permanenten technologisch-organisatorischen Wandlungsprozesse der globalen Wirtschaftsszene nicht in der Lage, ausschließlich auf der Grundlage eigener Ressourcen eine ausreichende Entwicklungsdynamik (Wachstum plus Strukturwandel) zu entfalten. Für rund drei Jahrzehnte glaubte die chinesische Führung, sich den weltanschaulichen Luxus erlauben zu dürfen, dem Land eine Autarkiestrategie und -realität zu verordnen. Das mag einige Dependencia-Theoretiker und ihre Epigonen vom "autozentrierten Modell" im Westen befriedigt haben. Intellektuelle können sich selten der Vanitas mundi entziehen. Aber die chinesische Gesellschaft, insbesondere der ländliche Raum, zahlte einen extrem hohen Preis. Ende der siebziger Jahre mußte die chinesische Führung ihren autarkieideologischen "Offenbarungseid" leisten:

Jedermann weiß, daß sich kein Land der Welt ausschließlich auf die Eigenproduktion aller Erzeugnisse stützen kann, die es benötigt, und nichts von anderen Ländern kauft... Import- und Exporthandel sind unerlässlich für alle Länder der Welt. Kein modernes Land

hat sich durch Isolation oder Verschließung von der Welt entwickelt... Wir müssen das Prinzip des Vertrauens auf die eigene Kraft wahren. Die Entwicklung des Außenhandels verstößt nicht gegen dieses Prinzip. Vielmehr ist sie genau das, was wir erreichen müssen, um dieses Prinzip umfassend zu verwirklichen. Wir müssen unser Denken weiter befreien und uns nicht länger an Händen und Füßen fesseln.⁵⁷

Bei einigen Tabus der Wirtschaftstheorie müssen Durchbrüche erzielt werden. In der Vergangenheit wagten wir es nicht, betriebliche Managementmethoden kapitalistischer Länder zu akzeptieren. Die bloße Erwähnung des Systems, der Methoden und Techniken der kapitalistischen Betriebsführung wurde als Verherrlichung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse angesehen. Als Ergebnis dessen wagten wir es nicht, aus den Erfahrungen der kapitalistischen Betriebsführung zu lernen oder sie zu studieren... Solange diese theoretischen Probleme nicht gelöst sind, werden wir unser Denken nicht befreien und die wissenschaftlichen Methoden der kapitalistischen Betriebsführung nicht meistern... Viele japanische Freunde, die China besucht haben, teilten uns offen ihre Meinung über Chinas Betriebsführung mit... China wird keine guten Erzeugnisse herstellen, wenn es nur zahlreiche industrielle Anlagen importiert, ohne wissenschaftliche Managementmethoden zu nutzen. Wenn Chinas bestehende Anlagen gut geführt wären, würde die Produktion um 50% steigen.⁵⁸

Das letzte Land, das seinen nationalen Modernisierungsprozeß weitgehend nach eigenen politisch-wirtschaftlichen Maßgaben sowie mit eigenen Mitteln gestalten konnte und sich daher von den geschichtlichen Ausgangsbedingungen her weitgehend in der Position westlicher Industrieländer befand, war Japan. Im Gegensatz dazu vollzog sich der Entwicklungsverlauf der pazifisch-asiatischen Schwellenländer seit den sechziger Jahren bereits unter prinzipiell veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das gilt in noch stärkerem Maß für die Entwicklungspolitik Chinas in den neunziger Jahren. Vier wesentliche Gründe lassen sich zur Verdeutlichung der erhöhten Entwicklungszwänge anführen.

Erstens - demographische Problematik; im Gegensatz zu den westlichen Ländern, in denen sich Bevölkerungswachstum und industrielle Entwicklung im großen und ganzen parallel vollzogen, müssen die heutigen Entwicklungsländer die Bürde eines "vorgezogenen" Bevölkerungswachstums tragen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist also "nachholender" Natur. Sie steht unter dem ständigen Diktat, die Schere zwischen der wirtschaftlichen und der demographischen Wachstumsrate zugunsten der wirtschaftlichen zu öffnen - das bekannte Phänomen der sog. "Nullwachstumsfalle" (zero growth trap) pro Kopf der Bevölkerung. In diesem Bereich zeigt China - nicht zuletzt politisch erzwungen - einen deutlichen Steuerungsvorsprung vor nahezu allen anderen Entwicklungsländern. Man muß den propagandistischen Erfolgsmeldungen der chinesischen Medien keinen Glauben schenken, aber es besteht kein Zweifel, daß das Bevölkerungswachstum des Landes im Vergleich zu Afrika, Lateinamerika oder auch Südasien um 1,5 bis 2 Prozentpunkte niedriger ausfällt, was einer jährlichen Größenordnung von fünfzehn bis zwanzig Millionen Menschen entspricht.

Zweitens - beschäftigungspolitische Problematik; aus der demographischen Problematik ergibt sich zwangsläufig eine noch höhere beschäftigungspolitische Problematik. Um diese beschäftigungspolitische Problematik und die direkten wie indirekten negativen Folgeerscheinungen (z.B. unkontrollierte Binnenwanderungen, Pseudourbanisierung usw.) zu bewältigen, benötigen die heutigen Entwicklungsländer ein langfristiges Mindestwachstum von durchschnittlich 5-6%. Diese Größenordnung ist als notwendige Voraussetzung empirisch bestätigt. Den zahlreichen Entwicklungsländern mit einem geringeren Wachstumsdurchschnitt ist es bisher nicht gelungen, aus der Zone der großen Armut herauszunavigieren. Die Erklärung scheint einfach. Zum einen muß das Bevölkerungswachstum neutralisiert werden, zum anderen der weltwirtschaftlich erzwungene Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Es bedarf also eines hohen Wachstumssockels, bevor zusätzliche beschäftigungsfördernde Effekte entstehen. Im Falle Chinas haben sich diese Effekte während der letzten fünfzehn Jahre deutlich nachweisbar auf mehr als 100 Millionen Arbeitsplätze summiert. Wenn trotzdem Besorgnis vor massiver Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen besteht, so ist das nicht zuletzt auf Fehlentwicklungen der Vergangenheit mit hohem Maß an "Scheinarbeit" zurückzuführen.

Drittens - Bevölkerungswachstum und Beschäftigungsdruck bedingen in den heutigen Entwicklungsländern ungleich höhere Investitionsanstrengungen als in den westlichen Ländern während vergleichbarer Phasen. Daraus ergibt sich ein wesentlich kritischeres Spannungsverhältnis zwischen Ersparnis/Investitionen (Zukunftsorientierung) und Verbrauch (Gegenwartsorientierung), und das bei niedrigem wirtschaftlichen Leistungsvermögen. Der Ausgleich zwischen Zukunft und Gegenwart, d.h. die Abschöpfung des wirtschaftlichen Mehrproduktes erfordert eine ausgesprochen hohe politische Steuerungskapazität. Die Fähigkeit dazu ist in Entwicklungsländern nur begrenzt gegeben. Im internationalen Vergleich scheint China trotz aller investitionspolitischen Dilemmata während der letzten zehn Jahre über den Entwicklungsländerdurchschnitt hinausgewachsen zu sein. Es befindet sich auf einem Steuerungsniveau, das der "Wachstumskoalition" der nordost- und südostasiatischen Schwellenländer näher ist als dem typischen "soft state" anderer großer Entwicklungsregionen der Welt.

Viertens - unausweichlicher Zwang zur Suche und Akzeptanz von wesentlichen Transferbeiträgen aus dem Ausland zu international vorgegebenen Bedingungen, d.h. trotz verschiedener Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer im Rahmen des GATT - z.B. "infant industries"-Bestimmung - sind die politisch-wirtschaftlichen Führungen von Entwicklungsländern gezwungen, ihre nationale Entwicklung nach strategischen Konzepten zu gestalten, die nicht allein in eigener Hoheit erarbeitet worden sind. Anders gesagt: Sie müssen einen Verlust an nationaler Gestaltungsmacht im wirtschaftlichen und letztlich auch politischen Bereich hinnehmen, der in früheren Zeiten als Verlust an nationaler Souveränität eingestuft worden wäre. In China ist die Polemik gegen diesen Zwang zur Reorientierung nicht gerade gering gewesen. Hier sollen nur Stichworte wie "Restauration des Kapitalismus", "wiedereindringender Imperialismus", "Keime des Neokolonialismus" usw. genannt werden. Angesichts dieser vor fünfzehn Jahren noch für unüberwind-

lich gehaltenen Hindernisse kann die Anpassungsleistung der chinesischen Wirtschaftspolitik trotz aller noch vorhandenen Defizite nur bemerkenswert hoch eingestuft werden. Selbstverständlich ließe sich ein anderes, weniger positives Urteil fällen, aber dann müßte man sich die kritische Frage gefallen lassen, nach welchen Maßstäben man die Transformationsfähigkeit komplexer Systeme beurteilt.

Bisher haben wir den erhöhten Entwicklungsdruck aus der nationalen Perspektive skizziert. Eine ergänzende Darstellung aus der globalen Perspektive beleuchtet die Dimensionen der Problematik noch schärfer. Zwei grundlegende Aspekte des globalen Modernisierungs/Entwicklungsprozesses verschärfen die Anpassungsproblematik auf seiten der einzelnen Entwicklungsländer in erheblichem Maß. Zum einen geht es um extrem unterschiedliche Grade der Globalisierung der einzelnen Teilprozesse des gesamten Modernisierungsprozesses. Jedem dieser Teilprozesse entspricht in jedem einzelnen Land eine nationale Teilsphäre, auf die sich der Druck auswirkt. Zum anderen geht es um die unterschiedlichen Tempi des Wandels zwischen den einzelnen Teilsphären und um die daraus resultierenden Koordinationszwänge.

Der erste Teilprozeß der globalen Modernisierung ist der Prozeß des wissenschaftlichen Fortschritts, also der theoretischen Naturbeherrschung. Dieser Prozeß ist seinem Wesen nach extrem global und extrem schnell fortschreitend. Er ist national praktisch nicht beeinflussbar, in gar keinem Fall durch Entwicklungsländer.

Der zweite Teilprozeß ist der Prozeß des technologischen Wandels und der Herausbildung neuer technologiebedingter Organisationsformen (technology and organization). Er schreitet weniger schnell voran und ist auch weniger global als der Prozeß der reinen Wissenschaft, was nichts anderes bedeutet, als daß (noch) nicht alles, was theoretisch machbar ist, auch praktisch versucht wird. Dennoch haben Entwicklungsländer keinen nennenswerten Anteil an der Bestimmung seiner Bewegungsrichtung. Technologie- und Organisationstransfer sind für sie eine Einbahnstraße.

Der dritte Teilprozeß ist der Prozeß des wirtschaftlichen Strukturwandels, d.h. Realisierung der weltweit vorgegebenen technologisch-organisatorischen Möglichkeiten. Auf nationaler Ebene kann man sich dem Diktat des Wirtschaftswandels nur auf Kosten wirtschaftlicher Leistungseinbußen (vorübergehend) entziehen. Das hat China, wie bereits angesprochen, dreißig Jahre lang versucht. Zumindest aus Sicht der heutigen Führung ist der Versuch verhängnisvoll mißlungen. Man erkennt deshalb an, daß man in Zukunft mit den (nicht gewünschten) politisch-wirtschaftlichen Folgen des Wandels so weit wie möglich leben muß, und dieses "so weit wie möglich" ist relativ weit gedehnt, zumindest hat es begonnen, die weltanschaulich diktierte Ordnung zu zersetzen. Das schließt Konflikte nicht aus, aber entscheidend ist die Richtung, in der sich die Abläufe Bahn brechen.

Der vierte Teilprozeß der Modernisierung ist der Prozeß der Politik. Letztere entscheidet über den Erfolg der nationalen Anpassungsleistung an die ersten drei Teilprozesse. Gleichzeitig ist sie dem dauerhaften Spannungsverhältnis ausgeliefert, Geschwindigkeit und Rich-

tung der ersten drei Teilprozesse mit dem Anpassungsvermögen der nationalen Gesellschaft (Kultur) zu vereinbaren. Die Schwächen, die die chinesische Politik in dieser Hinsicht aufweist, sind nicht zu übersehen, sie scheinen jedoch nicht größer zu sein als die vieler anderer Entwicklungsländer. Angesichts der Kürze der bisherigen reformerischen Lernphase ist auch das schon ein Erfolg. Es besteht also kein Anlaß zur Beckmesserei.

Diese komplexe, global hervorgerufene Anpassungsproblematik wirft die Frage auf, welche Anpassungspotentiale eine Gesellschaft (Kultur) aufweist und wie man diese Potentiale bestimmen kann, um so etwas wie ein spezifisches "Entwicklungspotential" eines Landes darzustellen. Es muß aber in aller Deutlichkeit darauf verwiesen werden, daß man zwischen dem Potential und seiner Aktivierung, d.h. der tatsächlichen Entwicklungsleistung, kategorisch zu unterscheiden hat. Anders formuliert lautet die Frage: Inwieweit verfügen die einzelnen Entwicklungsgesellschaften über traditionell vorgegebene Reaktionspielräume? Das häufig verwandte Stichwort heißt "Involution", obwohl nicht so recht klar ist, wie man zwischen Involution und Evolution wirklich unterscheiden kann.

China ist neben anderen ostasiatischen Ländern ein Paradebeispiel. Es wies in seiner Geschichte eine nicht zu übersehende Dimension der Kommerzialisierung der Wirtschaft auf. Noch um 1750 erschien es zeitgenössischen westlichen Beobachtern in vielen Bereichen höher entwickelt als Europa. Verfügt die chinesische Gesellschaft also über "soziokulturelle Grundmerkmale bzw. Variablen", die man zur Klassifizierung ihres kulturspezifischen Entwicklungspotentials heranziehen kann? Kann man "weiche Indikatoren" herausarbeiten, die in ihrer Kombination das Anpassungsvermögen gegenüber den Herausforderungen des globalen Modernisierungs-/Entwicklungsprozesses anzeigen? Es sei noch einmal angemerkt: Es geht um "Potentiale", nicht um den tatsächlichen Entwicklungsverlauf. Letzterer ist nur zu gut bekannt. Versuchsweise lassen sich vier solcher soziokulturellen Grundmerkmale auflisten:

1. Maß des politischen Institutionenbaus, d.h. Maß der politisch-staatlichen Gestaltungsfähigkeit; wie gravierend ist das "soft state"-Phänomen? Es erscheint ganz eindeutig, daß ein Land wie China traditionell über eine politische Gestaltungsfähigkeit verfügte, die in weiten Bereichen mit der Definition des modernen Staates korrespondiert. Es erzielte trotz eines seit Jahrhunderten anhaltenden Bevölkerungswachstums langfristige wirtschaftliche Wachstums- und Entwicklungserfolge, auch vor der Berührung mit dem Westen. Die Wachstumsmöglichkeiten waren bis zum 19. Jahrhundert keineswegs erschöpft. Das Eindringen westlicher Produktions- und Organisationsformen der Wirtschaft verursachte zwar einerseits einen "Abbruch" der vorwestlichen Wirtschaftsentwicklung, aber andererseits war die Gesellschaft durchaus bereit und fähig, auf die Herausforderungen zu reagieren. Es war und ist also eine Frage der Politik. Die Politik kann sich ändern. Sie hat es bereits getan und wird es weiter tun.
2. Formation politischer Eliten, d.h. wie weit sind die traditionellen Formen der gesellschaftlichen Elitebildung mit den Anforderungen an moderne Entwick-

lungseliten vereinbar? Insbesondere geht es um die Fähigkeit, entwicklungsfördernde Politik zu formulieren und durchzusetzen. Das Bewußtsein der chinesischen Gesellschaft von der rechten Art der Elitebildung ist traditionell vom Prinzip der Konkurrenzauswahl geprägt. Solche Formen der Elitebildung scheinen wesentlich entwicklungsfördernderer Natur zu sein als alternative Formen, die nach effizienzmindernden Kriterien erfolgen. Es ist Aufgabe der Politik zu verdeutlichen, daß "sich Lernen lohnt", d.h. für den sozialen Aufstieg relevant ist.

3. Arbeitsethik, d.h. wie weit wird a) Arbeit als "Wert an sich" anerkannt bzw. wie weit gilt Akkumulation für wirtschaftliche Tätigkeiten als verdienstvoll? Wie weit richtet sich b) das allgemeine Ausgabenverhalten in der Gesellschaft nach den Einnahmen statt nach den Statusanforderungen? Zwar war die chinesische Traditionsgesellschaft eine Statusgesellschaft, aber es existierten deutliche Unterschiede zu "harten" Statusgesellschaften. Soziale Aufstiegsmöglichkeiten und effizienzwidrige Verhaltensnormen waren "rational" stark gemildert, was die Entfaltung der für moderne Gesellschaften lebensnotwendigen sozialen Mobilität erheblich erleichtert.
4. Sparethik; sie bezieht sich auf das Maß an Sparbereitschaft der Gesellschaft für zukünftige wirtschaftliche Tätigkeiten und kann einen wichtigen Erklärungsbeitrag leisten, weshalb so große Unterschiede in der Investitionsfähigkeit zwischen einzelnen Gesellschaften existieren. Die chinesische Gesellschaft gehört mit Sicherheit zu den weit überdurchschnittlich investitionsfähigen.

Als Schlußfolgerung aus der Kombination dieser vier soziokulturellen Grundmerkmale ergibt sich eine bündige Erklärung dessen, was empirisch bereits bekannt ist. Chinas Gesellschaft verfügt über ein ausgesprochen hohes Entwicklungspotential und unterscheidet sich damit von einer Vielzahl von Gesellschaften der Dritten Welt, die sich als überdurchschnittlich "entwicklungsresistent" erweisen. Das Land ist aber auch ein Fallbeispiel dafür, daß sozio-kulturelle Grundmerkmale eben nur Potentiale anzeigen können. Die tatsächliche Entwicklung, d.h. die Aktivierung dieser Potentiale, wird durch andere Faktoren - insbesondere politische (Ordnungs-, Struktur- und Prozeßpolitik) - bestimmt. Die Politik wird ihren konfliktreichen Lernprozeß fortsetzen müssen, zumal die chinesische Gesellschaft nicht länger bereit scheint, sich weiterhin "fesseln" zu lassen.

Anmerkungen

- 1) Zahlen entnommen aus: Margot Schüller, "Chinas Wirtschaft in den 90er Jahren. Neue Konzepte und Entwicklungsperspektiven", in: *China aktuell* 1993, S.347-357 (S.354).
- 2) Siehe dazu: Margot Schüller, "Absturz oder weiche Landung? Anmerkungen zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung in China", in: *China aktuell*, Juni 1993, S.567-570.
- 3) *China aktuell*, Januar 1993, S.11, Ü 20.
- 4) *China aktuell*, März 1993, S.207, Ü 8.
- 5) *China aktuell*, April 1993, S.318, Ü 8.
- 6) *China aktuell*, April 1993, S.319, Ü 9.
- 7) Siehe Anm.1 (S.351).
- 8) Hans Maretzki, *Kim-ismus in Nordkorea, Analyse des letzten DDR-Botschafters in Pjöngjang*, o.O., 1991, S.160.

- 9) Siehe dazu: Jürgen Domes, *Politische Soziologie der Volksrepublik China*, Wiesbaden, 1980; Peter Schier, "Intraelitäre Gruppen und Konflikte in der Volksrepublik China", in: *China aktuell*, Mai 1991, S.283-296.
Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch die jahrzehntelangen Arbeiten Wolfgang Bartkes, insbesondere seine monatlichen "PRC Official Activities" (*China aktuell*) und die wiederholt überarbeiteten Auflagen seines großen Werkes *Who's Who in the People's Republic of China*. Bartkes "PRC Official Activities" werden von Liu Jen-Kai unter dem Obertitel "China Monthly Data" (*China aktuell*) systematisch fortgesetzt. Die Arbeit beider Autoren - und anderer Spezialisten, die sich diesem Arbeitsfeld verschrieben haben - ist ebenso unentbehrlich wie undankbar; undankbar vor allem deswegen, weil die aufwendigen "Vorleistungen" in späteren Abhandlungen anderer Autoren nicht immer die ihnen gebührende namentliche Anerkennung finden.
- 10) AWSJ, 28.-29.10.1988.
- 11) Siehe Anm.1 (S.355). Siehe auch: Ingrid Kühne, "Auslandsinvestitionen in China - Chinas Investitionen im Ausland", in: *focus ostasien*, Zeitschrift des Deutschen Ostasien-Instituts, 1/93, S.4-8.
- 12) Siehe dazu: Anton Gälli, "Konturen eines großchinesischen Handelsblocks", in: *ifo Schnelldienst*, 8/92, S.14-32; Ernst Hagemann, "Chinas Außenwirtschaft im Wandel", in: *DIW Wochenbericht*, 51/92, 17.12.1992, S.702-708; Yu-Hsi Nieh, "Zur Diskussion über die Bildung einer 'Großchinesischen Wirtschaftsgemeinschaft'", in: *China aktuell*, August 1992, S.556-588.
- 13) *China aktuell*, April 1993, S.328-329, Ü 31.
- 14) *China aktuell*, April 1993, S.320, Ü 13.
- 15) Siehe Anm.13.
- 16) Rüdiger Machetzki, "La Republica Popolare Cinese: una economia che sta cambiando. I limiti delle riforme", in: *Mondo Cinese*, Nr. 59, September 1987, S.65-66.
- 17) Ernst Giese, Andreas Kopp und Gang Zeng, "Wirtschaftsorganisation und -lenkung der VR China", in: *Berichte zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Chinas*, Justus-Liebig-Universität Gießen, Bericht Nr. 12, Januar 1992, S.20-22.
- 18) Siehe Anm.16 (S.64).
- 19) *China aktuell*, Mai 1993, S.449, Ü 31.
- 20) Ebenda.
- 21) John Wong, "Facing the bane of high growth", in: *ISEAS Trends*, No.34, Juni 26-27, 1993, S.1.
- 22) Hu Qiaomu, "Nach den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten vorgehen, die vier Modernisierungen schneller verwirklichen", in: *Beijing Rundschau*, Nr.45, 46, 47, 1978.
- 23) "Statistisches Communiqué über die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1992", in: *China aktuell*, März 1993, S.262-266.
- 24) *China aktuell*, April 1993, S.331, Ü 36.
- 25) "State Council Circular on Launching 'Year of Quality, Variety and Efficiency' Activities", in: SWB, 15.2.1992.
- 26) *Zhengming*, September 1986, S.15-16.
- 27) *China aktuell*, Mai 1993, S.442, Ü 23.
- 28) Guan Menjue; *Chen Yun Tongshi de jingji sixiang* (Das Wirtschaftsdenken des Genossen Chen Yun), Shanghai, 1984, S.27.
- 29) Luo Bing, "Dangdaihui yu Chen Yun shezhan" (Der Disput zwischen der Versammlung der Parteivertreter und Chen Yun), in: *Zhengming*, Oktober 1985, S.9.
- 30) Siehe: "Summary of the Third Volume of Chen Yun's Works", in: SWB, 21.6.1986.
- 31) Chen Yun, "Speech at the Central Committee Work Conference", in: *Issues & Studies*, Taipei, April 1980, S.86.
- 32) Ebenda, S.87.
- 33) Siehe: Włodzimierz Brus, *Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft*, Frankfurt/M. 1971, S.101-102.
- 34) Lin Guoguang, "Zhongguo de jingji guanli tizhi gaige wenti" (Probleme der Reform des Wirtschaftsverwaltungssystems Chinas), in: *Bashi niandai Zhongguo jingji yantaohui* (Seminar zur Wirtschaft Chinas in den 80er Jahren), Hongkong 1981.
- 35) Ebenda.
- 36) Rüdiger Machetzki, "China: Zur Diskussion um den Stellenwert der Tradition", in: *China aktuell*, Juni 1990, S.440.
- 37) Siehe Anm.22.
- 38) Heike Göbel, Rolf J. Langhammer, Frank D. Weiss, "Wachstum im asiatisch-pazifischen Raum, Implikationen für die internationale Arbeitsteilung", in: *Kieler Studien*, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 222, Tübingen 1988, S.66.
- 39) Ebenda, S.37.
- 40) *Xue Lilun* (Theoriestudium), 3, 1988, S.8-10.
- 41) Zheng Zhuyuan, "Dalu jingji guojihua yu siyouthua de qushi ji qi yingxiang" (Tendenzen und Einflüsse der Internationalisierung und Privatisierung der Wirtschaft des Festlandes), in: *Zhonggong yanjiu* (Studies on Chinese Communism), Taipei, Juli 1992, S.13-22. Zahlenangaben im restlichen Teil des Artikels basieren - soweit nicht gesondert ausgewiesen - auf diesem Beitrag.
- 42) RMRB, 24.1.1992.
- 43) Errechnet auf Basis von Daten in: Ernst Hagemann, "Chinas Außenwirtschaft im Wandel", in: *DIW Wochenbericht*, 51/92, 17.12.1992, S.702-708.
- 44) RMRB, 18.1.1992.
- 45) Siehe: Bernd Eberstein, "China und die internationale Zirkulation - eine Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung", in: Bernd Eberstein und Brunhild Staiger (Hrsg.), *Chinas Wege in die Welt*, Institut für Asienkunde, Hamburg 1992, S.3-60.
- 46) "Lilun Xuekan" (Theoretisches Studienmaterial), entnommen aus: *Inside Mainland China*, Taipei, Nr.7, 1988, S.10-12.
- 47) *Jingji lilun yu jingji guanli*, 4.Quartal 1991, S.31-33.
- 48) *Jingji yanjiu*, Nr.8, 1991, S.33-42.
- 49) *China aktuell*, Oktober 1992, S.693, Ü 19.
- 50) *Zhongguo shibao zhoukan*, 8.3.1992, S.62.
- 51) RMRB, 28.2.1992.
- 52) RMRB, 21.1.1992.
- 53) RMRB, 19.2.1992.
- 54) Siehe dazu: Jutta Hebel, Günter Schucher, "Die Reformen der 'Drei Eisernen': Strukturwandel im chinesischen Arbeitssystem", in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 44-1992.
- 55) RMRB, 3.7.1991.
- 56) *Jingji yanjiu*, Nr.11, 1991, S.4.
- 57) RMRB, 4.12.1978.
- 58) Song Jiwen (Vizeminister für Leichtindustrie), Radio Shanghai, 21.1.1979, in: SWB, 25.1.1979.